

politix

Ausgabe 36 | 2014

SEXUALITÄT UND GESCHLECHT

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

ISSN 1990-4630

INHALT

SCHWERPUNKT: SEXUALITÄT & GESCHLECHT

„Sexuelle Vielfalt“ aus Perspektive der Queerversity	4
<i>Antke Engel</i>	
Lust & Politik	9
<i>Stefan Alexander Marx</i>	
Das Sexuelle ist politisch	12
<i>Gundula Ludwig</i>	
„Romantische Liebesbeziehung“, Polyamory und „reine Beziehung“	16
<i>Dominik Hultsch</i>	
Prekäres Gedenken	19
<i>Gudrun Hauer</i>	
Gender \===/ Bending the Wall or Rain on our Parade	21
<i>Marty Huber</i>	
Normalisierung als Legitimationshorizont	25
<i>Barbara Kraml</i>	
LGBT and Sochi 2014	29
<i>Ina Sattlegger</i>	
Sexualität & Intimität als Problemstellungen der Politischen Ökonomie	33
<i>Petra Purkharthofer</i>	
Männlichkeit in der Krise	36
<i>Andreas Stückler</i>	
Queering Marx	40
<i>Lukas Egger</i>	
Normalisierende Kulturindustrie	44
<i>Simon Stockinger</i>	
Blut, Rache, Gewalt	48
<i>Corinna Köhldorfer</i>	
Nationalsexualität, Primetime der Gemütlichkeit und Angry White Men	52
<i>Stefan Schweigler</i>	
Netflix Nude	56
<i>Viktoria* Drexler</i>	
Die Rolle der Frauen in der Black Panther Party	59
<i>Hanna Reiner</i>	
The Transnational Phenomenon of FGM	63
<i>Milica Dimitrijevic</i>	

AKTUELL//INTERN

„Islamischer Staat ist ein Symptom“	67
<i>Interview mit Gudrun Harrer</i>	
Theorie-LOS!	71
<i>Studienvertretung Politikwissenschaft</i>	
Krise! Welche Krisen? Leben, Arbeiten, Sorgen und Geschlecht in der Vielfachkrise	73
<i>Tagungsbericht von Gundula Ludwig</i>	

REZENSIONEN

- Angelika Baier/Christa Binswanger/Jana Häberlein/Yv Eveline Nay/Andrea Zimmermann**
(Hg_Innen) (2014): *Affekt und Geschlecht* 75
Stefan Alexander Marx
- Benjamin Opratko (2014): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci** 76
Thomas Immervoll
- Kathrin Glösel/Natascha Strobl/Julian Bruns (2014): Die Identitären.** 77
Dominik Hultsch

EDITORIAL

Die vorliegende Ausgabe versammelt unterschiedliche Perspektiven auf das Schwerpunktthema ‚Sexualität & Geschlecht‘, wobei die Spannweite grob von staatstheoretischen Analysen im Fahrwasser kritischer, feministischer Zugänge über Schnittmengen materialistisch-ökonomischer und queerer Thematisierungen und Bearbeitungen hin zu medientheoretischen Bezügen reicht. Dazwischen tummeln sich Artikel zu Veruneindeutigungskursen von sexueller Identität neben solchen zu prekarierten Gedächtnispolitiken gemeinsam mit juristisch-historischen Beiträgen und Civil-Society-Analysen. In Kritischer Theorie verankerte Arbeiten sind ebenso vertreten wie intersektional arbeitende oder von sozio-kulturellen (Liebes-) Praktiken, begehrlichen Wahrnehmungen und disziplinierenden Verhaltensorientierungen sprechende Texte – explosive Problematisierungen eingeschlossen.

Allen hier publizierten Texten ist dabei weitestgehend gemein, dass sie auf ihre jeweils eigene Art Formen der Produktion, Konsumtion oder Repräsentation von Sexualität(en) und Geschlecht(ern) besprechen (und bespielen) und deren analytische Bedeutung für theoretische Überlegungen zu Mechanismen und Strukturen des Staates und der Gesellschaft unterstreichen. Freiheiten und Normen, Identitäten und Spielräume werden beschrieben, analysiert, zerpfückt oder gar zerrüttet, gegen gelesen, neu arrangiert oder postuliert. Diskurse, samt ihren Relationen zu bestimmten ‚Materialitäten‘, stehen hier zur Diskussion.

Angesichts der Vakanz der Professur für Politische Theorie (siehe auch S. 71), freut es uns ganz besonders, dass unser Schwerpunkt auf große Resonanz bei Lehrenden als auch Studierenden gestoßen ist und wir, quantitativ als auch qualitativ gedacht, ein starkes Heft, mit einer relativ großen Anzahl an Beiträgen veröffentlichten können, die im Bereich politischer Theorie zu Fragen von Sexualität und Geschlecht arbeiten und deren Relevanz für die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung in vielerlei Hinsicht belegen.

In Aktuell//Intern diesmal ein Interview mit Gudrun Harrer, leitender Redakteurin der Tageszeitung Der Standard, zur Bedeutung von Islamischer Staat (IS), ein Text zur Vakanz der Theorie Professur der StV PoWi und ein Bericht zur Tagung *Krise! Welche Krisen?* – spannende Rezensionen wie immer am Ende des Heftes.

Viel Vergnügen bei der Lektüre!
Die politix-Redaktion

„SEXUELLE VIELFALT“ AUS PERSPEKTIVE DER QUEERVERSITY

Antke Engel

Der Begriff sexuelle Vielfalt (sexual diversity) scheint gut geeignet, politische Perspektiven zu bündeln, die den Alleinvertretungsanspruch der Heterosexualität in Frage stellen möchten, ohne ihrerseits zu umreißen, was oder was nicht dem Feld der Sexualität zugehört. In diesem Sinne entspricht er queerer Politik, die sich durch eine Verschiebung von Identitätspolitik, welche Forderungen im Namen von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI) erhebt, zur Dekonstruktion von Normalitätsregimen auszeichnet. Dennoch wird sexuelle Vielfalt, als deskriptiver wie als normativer Begriff, von Seiten der Queer Theory mit Skepsis betrachtet. Allzu anschlussfähig ist er an neoliberale Diskurse, die ein entpolitisiertes Feiern ‚bunter Vielfalt‘ betreiben, um Differenz als kulturellem Kapital nutzbar zu machen. Dies widerspricht einem herrschaftskritischen Verständnis queerer Theorie und Politik, das soziale Unterschiede als Bedingung und Effekt gesellschaftlicher Macht und Herrschaft analysiert. In diesem Sinne ist zudem kritisch zu fragen, ob der Begriff sexuelle Vielfalt eine isolierte Betrachtung von Sexualität befördert oder dem Anspruch gerecht wird, das Ineinandergreifen von Heterosexualität als Norm und rigider Zweigeschlechtlichkeit im komplexen Zusammenspiel mit weiteren sozialen Differenzkonstruktionen zu fassen (vgl. Dietze/Haschemi/Michaelis 2007; Hartmann et al. 2007).

Inwiefern also kann der Begriff der sexuellen Vielfalt solche interdependenten und womöglich widersprüchlichen Zusammenhänge fassen, statt schlicht der Auflistung sexueller Identitäten, Praxen oder Beziehungen zu dienen? Diesbezüglich schlage ich vor, die „sexuelle Vielfalt“ mit dem Konzept „Queerversity“ (GKompZ 2010; Engel 2013) zu verknüpfen, das auf einen wertschätzenden Umgang mit Differenz und unhintergebar, nie gänzlich verständlicher Andersheit der/des Anderen abzielt, jedoch

auch betont, dass Verschiedenheit immer auch durch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse bedingt ist (2).

Das Sexuelle in der sexuellen Vielfalt

Das Sexuelle, welches im Begriff ‚sexueller Vielfalt‘ aufgerufen ist, bringt unterschiedliche Deutungsmöglichkeiten mit sich, die keineswegs ein widerspruchsfreies Ganzes bilden. So denken die einen beim Sexuellen an sexuelle Orientierung (im Sinne hetero-, homo- oder bisexueller Partner_innenwahl oder einer spezifischen Ausrichtung des Begehrens). Andere assoziieren unterschiedliche Beziehungsformen (z.B. ein lesbisches Paar, das auf Reproduktion und Familiengründung aus ist; ein heterosexuelles Ehepaar als Teil einer WG; eine polyamore Konstellation von drei, vier, fünf Liebenden). Hierbei sind für manche sexuelle Orientierung und/oder Beziehungsformen auf Begehren gegründet. Andere halten Liebe (als Institution oder als Gefühl) für entscheidend. Wieder andere betonen soziale Normen, Gewohnheiten oder pragmatische Überlegungen als Grundlage sexuellen Lebens (z.B. die Entscheidung für die heterosexuelle Ehe auf Grund der Steuervorteile des Ehegattensplitting; homosexuelle Orientierung qua Verfügbarkeit gleichgeschlechtlicher Partner_innen in geschlechter-segregierten Institutionen wie Gefängnissen; die Moral der Kirche als strukturierendes Moment der Sexualität). Das Sexuelle verweist jedoch keineswegs immer auf Beziehungsgefüge (Relationalität), sondern kann auch individualisiert im Sinne von Selbstverständnissen gedacht werden. Selbstverständnisse wiederum treten für die einen in Form von Identitäten auf, für andere verdichtet sich das

Selbstverständnis in bestimmten Praxen oder Lebensphasen (z.B. Asexualität als geschlechtliche Identität; die sich wandelnde Geschlechtlichkeit im Verlauf eines transsexuellen Transitionsprozesses; das sexuelle Selbstverständnis zur Zeit der Schwangerschaft; BDSM-Praxis).

Die genannten Beispiele zeigen an, dass sexuelle Vielfalt sowohl sexuelle als auch geschlechtliche Dimensionen umfasst. Entsprechend spielt im politischen Aktivismus die Reihung lesbisch, schwul/gay, bisexuell, transgender, intersexuell, queer (verdichtet im Kürzel lgbtiq) eine wichtige Rolle. Doch wie lässt sich argumentieren, dass eine geschlechtliche Identität als Transgender*- oder als Intersex*-Person, die nichts über die jeweiligen sexuellen Vorlieben oder Praxen aussagt, gleichermaßen als Aspekt sexueller Vielfalt fungiert wie ein Selbstverständnis als schwul, das zugleich auf eine sexuelle Orientierung oder Ausrichtung des Begehrens verweist? Vielleicht, insofern in einem ‚Selbstverständnis‘ Geschlecht und Sexualität nicht als voneinander getrennt, sondern – sei es in der Fantasie, im Körperbild oder im Körpererleben – verbunden erfahren werden? Mit dem Begriff der KörperSubjektivität (vgl. Engel 2002: 17) betone ich, dass Subjektivität körperliches Erleben ist, und der Körper unweigerlich subjektiv erfahren wird. In diesem Sinne verbindet sich Sexualität mit Geschlechtlichkeit. Zugleich fließen in die Sexualität aber auch alle weiteren Faktoren ein, die unser körperlich-subjektives Erleben bestimmen: sozial zugeschriebene Rassisierungen und Ethnisierungen, körperliche, geistige und emotionale Befähigungen, Gesundheit, soziale, ökonomische, kulturelle und religiöse Kontexte des je eigenen Lebens.

Die Vielfalt sexueller Fantasien und Praxen

Doch auch im engeren Sinne von sexuellen Praxen oder Akten kann unter sexueller Vielfalt ein ganzes Spektrum an Aktivitäten verstanden werden: von auf Zeugung ausgerichteter Penetration über die Kunst erotischen Küssens zum Analverkehr, von BDSM-Szenarien über Fetischismus zum Rimming. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt – oder eben doch? Die sexuellen Praxen verknüpfen sich auf vielfältige Weise mit den Körpern ebenso wie mit

Wünschen und Ängsten, Fantasien und Begehren, aber auch mit Regeln und Normen, Erwartungen und Verboten. Die Zusammenhänge zwischen Körper, Begehren, Fantasie und Norm unterliegen weder sozialen Automatismen noch notwendigen Regeln. Körperliches Lustempfinden kann aus dem Akt, der Bewegung, der Berührung oder Begegnung entstehen; der Körper kann aber auch in und durch die Fantasie Lust empfinden. In diesem Sinne bedeutet das Verbot einer Praxis oder der Verzicht auf eine solche, z.B. pädophile Praxis, nicht notwendig die Verweigerung eines entsprechenden Begehrens. Denn das Begehren, in dem sich sexuelle Fantasie und körperliches Lustempfinden verbinden, kann Befriedung durch Praxen finden, in denen Fantasien ausagiert werden, ohne dass Macht ausgenützt, Herrschaft ausgeübt oder Gewaltakte vollzogen werden. Dennoch stellt sich die Frage, ob ein auf sexueller Asymmetrie, Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt gründendes Begehren die Grenze sexueller Vielfalt darstellt. Oder ist sexuelle Gewalt, solange sie phantasiert wird oder als Fantasie Teil konsensueller Praxis ist, kein Problem? Auch dann nicht, wenn sie veröffentlicht wird?

Es zeigt sich, dass sexuelle Vielfalt ein komplexer und changierender Begriff ist, und nicht frei von normativen und ethischen Implikationen. Er lässt sich weder auf eine einzige Bedeutung reduzieren noch durch ein Set von Elementen abschließend definieren. Vielmehr gilt es in der pädagogischen wie der politischen Praxis aktiv mit Vieldeutigkeit umzugehen, statt kunstvoll, künstlich, pseudo-wissenschaftlich oder rechtlich eine verallgemeinerte Ordnung zu schaffen. Räume des Sprechens und des Schweigens sowie der nicht-sprachlichen Ausdrucksformen politisch zu wollen, sozio-kulturell zu fördern und persönlich zu erproben, scheint mir queer-politisch erstrebenswert. Denn solche Räume ermöglichen es, sich nicht an Normalitätsvorstellungen, sondern an den Wünschen und Ängsten der Einzelnen – in ihrer jeweiligen Besonderheit – zu orientieren, zugleich aber ethische und politische Aushandlungen um Werte und Macht zu führen (vgl. Engel 2011, 2012).

Des Weiteren lässt sich durchaus auch der Begriff der Vielfalt problematisieren. Allzu häufig geht Vielfalt mit der Vorstellung multikultureller Buntheit einher, die jedoch Unterschiede schlicht nebeneinander stellt, ohne deren Verwobenheit und Überlappung zu bedenken. Vor allem aber wird die Entstehung von Differenzen durch soziale

Ungleichheitsverhältnisse und strukturelle Herrschaft außer Acht gelassen. Hingegen geht es mir, wenn ich den Begriff der Vielfalt verwende, explizit darum, eine konflikthafte und machtgesättigte Heterogenität wahrzunehmen. Mit dieser Sicht widerspreche ich auch einer neoliberalen Funktionalisierung von Unterschiedlichkeit, der ‚Differenz als kulturelles Kapital‘ gilt; ein Kapital, das entweder als spezialisierte Arbeitskraft oder als spezialisierte Konsument_in ausgebeutet werden kann (3). Wenn in diesem Zusammenhang von diversity/Diversität/Vielfalt die Rede ist, wird der Umgang mit systematischen Ungleichheitsbeziehungen dem individuellen Handeln überantwortet, statt sozial und gesellschaftlich den Abbau von normativen Zurichtungen, Ausschlüssen und Hierarchien zu fordern und fördern. Der von mir zusammen mit einigen Kolleg_innen für die Politikberatung entworfene Begriff Queerversity ist aus der Kritik an diversity-Konzepten entstanden, die Vielfalt umarmen, ohne die darin angelegten Machtdifferenzen und Konfliktpotenziale zu problematisieren (vgl. GenderKompetenzZentrum 2010; Engel 2013). Hierbei spielen gerade bezogen auf Sexualität neben strukturellen Herrschaftsverhältnissen auch die unterschiedlichen Formen von Gewalt eine entscheidende Rolle.

Gewalt machtdynamisch kontern: Macht – Herrschaft – Gewalt

Die Auseinandersetzung mit Gewalt ist ein zentraler Aspekt von Sexualpolitiken. Hierbei gilt es sowohl im engeren Sinne sexuelle oder sexualisierte Gewalt in Betracht zu ziehen als auch Formen symbolischer, epistemischer und normativer Gewalt, welche mittels Sprache sowie Wissens- und Wahrheitsregimen bzw. sozio-historischer Normalitätsvorstellungen und Gewohnheiten bestimmte geschlechtlich-sexuelle Existenzweisen ausschließen, entwerten oder normieren. Der Begriff sexuelle Gewalt bezieht sich auf den Einsatz von physischem oder psychischem Zwang in der sexuellen Kommunikation oder Praxis, um z.B. durch Nötigung oder Vergewaltigung Zustimmung zu einem sexuellen Akt zu erringen, Ablehnung zu untergraben oder Gegenwehr zu brechen. Der Begriff der sexualisierten Gewalt lenkt die Aufmerksamkeit darauf,

dass alle möglichen Formen der Gewalt, z.B. Mobbing oder Erpressung oder Mord, durch sexuelle Verobjektivierung oder Erniedrigung der Gewaltadressat_innen forciert werden können. Hinsichtlich des Konzepts normativer Gewalt, das Samuel Chambers und Terrell Carver als Judith Butlers herausragenden Beitrag zur Politikwissenschaft verstehen, heben die beiden Autoren hervor, dass bereits die Prozesse der Subjektkonstituierung als von gewaltsamen Zurichtungen und Ausschlüssen durchdrungen anzusehen seien (4). Gewalt wirkt also nicht unbedingt auf eine ausgebildete KörperSubjektivität ein, sondern kann darin bestehen, dass bestimmte geschlechtliche oder sexuelle Selbstverständnisse, Begehrensformen oder Praxen als undenkbar (nicht-intelligibel) verworfen werden (vgl. Butler 2005, 2009; Chambers/Carver 2008).

Meine These wäre, dass all diese Verschaltungen von Sexualität und Gewalt damit einhergehen, dass die Handlungsmächtigkeit mindestens einer der beteiligten Personen temporär oder dauerhaft untergraben wird, dass Gewalt jedoch auch darüber gekontert werden kann, dass Handlungsmächtigkeit wieder hergestellt bzw. zurück gewonnen und die fixierenden Gewalt- in dynamische Machtverhältnisse übersetzt werden. Ich berufe mich mit dieser doppelten These auf Michel Foucaults Unterscheidung von Macht und Gewalt, die im Hinblick auf Sexualität ausnehmend nützlich erscheint: „Ein Gewaltverhältnis wirkt auf einen Körper, wirkt auf Dinge ein: es zwingt, beugt, bricht, es zerstört: es schließt alle Möglichkeiten aus [...] und stößt es auf einen Widerstand, bleibt ihm keine andere Wahl. als diesen niederzuzwingen. Ein Machtverhältnis hingegen [heißt], daß der ‚andere‘ (auf den es einwirkt) als Subjekt des Handelns bis zuletzt anerkannt und erhalten bleibt und sich vor dem Machtverhältnis ein ganzes Feld von möglichen Antworten, Reaktionen, Wirkungen, Erfindungen eröffnet.“ (Foucault 1987: 254)

Das aber bedeutet: Machtkonstellationen stehen emanzipativen, sexualitätspositiven oder sexuell selbstbestimmten Praxen, Kulturen und Politiken keineswegs im Wege. Problematisch wird es lediglich dann, wenn sich Macht als Herrschaft verfestigt, also strukturelle oder institutionell legitimierte Hierarchien und Ungleichheitsverhältnisse die Machtdynamiken kanalisieren oder blockieren, sowie dann, wenn Gewalt die Macht- oder Herrschaftsverhältnisse dominiert. Demnach kann Macht, Machtungleichheit

oder auch Machtmissbrauch bedeuten; doch nähert sie sich in diesen Fällen den Dimensionen von Herrschaft oder Gewalt an. Versteht man Macht hingegen mit Foucault als Machtdynamik (1983: 109-124, 161-173), so bedeutet dies, dass auch unter ungleichen Voraussetzungen alle an einem durch Macht (nicht durch Herrschaft oder Gewalt) geprägten sozialen Kontext Beteiligten über Handlungs- oder zumindest Wirkungsmächtigkeit verfügen.

Zugleich gilt es jedoch aufmerksam dafür zu werden, wo Gewalt in Form symbolischer, epistemischer oder normativer Gewalt auftritt, wo also Kommunikations- und Beziehungsformen sowie Alltagspraxen durch heteronormative, körperrnormative, klassistische, rassistische und antisemitische Selbstverständnisse und ‚Normalitäten‘ geprägt sind. Die Erfahrungen derjenigen beispielsweise, die in den vergangenen Jahren begonnen haben als Intersex*-Personen zu sprechen und öffentliche Aufmerksamkeit für ihre persönlichen Erfahrungen zu gewinnen, waren über Jahrzehnte im Nachkriegsdeutschland in eine namenlose, nicht-sprechbare Existenz verbannt. Die normative Gewalt einer rigiden Zwei-Geschlechter-Ordnung hat zumeist selbst in ihren Familien die Tabuisierung ihrer geschlechtlichen Besonderheiten bewirkt.

Zugleich ist das Erringen von Benennbarkeit und öffentlicher Aufmerksamkeit eine prekäre Angelegenheit und garantiert keineswegs, der Gewalt zu entkommen. Denn symbolische Gewalt tritt häufig in Form von Klassifikationen auf und normative Gewalt sortiert diese Klassifikationen nach dem Raster normal/anormal, organisiert Zugehörigkeit und Ausschluss bzw. legitimiert Disziplinierung, Kriminalisierung oder Pathologisierung. Zwischen Benennung und Selbstbenennung bestehen also ein radikaler Unterschied ebenso wie fließende Übergänge, so dass jeder Name, der öffentliche Sprechbarkeit ermöglicht, zugleich darauf hin befragt werden muss, inwiefern er als Eigennamen Einzigartigkeit ausdrücken kann und inwiefern er als Kategorie verallgemeinert und unterwirft.

Queersiversity

Entgegen normativer Gewalt zielt Queersiversity als analytisch-kritische Kategorie, politische Strategie und ethische Haltung darauf ab, eine Enthierarchisierung von Verschiedenheit voranzutreiben und die Logik von Norm und

Abweichung zu unterminieren. Statt Differenz als anderes der Identität zu definieren, fasst Queersiversity Differenzen als dynamische Prozesse der Differenzierung oder als fort-dauerndes Werden. Damit schafft das Konzept Raum nicht nur für Vielfalt, sondern für interne Vielfältigkeit (Multiplizität), Uneindeutigkeit (Ambiguität) und undefinierte Andersheit.

Undefinierte Andersheit bedeutet, dass sich innerhalb (anerkannter ebenso wie diffamierter) Formen von Identität und Differenz immer auch Unterschiede und Besonderheiten entfalten, die sich der Benennung entziehen oder der Regulierung widersetzen. Wenn der Begriff Queersiversity undefinierter Differenz Anerkennung verleihen möchte, geht dies mit Irritationen und Unterbrechungen gängiger Normalitätsvorstellungen einher. Ganz gezielt wird Vielfalt als konflikthafte Heterogenität verstanden, so dass sich Queersiversity als Einführen der Differenz des Differenten in die Diversität bezeichnen ließe.

Eine Orientierung an Queersiversity lässt Macht- und Herrschaftsanalysen oder den Umgang mit Gewalt keineswegs obsolet werden. Doch zum einen können Grenzziehungen nicht länger als die einzig problematische Form sozialer Differenzierung angesehen werden. Vielmehr gilt es, sich auch den komplexen und zugleich subtilen Dynamiken der Normalisierung und Prekarisierung zu stellen. Zum anderen fragt sich, was es heißt, den Umgang mit Ungleichheit und Hierarchien nicht der Eigenverantwortung Einzelner aufzubürden, sondern partnerschaftliche, kollektive und politische Formen der Umarbeitung von sexueller Macht und Herrschaft zu entwickeln. Queersiversity zielt explizit darauf ab, Machtkonflikte transparent und bearbeitbar zu machen, um Hierarchien abzubauen und sexuelle und Geschlechtergerechtigkeit (sexual justice) zu befördern. Diesbezüglich gilt es anzuerkennen, dass Unterschiedlichkeit immer mehr und anderes ist, als definierte, klassifizierbare und regulierbare Positionen von Identität und Differenz.

*Dieser Text beruht auf einem Vortrag, den ich am 2013 auf Einladung der pro familia auf deren Fachtagung *Sexuelle Kulturen – sexuelle Bildung in Institutionen* gehalten habe. Eine Langversion ist verfügbar unter: <http://www.profamilia.de/fachpersonal/veranstaltungen-und-projekte/fachtagungen-pro-familia-bundesverband/sexuelle-kulturen-sexuelle-bildung-in-institutionen.html>

Antke Engel ist promovierte Philosophin, Queer-Theoretikerin und freiberuflich in Wissenschaft und Kulturproduktion tätig. Sie leitet das ‚Institut für Queer Theory‘ in Berlin (www.queer-institut.de). Neben zahlreichen Aufsätzen hat sie zwei Monographien publiziert *Wider die Eindeutigkeit* (2002) und *Bilder von Sexualität und Ökonomie* (2009).

Anmerkungen:

- (1) In diesem Text wird der Unterstrich (gender gap) in Substantiven (z.B. die Partner_in) und Pronomen (z.B. der_die oder de_) verwendet, um in die binäre Geschlechterunterscheidung ein Zögern einzuführen, das darauf hinweist, dass sich nicht alle Menschen als entweder weiblich oder männliche identifizieren können oder wollen. Das Sternchen* (Asterisk) wird verwendet, um eine Denaturalisierung zu signalisieren (vgl. Hermann 2003; Baumgartinger 2008).
- (2) Zur Verwobenheit von (queerer) Sexualität und (neoliberaler) Ökonomie und der damit verbundenen Vorstellung von sexueller Diversität als kulturellem Kapital (vgl. Engel 2009). Ich ordne symbolische und epistemische Gewalt hier als Ausdrucksformen normativer Gewalt ein, wobei zu bedenken wäre, ob und wie sie auch im Kontext sexueller und sexualisierter Gewalt zum Einsatz kommen.
- (3) Ich ordne symbolische und epistemische Gewalt hier als Ausdrucksformen normativer Gewalt ein, wobei zu bedenken wäre, ob und wie sie auch im Kontext sexueller und sexualisierter Gewalt zum Einsatz kommen.
- (4) Ich ordne symbolische und epistemische Gewalt hier als Ausdrucksformen normativer Gewalt ein, wobei zu bedenken wäre, ob und wie sie auch im Kontext sexueller und sexualisierter Gewalt zum Einsatz kommen.

Baumgartinger, Persson Perry (2008): *Lieb[schteam] Les[schteam], [schteam] du das gerade liest... Von Emanzipation und Pathologisierung, Ermächtigung und Sprachveränderungen*. In: *Liminalis. Zeitschrift für geschlechtliche Emanzipation* 2008/02, 24-39.

Butler, Judith (2005): *Gefährdetes Leben. Politische Essays*. Frankfurt.a.M.: Suhrkamp.

Butler, Judith (2009): *Außer sich. Über die Grenzen sexueller Autonomie*. In: *Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen*. Frankfurt.a.M.: Suhrkamp, 35-69.

Chambers, Samuel/Terrell Carver (2008): *Judith Butler and Political Theory. Troubling Politics*. London: Routledge.

Dietze, Gabriele/Elahe Haschemi Yekani/Beatrice Michaelis (2007): *Checks and Balances. Zum Verhältnis von Intersektionalität und Queer Theory*. In: Katharina Walgenbach et al. (Hg.): *Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität*. Opladen: Budrich, 107-139.

Engel, Antke (2013): *Lust auf Komplexität. Gleichstellung, Antidiskriminierung und die Strategie des Queerversity*. In: *Feministische Studien* 1, 39-45.

Engel, Antke (2012): *Spielräume sexualisierter Gewalt. Queeres Begehren im Spannungsfeld von staatlicher Regulierung und sexueller Subversion des Staates*. In: Helga Haberler/Katharina Hajek/Gundula Ludwig/Sara Paloni (Hg.): *Que(e)r zum Staat, Heteronormativitätskritische Perspektiven auf Staat, Macht und Gesellschaft*. Berlin: Querverlag, 188-207.

Engel, Antke (2009): *Bilder von Sexualität und Ökonomie. Queere kulturelle Politiken im Neoliberalismus*. Bielefeld: transcript.

Engel, Antke (2002): *Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation*. Frankfurt.a.M.: Campus.

Foucault, Michel (1987): *Das Subjekt und die Macht* [1983]. In: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow (Hg.): *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. übers.v. Claus Rath/Ulrich Raulff. Weinheim: Beltz Athenäum, 243-291.

Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*, Bd. I. Frankfurt.a.M.: Suhrkamp.

GenderKompetenzZentrum (2012): *Genderkompetenz und Queerversity*. <http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz-2003-2010/genderkompetenz-und-queerversity>, (Zugriff: 22.11.2014).

Hartmann, Jutta/Christian Klesse/Peter Wagenknecht/Bettina Fritsche/K. Hackmann (Hg) (2007): *Heteronormativität. Empirische Studien zu Heterosexualität als gesellschaftlichem Machtverhältnis*. Wiesbaden: VS.

Herrmann, Steffen Kitty (2003): *Performing the Gap. Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung*. In: *arranca! 28/Aneignung I*, 22-26.

LUST & POLITIK

Von der Lustlosigkeit im Gesellschaftsvertrag

Stefan Alexander Marx

— „Ich habe einen Pakt mit der Prostitution geschlossen, um
Zwietracht in den Familien zu säen.“ (Comte de Lautréamont)

Lars von Triers *Nymphomaniac* (2013) zeigt die, schon formal etwas angestaubte, Entwicklungsgeschichte einer Frau, die ein ausschweifendes, oft brutalisiertes Sexualleben unter weitgehend notwendiger Ausblendung der ansonsten traumatisch eskalierenden Gefühlswelt auslebt. Ihre Lustexistenz beschränkt sich in beinahe allen Szenen auf die Mechanik des Unmittelbaren, die jegliche Intimität bevor sie entsteht bereits empfindlich stört. *Shame* (2011) von Steve McQueen handelt von einem Mann der mit geliebten Menschen keinen Sex haben kann, dessen Lust sich auf die Anonymität körperlicher Registratur beschränkt und der darunter empfindlich leidet. Die Romantrilogie *Fifty Shades of Grey*, die 2015 verfilmt werden soll, behandelt die Begegnung einer jungen Literaturstudentin mit einem etwas älteren Milliardär, die darin mündet, dass sie sich von ihm in seinem Keller unbeholfen und durchaus spießig foltern lässt, bis er bemerkt, dass er auf heiratsfähiges Material getroffen ist und sich seine Gefühle zu ihr romantisch verändern.

Die sexuelle Lust hat ein politisches Problem. Die liberale Sexualität wie sie sich seit dem 17. Jahrhundert ausgebildet hat, die zwischen diskursiver Explosion und Verschärfung der Anstandsregeln oszilliert, wird von der Phantasie eines quantitativen Hedonismus bedient, dessen Formel besagt, je mehr Lust erlebt wird, desto reicher sei das Leben. Für Jeremy Bentham (1748-1832) ist Sex deshalb das größte aller Vergnügen: ein freies Gut, jedem und jeder zugänglich und im Idealfall muss man das Haus nicht verlassen. Aber hat diese, in der post-materialistischen Sexualität des 21. Jahrhunderts mündende, politische Ökonomie der Lust überhaupt eine denkbare Substanz außerhalb ihrer formalen Garantie von zwischenmenschlicher Sexualität,

Allianz und Konsum? Findet diese Lust noch im Körper statt, oder ist sie reines Phantasma der politischen Ordnung, die weder Souveränität noch Autonomie noch ernst nehmen will und alles im Diskurs darüber auflöst?

In der Antike herrschte die Furcht vor der destruktiven Energie starker Triebe. Die Tyrannen werden von Platon als neidvolle ungezügelte Menschen beschrieben und politisches Versagen als charakterliche Schwäche der Herrscher und Beherrschten gedeutet. Das Maßhalten, so nimmt die griechische Philosophie an, ist der einzige Garant gesellschaftlicher Stabilität. Es gilt die aus der Ambivalenz der Lust resultierende Gefahr der Selbstschädigung zu bannen und dadurch den Niedergang der staatlichen Ordnung zu verhindern, der mit dem unkontrollierten Streben der Individuen nach Lust einhergeht. Für Platon ist die Aufgabe der Philosophen, Maß zu halten und die innere Glückseligkeit der Individuen mit der äußeren der Polis in Einklang zu bringen. Die darauf aufbauende Aristotelische Vorstellung, dass die eigene Lebensform gewählt wird und der Mensch sein Glück sich selbst verdankt, modifiziert diese Sicht auf die Lust um die Ethik des Selbst.

In der *Nikomachischen Ethik* werden genaue Regeln des Maßhaltens festgelegt: Unmäßigkeit betrifft nur den Körper; Gesichtssinn, Gehör und Geruch sind ausgenommen. Wer Farben, Gebärden und Düfte schätzt und darin schwelgt, ist nicht unmäßig. Die *Eudemische Ethik* ergänzt: Selbst wenn man sich der Betrachtung einer Statue so hingibt, dass man darüber den Geschmack an der Liebe verliert, ist es nicht unmäßig. Die PorNo-Kampagne wäre bei den Griechen auf Unverständnis gestoßen. Sexuelle Lust, so stellen die Philosophen klar, erlebt man nur, wo man sich körperlich berührt, und davon sind auch wieder bestimmte Berührungen ausgenommen. Der griechischen Philosophie geht es um Zahl und Häufigkeit sowie Intensität der ausgelebten sexuellen Lust. Sie betont den

quantitativen Unterschied zwischen aktivem und passivem Verhalten und verzichtet daher auf eine Tabuisierung etwa der Homosexualität zugunsten einer Betonung des Maßvollen und regelgebundenen Umgangs mit der eigenen Lust.

Für das gesellschaftliche Rollenverständnis bedeutet das, die erwachsenen, freien Männer treten als sexuell Aktive, Frauen, Knaben und Sklaven als Passive auf. Für den erwachsenen freien Mann ist nicht nur der Exzess unangemessen, sondern auch die Passivität! Davon ist auch der Begriff der Lust betroffen. Freiheit, die notwendig ist, um die eigene Sexualität lustvoll zu erleben, bedeutet nicht nur selbst frei von Zwang zu sein, sondern auch Macht über andere ausüben. Das Prinzip der Mäßigung kann nur zur Anwendung kommen, wenn die eigenen Grenzen nicht von anderen gesetzt sind. Nur aktive Männer sind daher zur Mäßigung im vollen Sinne überhaupt fähig, alle anderen deren Fähigkeit zur Mäßigung ausgeliefert.

Carole Patemans Studie *The Sexual Contract* (1988) macht deutlich, dass der Gesellschaftsvertrag ein Geschlechtervertrag ist, der von Männern als Vormünder ihrer Frauen geschlossen wird. Die vertraglich geregelte Sexualität, wie die Ehe, wird dabei als etwas sichtbar, das eben mehr ist, als die berühmte Engels'sche Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft. Denn das Muster des Vertrags schleicht sich auch in die vom Ehekonzept abweichenden Formen der Lustgestaltung ein. Auch die queere Vorstellung von Polyamorie und Beziehungsgestaltung unterliegt dem Vertragsdenken. Free Hugging und Cuddle-Partys haben eine paternalistische Komponente. Der Lust wird keineswegs größere Freiheit gewährt, im Gegenteil, sie wird institutionell unterlaufen. Wo Umarmungen gratis sind und von jedem und jeder für jeden und jede vergeben werden, verlieren sie ihre intrinsische Qualität als Zeichen besonderer Zuneigung. Darüber hinaus werden Free-Hugger zwangsanzonymisiert, Grenzüberschreitungen streng geahndet. Wo die Regeln besagen, es muss bekleidet geschmust werden, sind die Grenzen dessen, was die Lust tun darf eng. Geschütztes Kuschneln ist nur ‚gesunden Erwachsenen‘ zugänglich, KuschnelwächterInnen werden von einer Kuschnelleitung angeleitet, die einschreitet, wenn die Stimmung zu aufgeheizt wird. Der Konsum von Alkohol oder Drogen ist untersagt. So ist auch die best arrangierte

Cuddle-Party eben nur das: ein Arrangement bei dem die Lust gerade so weit reicht, wie es die VeranstalterInnen zuvor festgelegt haben. Die Lust mäßigt sich im Register sexueller Herrschaft. Der Akt der Mäßigung soll durch die Suggestion der frei gewählten Vernünftigkeit über die Weiterexistenz sexueller Herrschaft in diesem Vorhaben hinwegtäuschen. Der dabei einzig vernünftige Gedanke an den gesellschaftlichen Charakter sexueller Lust wird mit dem Ignorieren der unberechenbaren, unvernünftigen, dunklen Komponenten der Lust, nicht abgeschafft, sondern nur verdrängt.

Dabei wäre zu zeigen, dass sexuelle Lust ein Ziel hat, dass sich im Rahmen von Regeln nicht immer erreichen lässt. Der Weg zum Orgasmus besteht in der Luststeigerung bis zum Höhepunkt, während der sich der Körper in eine, von der herkömmlichen Wirklichkeit losgelöste Situation, versetzt. Er durchläuft Umwandlungsprozesse vergleichbar mit einem Drogenrausch. Das Schmerzempfinden wird aufgrund chemischer Vorgänge verändert. Die Ausschüttung von Neurotransmittern, Dopamin, Noradrenalin und Serotonin führt zum Stressabbau und zu Glücksgefühlen und machen die Lust zu einem im höchsten Maß angenehmen und subjektiven Empfinden, das sich mehr durch die schrittweise Aufgabe von Kontrolle, als die Annahme von Regeln auszeichnet. Lust stellt sich nicht intersubjektiv nachvollziehbar dar. Ihre Substanz besteht im Augenblick; sie ist nicht nachvollziehbar nur miterlebbar. Man kann sich dem Lusterleben eines anderen Menschen im intensiven Kontakt anähneln, sich ihm mimetisch nähern und empathisch mitempfunden aber die ungezügelte Lust setzt Souveränität voraus, und deren Gegenteil, die Fähigkeit sich dem Gefühl eines Anderen zu überlassen. Das erfordert eine Aufmerksamkeit für die Situation, die einen hochkomplexen Zusammenhang von Hingabe, Selbstücksichtnahme (Solophase) und Anteilnahme erfordert. Diese Balance kann nicht regelgebunden hergestellt werden. Sie ist der Willkür insofern unterworfen, als gleichstarke Kräfte den Versuch unternehmen, entgegen der Unmöglichkeit ohne Selbstausslöschung zu verschmelzen, zu einer Einheit zu werden und sich in einem bedingungslosen Spiel von Freiheit und Hingabe zu erleben.

Für Theodor W. Adorno gibt es eine Quelle menschlicher Empfindsamkeit die entgegen der Erfahrungen des quantitativen Hedonismus einen Weg erschließen kann, Lust

nicht im Register sexueller Herrschaft zu erleben. Für ihn bildet sich die menschliche Vernunft auf dem Weg kindlicher Nachahmung geliebter Personen. Der mimetische Nachvollzug der Perspektive der anderen bringt die Möglichkeit, die Subjektivität so weit aus dem Zentrum der eigenen Erfahrung herauszurücken, dass es zu einer ausgewogenen Beurteilung von Sachverhalten kommen kann. Die frühkindliche Erfahrungssituation in der sich Denken durch Liebe bildet, hinterlässt Erinnerungsspuren durch den Prozess der Sozialisierung hindurch. Das Erfahrungsresiduum das davon in allen von uns zurückbleibt, sorgt für ein Interesse an der Befreiung der Souveränität der eigenen Vernunft. Wir erlangen die Fähigkeit uns hinzugeben und zugleich eigenständige Wesen zu bleiben. Das Lusterlebnis ist somit nicht Opponent der Vernunft, sondern Zeugnis ihrer Entfaltungsmöglichkeiten jenseits gesellschaftlicher Konventionen. Die ethische Konsequenz die sich für Adorno daraus ableitet, ist die in der *Minima Moralia* vorgetragene Aufforderung, ohne Angst verschieden sein zu können. Diese angstlose Verschiedenheit ist mehr als die liberale Betonung des Individualrechts, sie opponiert radikal der herrschenden repressiven Unverkrampftheit des Kollektivs. Das Lusterlebnis soll in seiner gesellschaftlichen Praxis Spontanereignis und Theateraufführung zugleich sein. Diese Spannung lässt sich nicht im Rahmen vertraglicher Fremdsteuerung aufheben oder ausleben. Sexuelle Lust ist von ihrem Prinzip her undemokratisch und hat etwas, das sich nicht staatlich sanktionieren oder rational kanalisieren lässt. Die ungezähmte Subjektivität hält sich nicht an die Regeln des Gesellschaftsvertrags. Wo Aktive und Passive künstlich erzeugt und zusammengepfercht werden, geschieht Unrecht.

Lust ist in ihrer Wirkung auf Überschreitung und Freiheit, Anarchie und Unberechenbarkeit angewiesen. In ihr stellt sich das her, was sich ethisch als gemeinsamer Grund des Zusammenseins definieren lässt, das zugleich von den Unterschieden abhängt. Hier verbinden sich Phantasie, sensorische Überladung und Körpergefühl mit Bewegung und Willen, Feingefühl und Expansion, Rücksicht und Egoismus. Lust ist in höchstem Maße kontingent und flüchtig. Man kann sie nur stimulieren und ausleben, sie wird in direkter Erfahrung von jedem und jeder gewollt, aber sie kann nicht durch Wahlvorgänge erreicht, oder durch Kommunikation dingfest gemacht werden. Das zwanglose Ausleben der sexuellen Lust impliziert Freiwilligkeit,

Selbstkontrolle, Selbst- und Fremdliebe, den Willen zum anderen und vor allem Souveränität. Nacktheit und Fähigkeit zur Kopulation alleine machen noch keine befreite Sexualität. Das wäre sie erst, wenn man ohne Angst voreinander ausprobieren könnte was gerade Lust erweckt.

*Dieser Text ist die bearbeitet Version eines Vortrags, welcher im Rahmen der *Nacht der Philosophie* im Juni 2014 abgehalten wurde.

Stefan Alexander Marx ist Politikwissenschaftler, philosophischer Praktiker und Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Seine Dissertation erschien 2014 als Ethik der Dissidenz. Kritische Theorie und öffentliche Kritik. Frankf.a.M. [u.a.]: Peter Lang.

Adorno, Theodor W. (2003): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Frankf.a.M.: Suhrkamp.

Aristoteles (2003): *Nikomachische Ethik*. Reinbek: Rowohlt.

Foucault, Michel (1989): *Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit 2*. Frankf.a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2012): *Die Sorge um sich. Sexualität und Wahrheit 3*. Frankf.a.M.: Suhrkamp.

DAS SEXUELLE IST POLITISCH

Staatstheoretische Perspektiven auf Sexualitäten

Gundula Ludwig

– „Der Staat greift routinemäßig in sexuelles Verhalten ein, und zwar auf einem Niveau, wie es in keinem anderen gesellschaftlichen Lebensbereich geduldet werden würde“ (Rubin 2003: 53).

Wenngleich Gayle Rubin bereits 1983 in ihrem Aufsatz *Sex denken* in aller Deutlichkeit das Verhältnis von Staat und Sexualität als macht- und staatstheoretisch bedeutsames Feld herausstellt, sucht man im mainstream der Politikwissenschaft dennoch vergeblich Auseinandersetzungen mit Sexualität und Begehren. Weder finden sich dort Antworten auf Fragen, wie Sexualität politisch reguliert wird, noch auf Fragen, wie Sexualität gesellschaftliche Ordnung, Nation und Staat ermöglicht und legitimiert. Diese Fragen wurden in den letzten Jahren vielmehr ‚von den Rändern‘ der Politikwissenschaft aus, von queeren und postkolonialen Theoretiker_innen, bearbeitet. Diese Arbeiten haben sich mit der Bedeutung von Sexualität für die Konstruktion von Nationen, nationalstaatlicher Zugehörigkeit und citizenship auseinandergesetzt und aufgezeigt, dass Begehren und Sexualität fundamental mit (National-)Staatlichkeit verwoben sind. Einige dieser Einsichten werde ich im ersten Teil des Textes darlegen, ehe ich mich im zweiten Teil mit aktuellen sexuellen Politiken aus staatstheoretischer Perspektive befassen möchte.

1. Das rassisierende Regieren von Sexualitäten und Bevölkerungen

Ein wichtiger Ausgangspunkt für viele queer-theoretische Arbeiten ist Michel Foucaults *Der Wille zum Wissen*. Dort weist Foucault die Vorstellung zurück, dass Sexualität ein naturgegebener Trieb sei und zeigt auf, dass ‚Sexualität‘

ein Konstrukt ist, das innerhalb von Macht-Wissens-Formationen hervorgebracht wird und das als solches zu einem überaus wirkmächtigen Element in der Konstitution des modernen abendländischen Subjekts wurde. Foucault verbindet die Herausbildung des Sexualitätsdispositivs mit der Herausbildung einer Machtausübung, die er Bio-Macht nennt. Bio-Macht richtet sich nicht wie die souveräne Macht darauf, „sterben zu machen und leben zu lassen“, sondern darauf, „leben zu machen oder in den Tod zu stoßen“ (Foucault 1983: 134). Bio-Macht zielt also darauf ab, „Kräfte hervorzubringen, wachsen zu lassen und zu ordnen, anstatt sie zu hemmen, zu beugen oder zu vernichten“ (ebd.: 132). Sexualität nimmt deshalb im Bedingungsgefüge der Bio-Macht eine zentrale Rolle ein: Das moderne abendländische Subjekt als sexualisiertes Subjekt ist die Kehrseite einer Macht, „die das Leben in ihre Hand nimmt, um es zu steigern und zu vervielfältigen, um es im einzelnen zu kontrollieren und im gesamten zu regulieren“ (ebd.: 132f.). Denn, indem auf Sexualitäten Einfluss genommen wird, gelingt es auch, die Bevölkerung in einer spezifischen Art zu regieren.

Das Regieren von Sexualität kann somit aus einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive als staatliche Aufgabe gefasst werden. In seinen Vorlesungen am Collège de France in den Jahren 1978 und 1979 zur Gouvernementalität legt Foucault dar, dass der moderne westliche Staat nicht nur in juridischer Weise über Gesetze und Verbote operiert, sondern auch über die „Kunst, die Menschen zu regieren“ (Foucault 1992: 242) und mithin darüber, Subjekte zu bestimmten Verhaltens- und Lebensweisen und damit auch zu bestimmten Formen, zu lieben, zu begehren und Sexualität und Lust zu empfinden und auszuleben, geführt werden. Über das Regieren von Sexualitäten wird mithin immer auch die Bevölkerung regiert. Sexualität

gibt Anlass zu „unendlich kleinlichen Überwachungen“, „Kontrollen aller Augenblicke zu äußerst gewissenhaften Raumordnungen“, „endlosen medizinischen oder psychologischen Prüfungen“ sowie „zu umfassenden Maßnahmen, zu statistischen Schätzungen, zu Eingriffen in ganzen Gruppen oder in den gesamten Gesellschaftskörper“ (Foucault 1983: 103). Regulierungen des generativen Verhaltens von Bevölkerungen der ‚eigenen‘ Nationen stellen eine westliche Form der Machtausübung moderner westlicher Staaten dar und Sexualität ist hierfür „Gegenstand und Zielscheibe“ (Foucault 1983: 142).

Zugleich werden über das staatliche Regieren von Sexualität auch rassisierte Hierarchisierungen möglich und legitimiert. Am Ende von *Der Wille zum Wissen* hebt Foucault hervor, dass die moderne Biopolitik, die sich um das Sexualitätsdispositiv herausbildet, intrinsisch verwoben mit dem ist, was er als „moderne(n), staatliche(n), biologisierende(n) Rassismus“ (Foucault 1983: 144) bezeichnet: Diese sexuellen Politiken der Bevölkerung und der Körper „haben ihre Färbung und ihre Rechtfertigung aus der mythischen Sorge um die Reinheit des Blutes und den Triumph der Rasse empfangen.“ (Ebd.) Foucault verknüpft also die moderne Biopolitik mit staatlichem Rassismus, indem er als eine der zentralen Wirkweisen der Bio-Macht hervorhebt, dass diese zwischen Menschen, die Teil einer optimierbaren Bevölkerung und Menschen, die Teil einer zu minimierenden Bevölkerung sind, differenziert und eine „Zäsur zwischen dem, was leben, und dem, was sterben muß“ (Foucault 1999: 295) einführt. Diese Grenzziehung ist rassisiert. Ann Stoler hat diese Überlegungen aufgegriffen und Foucaults Arbeiten erweitert, indem sie die von ihm beschriebenen Biopolitiken des 19. Jahrhunderts in den Kontext von Imperialismus und Kolonialismus stellt: „Europe’s eighteenth- and nineteenth-century discourses on sexuality, like other cultural, political, or economic assertions, cannot be charted in Europe alone.“ (Stoler 1995: 7) Stoler legt dar, dass das moderne Sexualitätsdispositiv eine entscheidende Rolle in der Herausbildung der europäischen Nationen einnimmt:

„Discourses of sexuality [...] have mapped the moral parameters of European nations. These nationalist discourses were predicated on exclusionary cultural principles that [...]

marked out those whose claims to property rights, citizenship, and public relief were worthy of recognition and whose were not.“ (ebd.: 8)

Stoler zeigt auf, wie die westliche koloniale Konstruktion der ‚primitiven Wilden‘ auch auf Konstruktionen über ‚deviante‘ Sexualitäten der Kolonialiserten beruhen. Diskurse über ‚normale‘ und abweichende Sexualität und sexuelle Moral sind insofern konstitutiv in die Produktion von rassisierten ‚Identitäten‘ und von nationalstaatlicher Zugehörigkeit eingeschrieben, als macht- und gewaltvolle Zuschreibungen als Abgrenzungsfigur eine bedeutsame Rolle in der Herausbildung einer modernen bürgerlichen weißen, westlichen Sexualität einnehmen, wobei hier insbesondere über die zugeschriebene Fähigkeit bzw. Unfähigkeit der Selbstdisziplin eine rassisierte Grenzziehung zwischen Europäer_innen und Nicht-Europäer_innen gezogen wird.

2. Die Neoliberalisierung des rassisierten Sexualitätsdispositivs

Über das Regieren von Sexualität, die Kriminalisierung und Pathologisierung von nicht-heterosexuellen Liebesweisen und die Normalisierung reproduktiver ehelicher Sexualität wird somit eine Doppelbewegung in Gang gesetzt: Einerseits wird auf diese Weise eine westliche Bevölkerungen hervorgebracht, auf die der Nationalstaat bis in die intimsten Details des Alltagslebens der Staatsbürger_innen Zugriff haben kann. Andererseits wird durch die Konstruktion der bürgerlichen westlichen modernen respektablen Sexualität eine nationalistische Grenzziehung zu anderen nicht-westlichen, nicht-modernen Nationen gezogen, deren Bevölkerungen als ‚pervers‘ und sexuell deviant imaginiert werden, was Legitimation für koloniale Herrschaftsausübung, Ausbeutung und Gewalt dient.

Foucault zeichnet in *Der Wille zum Wissen* zentrale Elemente der Biopolitik nach, wie sie sich ab dem 19. Jahrhundert herausbildet und die bis in die fordistische Gesellschaftsformation hegemonial war. In dieser Ausgestaltung des Sexualitätsdispositivs stellt die der Fortpflanzung

dienliche eheliche Sexualität die natürliche Funktion der Sexualität dar, während alle andere Praktiken – Onanie, kindliche Sexualität sowie das breite Feld aller nicht-heterosexuellen ‚Perversionen‘ – zu Abweichungen werden. Mittels Kriminalisierung von gleichgeschlechtlichen und allen anderen ‚devianten‘ Sexualitäten wird diese Grenzziehung auch durch den modernen westlichen Staat gestützt. Allerdings lässt sich staatliche Machtausübung auch hier nicht auf juristische Aspekte reduzieren. Ebenso bedeutsam für das Gelingen staatlicher Biopolitik ist, dass Subjekte zu bestimmten Formen von ‚gesunder‘, ‚normaler‘ Sexualität geführt werden.

Ein Blick auf aktuelle sexuelle Politiken zeigt, dass sich in der Ausgestaltung des Sexualitätsdispositivs in westlichen Nationen in den letzten Jahrzehnten einige Veränderungen konstatieren lassen: Die Kriminalisierung und Pathologisierung von Homosexualität ist einer Integration im Namen von Toleranz und Vielfalt gewichen; ebenso wurde die starre Kopplung von Familie und Heterosexualität durch die Einführung der Verpartnerung und den zunehmenden Möglichkeiten auch für gleichgeschlechtliche Paare, legal abgesicherte Formen von Elternschaft übernehmen zu können, aufgeweicht (vgl. dazu u.a. Engel 2008; Mesquita 2011, Raab 2011).

Diese Veränderungen sind auch Effekte sozialer Kämpfe und haben zweifelsfrei zu einem Zugewinn individueller Freiheit für manche und zu einer zunehmenden Sichtbarkeit mancher gleichgeschlechtlicher Lebensweisen geführt. Zugleich aber gilt es, aus der oben dargelegten staatstheoretischen Perspektive, auch darauf zu fokussieren, wie diese neoliberalen, ‚toleranten‘ sexuellen Politiken mit der Konstruktion von Nationen in einem globalen, rassisierenden, postkolonialen Kontext zu interpretieren sind.

Aktuelle sexuelle Politiken in westlichen Gesellschaften, die sich als offen und tolerant gegenüber lesbischen und schwulen Sexualitäten geben, werden von der politischen Rhetorik begleitet, die diese als Erfüllung der Versprechen einer ‚zivilisierten Moderne‘ rahmen. Diese Verknüpfung von Toleranz gegenüber bestimmten gleichgeschlechtlichen Sexualitäten und Lebensweisen mit dem Entwicklungsgrad der Moderne führt dazu, dass sich auf diese Weise westliche Nationen in ihrer Superiorität bestätigen können. Dadurch werden koloniale Mechanismen der Grenzziehung zwischen jenen Nationen, die ‚modern‘ sind, und den anderen, die nicht oder noch-nicht-ganz modern

sind, im Namen der Toleranz gegenüber nicht-heterosexuellen Sexualitäten gezogen. Dem zugrunde liegt die (post-)koloniale Gegenüberstellung zwischen dem Ideal des westlichen, selbstbestimmten, modernen Subjekts, das nun auch seine Sexualität ‚frei‘ und ‚selbstbestimmt‘ auswählt, und jenem imaginierten nicht-westlichen, ‚traditionellen‘, unfreien Subjekt, das in ‚rückständigen‘, heteronormativen Sexualitäten verhaftet ist. Während die anderen, nicht-westlichen Subjekte noch in Traditionen verstrickt sind, haben sich die westlichen Subjekte bereits auch von heterosexuellen Normen ‚befreit‘.

Darüber hinaus werden diese ‚liberalen‘ sexuellen Politiken auch als Grenzziehungen innerhalb des Nationalstaates eingesetzt: Hier wird die Gegenüberstellung eines sexuell fortschrittlichen Westens und eines sexuell traditionellen Anderen in den Nationalstaat hineinverlagert und zur Basis für rassisierende Politiken. Deutlich kam dies beispielsweise in dem Test für muslimische Einwander_innen in den Niederlanden zum Ausdruck: Hier wurde ein Bild zweier küssender Männer gezeigt, um anhand der Reaktion des_der Migrant_innen die ‚Integrationsbereitschaft‘ zu beurteilen.

Auch in Zeiten der „toleranzpluralistischen Integration“ (Engel 2002: 165) von manchen ehemals kriminalisierten Formen von Sexualität, bleibt Sexualität mithin ein machtvoll konstruiertes Subjekt, über das Subjekte und die Bevölkerung regiert werden. Ebenso bleiben sexuelle Politiken auch in einem neoliberalen Staatsprojekt, das die Toleranz gegenüber bestimmten Formen lesbischer und schwuler Lebensweisen als Inbegriff von Modernität und Demokratie stilisiert, ein Modus rassisierender Grenzziehungen. Diese Verwobenheiten und Kontinuitäten im Wandel gilt es, zum Ausgangspunkt für das Nachdenken über queere politische Praxen heranzuziehen, um das machtvolle Zusammenspiel von Sexualität, ‚race‘ und Staat nachhaltig zu verändern.

*Der hier abgedruckte Aufsatz ist die gekürzte und leicht überarbeitete Version des Textes *Staatstheoretische Perspektiven auf die rassisierende Grammatik des westlichen Sexualitätsdispositivs. Kontinuitäten und Brüche*, erschienen in: Barbara Grubner/Veronika Ott (Hg.) (2014): *Sexualität und Geschlecht. Feministische Annäherungen an ein unbehagliches Verhältnis*. Königstein/Ts.: Ulrike Helmer Verlag, 87-104.

Gundula Ludwig, Universitätsassistentin am ipw, aktuell
Vertretungsprofessorin am Institut für Sozialwissenschaften
der HU-Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie (v.a.
Staats-, Macht- und Demokratietheorien), Feministische
Theorie, Queer-Theorie, Körpertheorien.

Engel, Antke (2002): *Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Ge-
schlechter im Fokus queerer Politik der Repräsentation*. Frankf.a.M.:
Campus.

Engel, Antke (2008): *Gefeierte Vielfalt. Umstrittene Heterogenität.
Befriedete Provokation. Sexuelle Lebensformen in spätmodernen
Gesellschaften*. In: Rainer Bartel et al. (Hg.): *Heteronormativität
und Homosexualitäten*. Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag,
43-63.

Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und
Wahrheit I*. Frankf.a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1992): *Was ist Kritik*. Berlin: Merve.

Foucault, Michel (1999): *Vorlesung vom 17. März 1976*. In: *In
Verteidigung der Gesellschaft*. Frankf.a.M.: Suhrkamp, 276-305.

Mesquita, Sushila (2011): *Ban Marriage! Ambivalenzen der Normali-
sierung aus queer-feministischer Perspektive*. Wien: Zaglossus.

Raab, Heike (2011): *Sexuelle Politiken. Die Diskurse zum Lebenspart-
nerschaftsgesetz*. Frankf.a.M.: Campus.

Rubin, Gayle (2003): *Sex denken; Anmerkungen zu einer radikalen
Theorie der sexuellen Politik*. In: Andreas Kraß (Hg.): *Queer den-
ken. Gegen die Ordnung der Sexualität (Queer Studies)*. Frankf.a.M.:
Suhrkamp, 31-79.

Stoler, Ann Laura (1995): *Race and the Education of Desire.
Foucault's History of Sexuality and the colonial order of things*.
Durham/London: Duke University Press.

„ROMANTISCHE LIEBES- BEZIEHUNG“, POLYAMORY UND „REINE BEZIEHUNG“

Dominik Hultsch

Dieser Artikel beschäftigt sich mit Liebesbeziehungen, wobei ich von einer Definition von Liebe Abstand nehmen will, ein allgemeines Verständnis für ‚Liebe‘ also voraussetze. Stattdessen konzentriere ich mich auf die Analyse des Modells der ‚romantischen‘ Beziehungen und stelle diesem alternative Modelle gegenüber. Statt in einer (vereinfachenden) normativen ‚Pro-Kontra‘-Argumentation verhaftet zu bleiben, soll jedes Modell dabei einer Kritik unterzogen sowie gesetzte Grundannahmen und Argumentationslinien sichtbar gemacht werden.

Beziehungen werden immer auch durch gesellschaftliche Bedingungen und historische Veränderungen geprägt, zum einen durch die zunehmende Ausdifferenzierung und Individualisierung der modernen Gesellschaft, zum anderen durch die sozio-ökonomischen Bedingungen des Bürgertums. Die meisten Menschen werden Liebe als ‚emotionale Naturgewalt‘ erleben und keinen Gedanken an die gesellschaftliche Prägung verschwenden; natürliche Triebkräfte und erotisches Begehren werden oft als universell verstanden. Die jeweiligen Konfigurationen von Beziehung in bestimmten Gesellschaften hingegen zeigen, dass kulturelle Unterschiede bedeutsam sind und mit den gesellschaftlichen Lebensbedingungen und Weltbildern in einer bestimmten Zeit und in einer bestimmten sozialen Gruppe zusammenwirken. Liebesbeziehungen sind somit soziokulturellen Faktoren ausgesetzt. Die Beziehungen unserer Großeltern beispielsweise, waren anders als die Mehrzahl der Beziehungen, die wir heute führen (vgl. Hofmann/Zimmermann 2012: 13f.).

Um Liebesbeziehungen näher zu definieren, müssen daher die sozialen Rahmenbedingungen bestimmt werden. Die Rahmenbedingungen für die Situation in Mitteleuropa, am Beginn des 21. Jahrhunderts könnten folgendermaßen kurz zusammengefasst werden: gesellschaftliche Ausdifferenzierung und Individualisierung; rechtliche

und moralische Liberalisierung; grundsätzliche (teilweise bzw. relative, aber vor allem materiell noch nicht gänzlich durchgesetzte) Gleichstellung der Geschlechter; ökonomische Globalisierung; marktformige Ökonomisierung (mit weitreichenden Verteilungsungleichheiten), verkehrstechnische Mobilisierung und informationstechnische Mediatisierung (vgl. ebd.: 15).

Das idealtypische Beziehungsmodell der romantischen Liebesbeziehung wird davon ausgehend vor allem durch Intensität und Intimität geprägt definiert und suggeriert die vollständige Deckung des Liebesbedürfnisses durch eine einzige Person. Im Sinne des Mythos der Kugelmenschen nach Platon, nährt sie die Hoffnung, aus zwei perfekt zueinander passenden Hälften eine Gesamtheit herzustellen. Konsequenterweise kann es daher nur einen idealen Menschen geben, der/die alle Bedürfnisse befriedigt, was weitere Beziehungen zu einem bestimmten Grad (abgesehen von Freund_innenschaften) überflüssig macht. Es entsteht ein exklusives Verhältnis, das beinahe totalitäre Ansprüche an das Gefühls- und Beziehungsleben der anderen Person stellt. Dadurch werden tendenziell gegenseitige Besitzansprüche und manchmal zerstörerische Eifersucht gefördert. Die romantische Liebesbeziehung erlaubt also streng genommen keine Übergänge, Vagheiten oder Differenzierungen (vgl. ebd.: 11ff.).

Die Dominanz der romantischen Beziehung kann dabei auch als Resultat der gesellschaftlichen Situation gesehen werden. Sie befriedigt in unserer Zeit vielleicht die Sehnsucht nach einer verlorenen Einheit, indem die Komplexität, die Ausdifferenzierung und die Auflösung traditioneller Sinnzusammenhänge reduziert wird. Herausforderungen in der radikalen Individualität und Vereinzelung werden durch die Vorstellung einer idealen zweiten Hälfte entschärft. Die Verheißung besteht darin, die eigenen Defizite durch die andere Person zu kompensieren,

Stabilität zu erfahren und die Komplexität wenigstens im Privaten zu reduzieren. Neben diesen eher ideellen Beweggründen treten pragmatische Erwägungen hinzu. Die Komplexitätsreduktion bringt Erleichterungen mit sich, wie mehr zeitliche und finanzielle Ressourcen (z.B. was die Wohnsituation oder die Familiengründung angeht), oder erleichterte Freizeitplanung (vgl. ebd.: 16ff.).

Die romantische Liebesbeziehung hat aber auch viele problematische Seiten. Die tendenzielle Exklusivität und Totalität der gegenseitigen Inanspruchnahme zieht die Gefahr der Überforderung nach sich. Das führt einerseits dazu, dass die Dominanz dieses Modells Stress für jene Personen nach sich zieht, die noch keine_n Partner_in haben, nämlich zwanghaft nach einem idealen, einmaligen Partner_in, dem ‚perfect match‘ zu suchen. Das Single-Dasein wird so zu einem defizitären Zustand bis die perfekte, zweite Hälfte gefunden wurde.

Auf der anderen Seite führt das Ideal in einer existierenden Beziehung zu einer Projektion der Vollkommenheit auf einen real existierenden, endlichen Menschen und in der Folge zu Enttäuschung, Frustration und Überforderung. Hinzu kommen Zweifel an der Wahrhaftigkeit und Notwendigkeit der Exklusivität durch die zeitliche Zufälligkeit der zustande gekommenen Beziehung. Die Basis der romantischen Exklusivität ergibt sich lediglich aus der zeitlichen Priorität (Person A lernt Person B vor Person C kennen). Daraus entsteht das Phänomen des Besetztseins, einer abstrakten Zeitordnung, die gewissermaßen zum Anspruch der Freiheit im Widerspruch steht, denn Liebe und Zärtlichkeit werden somit besitzförmig. Die zeitliche Zufälligkeit lastet auf vielen Beziehungen, und den meisten Menschen ist dies auch latent bewusst, wie Zweifel an der vollkommenen, ewigen, großen Liebe, endgültigen Partner_innenschaften, etc. Die romantische Beziehung bleibt trotzdem das vorherrschende Ideal, obwohl es mit der Realität oft kaum vereinbar ist (vgl. ebd.: 18f.).

Herbert Marcuse (*Triebstruktur und Gesellschaft*) und andere gingen von der sogenannten Repressionshypothese von Sigmund Freud (*Das Unbehagen in der Kultur*) aus. Nach Freud, basiert die gesamte Kulturentwicklung der Menschheit auf der sublimierten Energie der Libido (von Eros und Todestrieb gleichermaßen), und deshalb sei die Kultur eine Ordnung zur Unterdrückung der Triebe. Daraus entwickelt Marcuse die Fragestellung: Kann das Lustprinzip vom Realitätsprinzip, also der Modifikation der

Triebe, befreit werden, ohne in die Barbarei zu verfallen? Denn die repressiven Modifikationen würden den Organismus überhaupt erst zu unlustvoller und entfremdeter Arbeit erziehen. Die Lösung sieht er in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Mechanisierung der Produktion. Denn laut Marcuse würde die Reduktion der notwendigen Arbeit auf ein Minimum diesen Mangel überwinden und der Körper würde wieder mehr ein ‚Instrument der Lust‘ werden. Das Problem bestehe darin, dass es im Kapitalismus die Tendenz gibt, den Arbeitstag auszudehnen um den Profit zu steigern, deshalb setze die Reduktion der Arbeit auf ein Minimum auch die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln voraus. Jene Institutionen, die bisher die privaten, menschlichen Beziehungen organisieren, wie die monogame, patriarchale Familie würden sich daraufhin allmählich auflösen, so Marcuse (vgl. Eder/Wemheuer 2011: 26). Seine Hypothese greift aber zu kurz, weil Sexualität nur durch die Abrichtung zur Lohnarbeit erklärt wird, sich nicht mit Diskursen, Erziehung und der Kulturindustrie befasst und die Reduktion der Arbeit und die Auflösung der Familie zur ultimativen Lösung aller Probleme macht. Schon Simone de Beauvoir (*Das andere Geschlecht*) hat sich gegen einen solchen Automatismus ausgesprochen. Die Auflösung der traditionellen Familie würde nur zu neuen Herrschaftsformen über Frauen und Kinder führen und in Zeiten des Abbaus des Wohlfahrtsstaates und in Ländern ohne Sozialsystem ist die Familie oft die letzte Gemeinschaft, die das Überleben der Menschen sichert (vgl. ebd.: 27).

Alternative Modelle der Liebesbeziehungen zu leben ist nicht unbedingt leicht und schmerzlos. Denn sie erscheinen bereits durch das Wesen der zerrissenen, individualistischen Gesellschaft einigermaßen unattraktiv. Es mangelt an Zeit und Muße für Mehrfachbeziehungen, weil Konkurrenz, der Kampf um die Existenz, um eine Stellung, um Kapital und um einen angemessenen Platz in der Gesellschaft zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Alternative Modelle erfordern die Vergeudung von Zeit, mehr jedenfalls als das Ideal der romantischen Liebesbeziehung. Das polyamore Beziehungsideal (ausführlicher dazu u.a. Schroedter/Vetter 2010) bildet einen klaren Gegenentwurf zum romantischen Modell. Der Ansatz ist, dass Menschen mehrere andere Menschen gleichzeitig lieben und das auf unterschiedliche Art und Weise mit unterschiedlichen Intensitäten tun (können). Nach diesem Modell werden

also Mehrfachbeziehungen gepflegt, wobei der Versuch unternommen wird, Verletzungen, Eifersucht, Geheimniskrämerei und Betrug zu vermeiden. Die Erwartung der Exklusivität wird aufgegeben, Umgangsformen und Regeln werden wiederholt mit allen Beteiligten ausgehandelt. Die Bedingungen dafür sind, dass sich alle Beteiligten an die Standards der Ehrlichkeit, Offenheit, Rücksichtnahme, Kommunikations- und Lernbereitschaft halten.

Ein solch anspruchsvolles Modell stellt die Beteiligten logischerweise vor einige Probleme. Auch hier droht die Gefahr der Überforderung, weil polyamore Beziehungen ein anspruchsvolleres Alltagsmanagement, beträchtliche Kreativität und Unkonventionalität erfordern, wenn der Wunsch nach einer Familiengründung besteht. Rechtlich und sozial scheint dies möglich, doch es setzt sehr viel Kommunikation, Koordination und Verständigung voraus. Außerdem stellt sich die Frage, ob Liebesbeziehungen nicht generell konzentrierte Aufmerksamkeit und Zuwendung erfordern und, ob dies bei Mehrfachbeziehungen gewährleistet werden kann (vgl. Hofmann/Zimmermann 2012: 55f.). Polyamory ist daher nicht die ultimative Antwort auf die Unzahl an misslingenden Paarbeziehungen, sondern ein neues Modell der Partner_innenschaft. Es hat einige Nachteile: Mit mehr als zwei Partner_innen wächst die Komplexität und damit die Wahrscheinlichkeit für Auseinandersetzungen. Mehrfachbeziehungen kosten sehr viel Kraft und Autonomie, weil Diskussionen manchmal lange dauern, um eigene Bedürfnisse durchzusetzen. Es ist viel schwerer mit mehreren Menschen eine Konsenslösung zu finden, welche die Bedürfnisse aller Parteien berücksichtigt. Wenn jemand sich in mehrere Menschen verliebt, kann das Herz auch mehrfach gebrochen werden. Mit der eigenen Eifersucht muss konstruktiv umgegangen werden, ohne dem Gegenüber die Schuld zu geben. Außerdem besteht angesichts der Dominanz der romantischen Liebesbeziehung die Gefahr der sozialen Ächtung, auch durch die eigene Familie oder Freund_innen (vgl. Rütter 2005: 85ff.).

Das Modell der Polyamory hat aber auch einige Vorteile: Es gibt mehrere Menschen, auf die Verlass ist und die in schwierigen Zeiten Hilfe leisten; es gibt Synergieeffekte, wenn mehrere Menschen zusammenleben und in einem engen Netzwerk verbunden sind (Finanzen, Arbeitslosigkeit, Kinderbetreuung, etc.); sexuelle Vielfalt ohne Betrug ist möglich; die Beziehungen sind flexibler und können

sich verändern, es bestehen fließende Übergänge zwischen Freundschaft, Liebschaft und Partner_innenschaft; der Umgang mit Eifersucht wird gelernt; Begierden und Wünsche können zumindest offen ausgedrückt und theoretisch ausgelebt werden und Stabilität, Sicherheit und Kontinuität können auch durch enge Mehrfachbeziehungen hergestellt werden (vgl. Rütter 2005: 88f.).

Ein anderes alternatives Modell zur romantischen Liebesbeziehung, nämlich das Modell der ‚reinen Beziehung‘ (u.a. Anthony Giddens) wird folgendermaßen definiert: Eine Liebesbeziehung zwischen zwei Menschen, die sich von Motiven, wie ökonomischer Sicherheit, sozialem Aufstieg oder stereotypen Erwartungen an die Geschlechterrollen lossagt. Es zeichnet sich dadurch aus, dass ein gleichberechtigtes wechselseitiges Verhältnis mit dem Ziel einer optimalen Entfaltung des Gegenübers besteht. Der Vorteil ist, dass dieses Modell sehr abstrakt gehalten wurde und daher das Konzept der Treue erst definiert werden muss, wenn es über Fairness, Verlässlichkeit und Loyalität hinausgehen soll. Die jeweiligen Partner_innen bestimmen nämlich erst die konkreten Bedingungen und Verhaltensregeln innerhalb ihrer Beziehung nach ihren jeweiligen Bedürfnissen. Der Nachteil dabei ist, dass vieles erst ausgehandelt werden muss und dadurch die romantische Vorstellung eines wortlosen Einverständnisses verworfen wird. Zur Bewältigung von Alltagsproblemen ist eine solche Gesprächskultur durchaus nützlich. Verglichen mit dem Modell der romantischen Beziehung behalten die Partner_innen mehr Distanz und Unabhängigkeit (vgl. Hofmann/Zimmermann 2012: 53f.).

Dominik Hultsch studiert Politikwissenschaft im Master und ist seit 2012 Redaktionsmitglied bei politix.

Eder, Barbara/Felix Wemheuer (2011): *Die Linke und der Sex. Eine Einführung*. In: Barbara Eder/Felix Wemheuer (Hg.): *Die Linke und der Sex. Klassische Texte zum wichtigsten Thema*. Wien: Promedia.

Hofmann, Imre/Dominique Zimmermann (2012): *Die andere Beziehung. Polyamorie und philosophische Praxis*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Rütter, Christian (2005): *Freie Liebe, offene Ehe und Polyamory. Geschichte von Konzepten nicht-monogamer Beziehungen seit den 1960er Jahren in den USA und im deutschsprachigen Raum*. Dipl.-Arb., Wien.

Schroedter, Thomas/Christina Vetter (2010): *Polyamory. Eine Erinnerung*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

PREKÄRES GEDENKEN

Anmerkungen zur lesbisch-schwulen Gedächtnispolitik in Bezug auf den Nationalsozialismus

Gudrun Hauer

Erinnerungs-, Gedächtnis- und Trauerarbeit bezogen auf die Jahre der NS-Herrschaft bedeuten heute in einem starken Ausmaß öffentliche Erinnerungs- und Trauerarbeit – und implizieren zwangsläufig und sehr gewollt die Besetzung öffentlicher Räume. Gedenktage, Feiern als Ereignisse, Gedenksteine, Mahnmäler etc. sind in diesem Zusammenhang auch als symbolische Zeichen zu sehen: Sie visualisieren und symbolisieren Fakten, Ereignisse, Gefühle, aber auch Interpretationen und Bewertungen des Vergangenen in jeweils sehr heterogenen Sichtweisen des aktuell Gegenwärtigen; sie sind zugleich abhängig von politischen wie wissenschaftlichen Diskursen wie auch von beteiligten AkteurInnen und/oder SprecherInnen und daher veränderbar; in ihnen wird die Vergangenheit immer neu erschaffen, Geschichte und Historizität erweisen sich somit als wandelbare Prozesse. Wie andere politische Akteurinnen und Akteure auch setzen Lesben und Schwule Zeichen in öffentlichen Räumen – sie besetzen sie und machen Homosexuelles und Homosexualitäten, lesbisches wie schwules Begehren sichtbar. Diese visibility (Sichtbarkeit) kann sehr unterschiedliche Formen annehmen. Im Kontext von Erinnerungs-, Gedächtnis- und Trauerarbeit zum Nationalsozialismus dominieren die Teilhabe an Gedenkfeiern, somit an Ritualen, und weiters steinerne Monumente, die Sehen, Be-Greifen oder wie in Amsterdam auch das Be-Gehen, Be-Treten ermöglichen.

Augenfällig und vermutlich nicht zufällig ist: Zumindest im geografischen Raum Europa sind die wichtigsten ständigen Zeichen der Sichtbarkeit von Lesben und Schwulen in öffentlichen Räumen, die durch ihre Gestaltung den Anspruch auf Dauer und somit auf das Beharren, auf ein Festhalten des Versteinerns der historischen Interpretation erheben, Gedenksteine, Mahnmäler, die an die Verfolgung



Mauthausen am 09.12.1984: 1. Gedenkstein für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus.

und Vernichtung von Homosexuellen während der NS-Zeit erinnern – Homosexuelle werden somit im Kontext der Öffentlichkeit als Opfer präsentiert.

Erinnerung und Gedenken an sowie Trauer über die Opfer des Nationalsozialismus setzen Wissen, Informationen, im weitesten Sinne Gedächtnis voraus. Differenzierende Sichtweisen und vor allem die Anerkennung des unterschiedlichen Umgangs des NS-Staates mit weiblicher und männlicher Homosexualität sind allerdings unerlässlich; Lebens-, Diskriminierungs- und Verfolgungserfahrungen beider Geschlechter, im weiteren Sinne beider Homosexualitäten dürfen nicht gleichgesetzt werden.

Vieles von dem, was wir heute über Lesben und Schwule während der NS-Zeit, über die Homosexualitätspolitik des NS-Staates wissen, wurde von Lesben und Schwulen selbst erforscht. Anders als bei den meisten anderen Opfergruppen sind – mit wenigen Ausnahmen – Erinnern und somit Gedächtnis stellvertretend festgehalten und werden stellvertretend weitertradiert – nicht durch die während der NS-Zeit direkt Betroffenen selbst. Dies geschieht weitgehend durch Kollektive, also durch die Lesben- und Schwulenbewegung selbst. Diese Form der Aneignung von Geschichte und somit von Gedächtnis stellt zugleich auch eine spezifische Form der Bildung von Identität für die Lesben- und Schwulenbewegung als soziale Gruppe dar. Dies hat aber auch zur kurzfristigen Etablierung eines bestimmten historischen Mythos beigetragen, des Mythos vom ‚Homocaust‘, der längst durch intensive Forschungsarbeiten obsolet geworden ist. Wie wir heute wissen, können wir nicht länger die Behauptung aufrechterhalten, dass alle homosexuellen Männer während der NS-Zeit zwingend von tödlicher Verfolgung bedroht waren und, dass die Homosexualitätspolitik des NS-Staates auf die physische Vernichtung aller homosexuellen Individuen abzielte. Hier stellt sich somit die Frage nach der politischen Funktion der Beibehaltung des ‚schwulen Opfermythos‘ sowie zugleich die nach der Etablierung eines neuen ‚lesbischen Opfermythos‘.

Die Kritik von Lesben(gruppen) an der ästhetisch-politischen Gestaltung des Berliner Homomahnmals vor einigen Jahren verweist somit auf einen grundsätzlichen politischen Konflikt, denn wir Lesben sind in Bezug auf die Besetzung öffentlicher Räume doppelt marginalisiert: als Frauen und zugleich als homosexuelle Frauen. Auch hier handelt es sich um das offensive Einfordern der bislang verweigerten Sichtbarkeit des lesbischen Begehrens, der visibility. Die ausschließliche Konzentration auf homosexuelle Männer als Opfer grenzt somit dezidiert und explizit homosexuelle Frauen und lesbisches Begehren aus und ist daher als eine Form von Lesbendiskriminierung zu charakterisieren.

Jedoch sind in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu stellen: Dürfen Sichtbarkeit oder die Forderung nach Sichtbarkeit historische Fakten negieren? Darf (Zeit-) Geschichte aus gegenwärtiger Sicht derart verzerrt und verfälscht werden, um sie widerspruchlos in bestimmte

politische Weltbilder einfügen zu können? Hier handelt es sich meines Erachtens um die Etablierung eines bestimmten – neuen – historischen Mythos, der bislang tradierte Mythen und Geschichtsbilder ersetzen soll.

So legitim die lesbische Forderung nach Sichtbarkeit ist, so prekär erweist sie sich gerade in diesem Kontext: Gerade das Festhalten an Zeichen und Symbolen, die uns als Opfer präsentieren und repräsentieren, drückt meines Erachtens ein tiefverwurzeltes Dilemma betreffend unsere politischen Identitäten aus. So einschneidend und zerstörerisch die Erfahrungen des Nationalsozialismus für Individuen und für bestimmte politische Bewegungen in Europa waren, so stimmt es mehr als befremdlich, dass wir in diesem geografischen Raum keine Zeichen, Formen und Rituale entwickelt haben, die an erfolgreichen politischen Widerstand erinnern und diesen feiern.

In diesem Sinne geht es auch nicht um einen Wettbewerb, um eine Konkurrenz zwischen verschiedenen ‚Opfer‘-Gruppen, sondern um Anerkennung – als selbstbewusste und selbstbestimmte politische Akteurinnen und Akteure, auch und gerade in öffentlichen Räumen. Hier gilt es, das Terrain des Politischen zurückzuerobern oder sich überhaupt erst anzueignen. Von schwulen Diskursteilnehmern ist hier sehr wohl auch Verzicht gefordert: auf die Ausübung männlicher Privilegien aufgrund des Status des Mann-Seins – auch und gerade in der öffentlichen Sphäre.

Gudrun Hauer ist pensionierte Lehrbeauftragte am ipw und hat als Erste in Österreich über Homosexualität und Nationalsozialismus geforscht und publiziert.

Zum Weiterlesen:

Eschebach, Insa (Hg.) (2012): *Homophobie und Devianz. Weibliche und männliche Homosexualität im Nationalsozialismus*. Berlin: Metropol.

Schwartz, Michael (Hg.) (2014): *Homosexuelle im Nationalsozialismus. Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945*. München: Oldenbourg.

GENDER\====/BENDING THE WALL OR RAIN ON OUR PARADE

A Lecture Performance

Marty Huber

Preamble or After the Ob-Scenery

To write about something that was deliberately chosen to be a (lecture) performance in the sense of Derrida's *Spurs* (1979), in which the vanishing trace of the performative body is a contradictory and ambivalent vehicle to create cracks in monumental language of theory production. The attempt to write about the body moving in space with other bodies that attended the conference calls for a radically other language.

I am not sure if I can provide this language, which is rooted in my bodily memory of having been there, and in all of the others who have been there, too. This means stretching to the past, remembering a memorized performance full of memories, which are all part of a montage of a moving body, moving pictures with a craving for sounds and longing for a language that can hold these strings together. So, moving along with Derrida's suggestion to pick up this linguistic thread with "a certain laughter and with a certain dance" (Derrida 1982: 27) we will navigate around the rocks of nostalgia and provide a language that is more oriented towards the beacon of spoken language than written one.

So what is left to say before we can dive into an act of storytelling? That we have to be aware of our own responsibilities in how we change history through the stories we tell and those we do not tell. In this sense, knowledge production also indulges in the mechanisms of call and response, of what I can listen to and what triggers my mind, my body, and my inspiration.

Ideology Performs

I am already there in the space. I wear a white tennis dress and I play tennis. Mostly I pretend to play tennis, but some balls are played against the wall of the room. The room fills with people, most of whom have been in this place for the past few days. It is the end of the conference. 'Time' is the first word I say. 'Time' is what the referee says on the tennis court when it is time for the audience to take their seats and time for the players to enter the court. 'Time!' I say in a neutral, authoritative, dry manner ... I begin to unfold my language:

I would like to look at how ideology forms different legitimate bodies and at how desire intervenes in this trade. I am using the old-fashioned term "ideology" (Eagleton 1991: 2), because it kind of fits the time in history that I am going to talk about first, and also because I do not think it has really vanished from this planet. But—to put it in the words of Terry Eagleton—ideology is like bad breath, it is always the "others" (ibid.) who have it. So I am going to start with the very last word of the triad import-export-tran/sport. In the second part we will move on to the question of import and export business, and in the end, finally we will talk about dancing.

On our trip we will use the vehicle of music and we will encounter some of the most important hymns in this period of time. Doris Day enters the video screen and sets the mood: "When I was just a little girl, I asked my mother what will I be, will I be pretty, will I be rich, here is what she said to me: Que Sera, Sera, what ever will be, will be, the future not ours to see, Que Sera, Sera." (Meanwhile the sound of a tennis match takes over.)

My body still remembers this vividly: I used to play tennis against the wall, growing up at the end of the western world. I started to play in the early 1980s literally till the end of the Soviet Union in 1991. While Michail Gorbachev was captured on the vacation peninsula of Crimea, I was in the hospital getting treatment for my bad back and listening to the radio, while Boris Jelzin took over. It was the welfare state that paid for my days at the hospital, the state that Arnold Schwarzenegger had 'fled' from. In two video clips we can hear and see the reason he fled:

"Being free to choose for me means being free to make your own decisions, free to live your own life, pursue your own goals, chase your own rainbow. Without the government breathing down on your neck, or standing on your shoes. For me that meant coming here to America, because I came from a socialistic country, where the government controls the economy, it is a place where you can hear 18 year old kids already talking about their pension."

In Arnold Schwarzenegger's face you could see that he was quite young when he said that, but given a chance he still repeats his ideological approach to the Austrian welfare state even today. In 2008, he supported John McCain's candidacy for president with following words: "I tell you something, I left Europe four decades ago, because of socialism has killed opportunities there." The (post-)fascist history of the country that Schwarzenegger felt the urge to leave vanished in his representation, and with it, all the other bodies that had to flee the country to save their lives.

I grew up at the end of the western world. At least everybody said it was, and I played tennis against the wall. Even though the wall was called a 'curtain' in our area of Europe, it still seemed insurmountable, impenetrable. As a little girl I was not really into pop idols, but I did have a sports idol: Martina Navratilova. The ongoing battle was between her and Chris Evert. It was not only a sports match, there were ideological, queer body politics going on, too. Chris was the all-American girl next door. She looked neat in her skirts and she was not too muscular. Even Martina had left the CSSR—the part of the wall that I played my balls against—many years before, something seemed to stick to her body. She was angular, rough around the edges, not afraid to show her trained muscles; not that I could read

or perceive what the hot topic was at this point in my life. Looking at pictures from this time, a certain history with a twist can easily be constructed: Chris would take pictures with guys like Burt Reynolds in an American football sport gear where she wore a tight t-shirt with 'babe' written across the chest. While Martina was seen in strange company, like with lesbian author Rita Mae Brown or her trainer Renée Richards, who was the first transsexual in sport history who was allowed to play women's tournaments after a series of legal suits. No wonder speculations regarding Martina's sexuality and body were running high. This points to a time in history when the cold war was played out in international sport also as a war on gender.

Time for a musical break: A coincidence, or not? The number one smash in Europe of the year I stopped playing tennis and the Soviet Union stepped onto its final stage was Wind of Change (1991) by the Scorpions. While the audience watches the video for a while, I change into a unisex, one-piece long underwear in raspberry red.

An example of this history of war on gender was the implementation of the so-called gender verification tests by the International Olympic Committee (IOC) in 1968. The conflicts of the cold war had to be transferred to other battlegrounds, like the race to the moon or for Olympic medals. After having sent Sputnik—the first satellite—and Yuri Alekseyevich Gagarin—the first man to travel to the cosmos, the Soviet Union seemed also to be winning the race for Olympic medals. One year before the US landed on the moon, the IOC introduced the gender verification test, because there was a rumor that the Soviet Union was sending men to participate in women's tournaments. Suspicion especially fell upon sisters Irina and Tamara Natanovna Press, both Ukrainian and Jewish athletes who did not fit into the scheme of femaleness in sports. However, before they were tested they resigned from their sports careers. Irina became an officer at the committee for state security (KGB) and Tamara became a successful civil engineer. For the west, this was the proof in the pudding. Ironically, the first athlete to be captured by the IOC tests was Erika Schinegger, an Austrian skier from this block-free,

neutral state who had won the gold medal in downhill skiing in 1966. She was tested in 1968 and found to be an intersex person. After gender reassignment surgery, Erik Schinegger wanted to take up competitive skiing again, but was barred by the Austrian Ski Federation from becoming a member of the men's team. By the way: Men's teams were never subjected to gender verification tests. After the collapse of communism, the IOC reconsidered its policies, also because they found out that their DNA testing was not always accurate in addition to it being very humiliating for the female athletes. In the mid-1990s, people thought that this kind of policing had vanished from sports, but as we all know from sports news the axis had just shifted from west-east to north-south. The search for the other, for the ambiguous, which must be eradicated, continues. For example, in the cases of accusations held against Caster Semenya and Santhi Soundarajan.

So, capitalism won and now the borders were open. Open borders! I still remember how euphoric everybody was. Some would go east, others would go west. Some said they would stay, others said we are moving. Some said, 'We are the people!' Others asked, 'Where are the bananas?' Again others were asking 'Where can I buy cheap cigarettes?' A new mobility of commerce had begun ...

Musical break: the song Go West by the Pet Shop Boys provides us with a soundtrack for the transition from Communism to Capitalism. I change again into a black, military-style overall and hold a rainbow flag in my hands.

So, with all this in and out, with all this movement, other movements tried to settle in the new lands. Going west did not mean that everybody should actually go and move, it meant adopting a certain kind of western lifestyle. Turbo-capitalism went east and, on its fairway, were the politics of human rights. So, going west—if we briefly interpret the Pet Shop Boys' video—meant taking off the former athletes' uniforms and sports gear and changing into plastic pop uniforms—in which everybody seems to be so happy and gay. 'We want you!'—yes we really do. And this is not the only thing we are going to do for you. For all the oppressed gays and lesbians in the post-communist countries, which are in fact meanwhile neoliberal countries,

one thing is still missing to prove you are part of the European family: Gay Pride! Everybody has to do it, because this is 'the' tool of integration that worked so well in every other place. Gay Pride is the time and place where everybody loves gays, even if they would not like to have them as neighbours. Those gay folks can come out once a year, but the rest of the time, they should live a life of second-row books, as dissident bodies hidden in their four walls.

In Western Europe the integration of the Christopher Street Day parades, this anti-discriminatory method, this strategy of combat, or should I say 'lifestyle' has worked out so well that the perfect pride is all around us: The private is no longer political, it is commercial. Yes, this is exactly the formula for the affiliation of transnational co-operations used to promote their gay-friendliness at Canal Pride 2009 in Amsterdam: 'Personal Pride = Company Pride'. This slogan was neatly printed on big banners on the floats, demonstrating a uniform gayness next to waving the rainbow flag. And if you follow the missionary mindset further, you will find flyers saying 'Free Gay Africa' with the contours of the continent of Africa in rainbow colours, because we—the global north—know what they need.

But again, it seems that the tables are turning, normalizing, heteronormalizing. These are also times of homonormalizing, which has also come under scrutiny within queer activism. There is not just one singular weapon we can use, and there is more than one battlefield we can choose to fight on. Because border controls not only check genders, they also check passports and other forms of legitimacy, such as market value or the performance of democratic symbolism. It is necessary to transport strategies of queering across borders. And it is happening now because these new borders desperately need penetration. Nationalism and chauvinism are not eastern European phenomena, there was and has been this form of rain on the 'rainbow parade' in Vienna, too. Even when the rain comes from within the so-called community. Like when a float decorated with Dirndl and Lederhosen claimed 'Equal Rights for all Austrians' and simultaneously excluded everybody with an other passport.

So queer work will not be done after we had enough parades, but it will be carried on in many different ways, in many different manifestations and using many different slogans. Like a banner on the facade of the Rosa Lila Villa—the LGBTIQ community centre in Vienna—against

rightwing fraternities and against deportation. Because when we do take a closer look into our history, we find links between male fraternities, homosexuality and the Nazi regime. So the banner on the Rosa Lila Villa stated a simple message of discomfort: 'Male Fraternities Are Unsexy!' Another attempt to counter racist normalization in LGBTIQ communities was the banner 'Deviants/Perverts Against Deportation,' because as long it is normal to deport children, and force-feed people on a hunger strike through a stomach tube, I do not want to be called normal. I would like to finish my lecture performance with a song from 1982 where Ivan Doruschuk states: "You can dance, if you want to. But if you can't dance, and if you can't dance you ain't no friend of mine." This video summarizes everything: it has a wall, folklore, a parade, and fights. So if it is not our revolution, if we can't dance to it, we will have to find out when it is safe to dance for all.

*Dieser Text erschien ursprünglich in Sushila Mesquita/Maria Katharina Wiedlack/Katrin Lasthofer (Hg.) (2012): *IMPORT – EXPORT – TRANSPORT. Queer Theory, Queer Critique and Activism in Motion*. Wien: Zaglossus.

Marty Huber ist Kunst- und Kulturarbeiter_in, queere_r Aktivist_in und Autor_in von Queering Gay Pride. Zwischen Assimilation und Widerstand. Wien: Zaglossus, 2013.

Derrida, Jacques (1979): *Spurs/Éperons*. Chicago: University of Chicago Press.

Derrida, Jacques (1982): *Margins of Philosophy*. Chicago: University of Chicago Press.

Eagleton, Terry (1991): *Ideology: An Introduction*. New York: Verso.

Erik(A) – Der Mann, der Weltmeisterin wurde, D: Kurt Mayer, AT 2005.

Safety Dance, Men Without Hats 1982, GMC Virgin, <http://www.youtube.com/watch?v=AjPau5QYtYs>, 16.04.2010, (access: 23.10.2014).

Free to choose, Arnold Schwarzenegger, Introduction to the PBS documentary 1990, <http://www.youtube.com/watch?v=KK-bHA76-Hi0>, 25.04.2008, (access: 23.10.2014).

Gov. Arnold Schwarzenegger For John McCain. Columbo, Ohio, <http://www.youtube.com/watch?v=MxSW9nK3kI8>, 31.10.2008, (access: 23.10.2014).

Wind of Change, Scorpions, The Island Def Jam Music Group 1991, <http://www.youtube.com/watch?v=n4RjJKxsamQ>, 01.11.2009, (access: 23.10.2014).

NORMALISIERUNG ALS LEGITIMATIONSHORIZONT

Entkriminalisierung von Homosexualität in Österreich

Barbara Kraml

Ein kursorischer Blick auf die jüngere Entwicklung des österreichischen Sexualstrafrechts macht deutlich, dass es sich bei der schrittweisen Entkriminalisierung homosexueller Handlungen ab Anfang der 1970er Jahre keineswegs um einen linearen Prozess handelt. Vielmehr wird individuelle sexuelle Autonomie im Zeitverlauf in unterschiedlichem Ausmaß – entlang der Kategorien Geschlecht, Alter und sexuelle Orientierung – zugestanden und geschützt. Zwar kommt es mit dem Strafrechtsänderungsgesetz 1971 (BGBl. 273/1971) zur Abschaffung der allgemeinen Strafbarkeit homosexueller Handlungen, allerdings werden gleichzeitig neue Bestimmungen betreffend die so genannte ‚gleichgeschlechtliche Unzucht‘ eingeführt: Dazu gehören das Verbot von Werbung für gleichgeschlechtliche Unzucht (§ 220) [I] und von Verbindungen zur Begünstigung gleichgeschlechtlicher Unzucht (§ 221), die beide erst mit dem Strafrechtsänderungsgesetz 1996 (BGBl. 762/1996) aufgehoben werden. Das Verbot gleichgeschlechtlicher Prostitution von Männern (§ 210) wird im Namen effektiver AIDS-Prävention bereits 1989 (BGBl. 243/1989) aus dem Sexualstrafrecht entfernt. Besonders lange hält sich hingegen das Verbot gleichgeschlechtlicher Unzucht mit Jugendlichen (§ 209): Dieser Paragraf untersagt Erwachsenen homosexuelle Handlungen mit männlichen Jugendlichen, die das 14. Lebensjahr bereits vollendet haben und – zumindest hinsichtlich heterosexueller Kontakte – an sich als sexuell selbstbestimmungsfähig gelten. Diese Rechtsnorm wird erst 2002 vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig erkannt und im Zuge des Strafrechtsänderungsgesetzes 2002 (BGBl. I 134/2002) aufgehoben. Der vorliegende Beitrag zeichnet nach, welche Normalisierungsprozesse sich rund um Homosexualität im Zusammenhang mit den einzelnen

Entkriminalisierungsschritten beobachten lassen. Dazu gilt es zunächst, den Begriff der Normalisierung aus politisch-immunologischer Perspektive konzeptuell zu präzisieren und in Hinblick auf Sexualität als zentralen biopolitischen Schauplatz zu konkretisieren. Im zweiten Teil des Beitrags machen Schlaglichter auf eine empirische Studie deutlich, dass einerseits das Narrativ einer kollektiven Gefahr durch sich ausbreitende Homosexualität dazu herangezogen wird, gegen Entkriminalisierung zu argumentieren. Andererseits wird an diesen Ergebnissen sichtbar, wie sich Zuschreibungen im Zeitverlauf verändern und Homosexualität immer weniger als kollektive gesellschaftliche Bedrohung wahrgenommen bzw. erzählbar wird.

Normalisierung als biopolitische Immunisierung

Der Begriff der Normalisierung taucht im Zusammenhang mit der rechtlichen Normierung von Sexualität regelmäßig auf, sein Bedeutungsgehalt bleibt dabei aber häufig diffus und unklar. Es bedarf meines Erachtens einer konzeptuellen Präzisierung des Begriffes, um analytischen Mehrwert aus seiner Verwendung im Rahmen empirischer Studien zu ziehen.

Michel Foucault präzisiert im Rahmen der Vorlesungsreihe Sicherheit, Territorium, Bevölkerung sein Verständnis von Normalisierung und unterstreicht, dass Normalisierung keinesfalls mit Gesetz und Norm verwechselt oder gleichgesetzt werden kann (vgl. 2004: 88). Normalisierung fokussiert – im Gegensatz zu Normen – auf die Ebene der Bevölkerung und sucht die Realitäten dieses lebendigen

Kollektivs empirisch zu fassen und zu regulieren [II]. Isabell Lorey greift in ihrer Habilitationsschrift Figuren des Immunen bei der Theoretisierung der Figur biopolitischer Immunisierung [III] u.a. auf diese Konzeptualisierung von Normalisierung zurück (vgl. 2011: 260-281). Die Schutzlogik der Figur biopolitischer Immunisierung zeichnet sich zentral durch den Modus der partiellen Hereinnahme des Bedrohlichen in die zu schützenden sozialen Zusammenhänge aus. Mit Hilfe von Othering-Prozessen wird eine Bedrohung zunächst identifiziert und diskursiv am gesellschaftlichen Rand positioniert. Im nächsten Schritt wird das identifizierte Übel in neutralisierbare – und insoweit integrierbare – und in weiterhin bedrohliche – und daher nicht integrierbare und auszuschließende – Anteile aufgespalten (vgl. Lorey 2012: 61).

An dieser Schutzlogik werden mehrere Aspekte der Figur biopolitischer Immunisierung deutlich, die für eine präzisere Fassung von Normalisierung ganz wesentlich sind: (1) die Bevölkerung als primäre politische Bezugsgröße, (2) die unabschließbare Prozesshaftigkeit von Immunisierungsprozessen, die eine permanente Redefinition eines in sich abgestuften Normalbereiches effektiviert, und (3) die politische Legitimationsfunktion, die derart strukturierte kollektive Gefahrenereignisse im Hinblick auf soziale Exklusion erfüllen.

Dass die Bevölkerung als lebendiges Kollektiv den vorrangigen Referenzrahmen für politische Entscheidungen bildet (siehe Punkt 1), macht bereits das Attribut ‚biopolitisch‘ in der Benennung dieser Figur des Immunen deutlich: Biopolitik im Foucault'schen Sinne bezeichnet den Eintritt von Lebensprozessen (Fertilitäts-, Mortalitätsraten etc.) in das politische Kalkül und das Etablieren der Bevölkerung als politischem Subjekt mit eigenständigen Lebensinteressen (vgl. 1977: 138). Sexualität spielt dabei eine zentrale Rolle, da sie als biopolitischer Schauplatz auf Grund ihrer reproduktiven Effekte den Zugang zur Regulierung der Bevölkerung als Kollektiv eröffnet (vgl. ebd.: 140f.).

Aus der Bevölkerung als Anknüpfungspunkt resultiert auch, dass es de facto kein Außen im Verhältnis zu dieser lebendigen Gesamtheit gibt: Vielmehr erfolgt eine empirische Vermessung und darauf aufbauend eine graduelle Abstufung von Normalität im Inneren dieser Gesamtheit – vom normalen Kern hin zu den anormalen Rändern der Gesellschaft (siehe Punkt 2). Der dynamische Charakter

biopolitischer Immunisierung zeitigt dabei flexible und uneindeutige Übergänge zwischen abgestuften (A-)Normalitäten. Gleichzeitig bewirkt die stetige partielle Integration des bedrohlichen Anormalen eine permanente Ausdehnung des gesellschaftlichen Normalbereiches (vgl. Lorey 2011: 276).

Das biopolitische Ziel, das Leben der Bevölkerung gegen Gefahren aus ihrem Inneren abzusichern, verweist wiederum auf die Legitimationsfunktion, die Normalisierung erfüllt (3): Denn legitim erscheint lediglich die soziale Exklusion jener, die das Kollektiv in seinem Fortbestand gefährden. Indem manche als gefahrvolle Andere markiert werden, lässt sich ihr Ausschluss nicht bloß rechtfertigen, sondern darüber hinaus als unabdingbare Notwendigkeit für das kollektive Überleben erzählen (vgl. Butler 2010: 36). Jemima Repo weist darauf hin, dass die Konstruktion gefahrvoller Anderer im Bereich Sexualität über die Zuschreibung fehlender Reproduktivität zu spezifischen sexuellen Verhaltensweisen erfolgt (vgl. 2013: 15). Die postulierte Gefahr für die kollektive Reproduktion legitimiert die soziale Exklusion von Individuen, die ein derartiges Sexualverhalten praktizieren, und die strafrechtliche Beschränkung ihrer sexuellen Autonomie. Zugleich ist die Zuschreibung fehlender Reproduktivität – der Logik biopolitischer Immunisierung entsprechend – keine statisch-binäre, sondern beweglich und nach Gefährdungsausmaß abgestuft.

Normalisierungsprozesse

Die folgenden Schlaglichter auf die Ergebnisse der empirischen Studie, die ich im Rahmen meines Dissertationsprojektes durchgeführt habe [IV], skizzieren jene Normalisierungsprozesse, die die schrittweise Entkriminalisierung homosexueller Handlungen im österreichischen Sexualstrafrecht begleiten. Daran wird die Legitimationsfunktion deutlich, die Normalisierung in rechtspolitischen Diskursen erfüllt. Zugleich ist erkennbar, dass zwischen Normalisierungsprozessen und Rechtsnormen kein simples direktes Ableitungsverhältnis besteht, und umgekehrt aus der konkreten Ausgestaltung der Rechtslage nicht zwingend auf eine voranschreitende Normalisierung von Homosexualität geschlossen werden kann.

Im Vorfeld des Strafrechtsänderungsgesetzes 1971 lassen sich mehrere Aufspaltungen von Homosexualität in kollektiv integrierbare und nicht integrierbare Anteile, wie sie für Normalisierungsprozesse charakteristisch sind, beobachten. Homosexualität wird grundsätzlich an den Rändern der Gesellschaft verortet und als anormal markiert, anschließend kommt es jedoch zu einer weiteren Ausdifferenzierung in neutralisierbare und nicht-neutralisierbare Anteile. Manche Erscheinungsformen von Homosexualität werden als kollektiv nach wie vor gefährlich wahrgenommen; dazu gehört vor allem ihre öffentliche Sichtbarkeit. Über die Gefährlichkeit öffentlicher Wahrnehmbarkeit von Homosexualität wird sowohl die Notwendigkeit eines Werbungs- als auch jene eines Verbindungsverbotes legitimiert. Politischer Konsens herrscht auch darüber, dass männliche – an sich sexualmündige – Jugendliche jedenfalls vor sexuellen Kontakten mit erwachsenen Männern geschützt werden müssen, um nicht in ihrer heterosexuellen Entwicklung gestört und unumkehrbar homosexuell geprägt zu werden.

Andere Erscheinungsformen von Homosexualität werden zwar als weiterhin nicht erwünscht, aber dennoch als tolerierbar gewertet: Sie stellen also insoweit integrierbare Anteile dar, deren Entkriminalisierung politisch vertretbar erscheint. Dazu gehören homosexuelle Kontakte und Beziehungen zwischen Erwachsenen, soweit sie im Privatbereich stattfinden. Weibliche Homosexualität wird überhaupt als vollkommen ungefährlich, harmlos und nicht ernstzunehmend angesehen. Dies findet darin Ausdruck, dass ein Schutzbedürfnis weiblicher Jugendlicher vor homosexueller Prägung durch Erwachsene de facto kaum – und schon gar nicht kontrovers – diskutiert wird. Die Passivität und die Unsichtbarkeit, die weiblicher Homosexualität zugeschrieben werden, legitimieren die umfassende Entkriminalisierung homosexueller Handlungen zwischen Personen weiblichen Geschlechts.

An der Differenzierung dieser Formen von Homosexualität wird die graduelle Abstufung von Normalität(en) deutlich: Homosexuelles Verhalten wird jedenfalls am anormalen gesellschaftlichen Rand positioniert; das betrifft auch jene Erscheinungsformen, die zukünftig straffrei sind. Ihre Entkriminalisierung wird zwar mit der geringeren kollektiven Gefahr, die von ihnen ausgeht, legitimiert. Diese graduelle Normalisierung bedeutet jedoch nicht, dass Homosexualität zwischen Erwachsenen im Privaten

bzw. zwischen Frauen nunmehr als völlig normal gilt. Dass es in den Debatten sprachlich ausschließlich um gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen und nicht um Begehren, Identität oder Liebesbeziehungen geht, ist ein weiteres Indiz dafür, dass Homosexualität – noch – weit vom Kern sexueller Normalität entfernt ist.

Die bewirkte Straflosigkeit gleichgeschlechtlicher Prostitution von Männern durch das Strafrechtsänderungsgesetz 1989 wiederum kann nicht als ein Ausdruck fortschreitender Normalisierung von Homosexualität gewertet werden. Dieser Entkriminalisierungsschritt ist vielmehr auf ein anderes biopolitisches Bedrohungsszenario zurückzuführen: Die postulierte Gefahr der Ausbreitung von HIV/Aids durch männliche Prostituierte im Zuge ihrer homosexuellen Kontakte. Um sicherzustellen, dass sich diese Personengruppe gesundheitlichen Präventionsmaßnahmen nicht aus Angst vor Selbstanzeige entzieht, wird die Abschaffung der Strafbarkeit dieser Form von Sexarbeit politisch ausnahmslos und einhellig befürwortet. Die kollektive Gefahr durch eine Zunahme der HIV-Infektionen erscheint wesentlich bedrohlicher als die Gefahr, die von einer Duldung gleichgeschlechtlicher Sexarbeit von Männern ausgeht. Der Versuch, eine Aufhebung des Werbungs- und des Verbindungsverbotes sowie des Verbotes homosexueller Handlungen Erwachsener mit männlichen Jugendlichen ebenfalls darüber zu legitimieren, dass diese Verbote einer effektiven Präventionsarbeit betreffend HIV/Aids entgegenstehen, scheitert allerdings.

Im Vorfeld des Strafrechtsänderungsgesetzes 1996 ist die zunehmende Normalisierung von Homosexualität daran erkennbar, dass die geplante Abschaffung des Werbungs- und Verbindungsverbotes kaum mehr auf politischen Widerstand stößt; auf eine gesellschaftliche Bedrohung durch die Ausbreitung von Homosexualität wird nur noch vereinzelt rekurriert. Stattdessen ist vielfach vom Respektieren homosexueller Liebesbeziehungen und der daraus resultierenden Notwendigkeit, die Diskriminierung homosexueller Frauen und Männer durch das Sexualstrafrecht vollständig zu beseitigen, die Rede. Dazu gehört auch das Ermöglichen umfassender sexueller Selbstbestimmung für männliche Jugendliche im Hinblick auf homosexuelle Beziehungen, indem der § 209 abgeschafft werden soll. Ein offenes Eintreten für einen Schutz junger Männer vor Homosexualität erscheint nicht mehr opportun. Dies ist

vor allem daran ablesbar, dass zur Legitimation des § 209 auf Gewaltschutzrhetorik zurückgegriffen wird: Sexuelle Kontakte zu erwachsenen Männern müssen nunmehr als von den Jugendlichen ungewollt und damit als Verletzung ihrer individuellen sexuellen Autonomie erzählt werden, um § 209 zu rechtfertigen; der Schutz vor Homosexualität bildet keine hinreichende Legitimationsgrundlage mehr.

Sich im Zeitverlauf verschiebende Sagbarkeitsgrenzen im politischen Diskurs, das Gefühl der Richtigkeit, das verschiedenen Ausprägungen von Homosexualität zunehmend zukommt, und die verstärkte Wahrnehmung von homosexuellen Kontakten als umfassenden Liebesbeziehungen – all dies sind Indizien für eine voranschreitende Normalisierung von Homosexualität, die die Entkriminalisierung letzterer begleiten und legitimieren.

MMag.a Barbara Kraml (Politologin, Juristin); Studienassistentin am Institut für Strafrecht und Kriminologie (2007-10) und Stipendiatin des Gender Initiativkollegs der Universität Wien (2010-13); Visiting Scholar an der Birkbeck Law School London (2012); dzt. Fertigstellung ihrer Dissertation zur Sexualstrafrechtsentwicklung in Österreich.

Anmerkungen:

[I] Im vorliegenden Beitrag beziehen sich Paragrafenangaben ohne Nennung der Rechtsquelle immer auf das österreichische Strafgesetzbuch in der Fassung 01.01.1975 (BGBl. 60/1974).

[II] Dieses Verständnis von Normalisierung skizziert Foucault in den ersten vier Sitzungen der Vorlesungsreihe (vgl. 2004: 13-172).

[III] Mit der zweiten Figur des Immunen, der juristischen Immunität, lässt sich u.a. die Funktionsweise von Rechtsnormen charakterisieren: Ihre Schutzlogik ist durch die statisch-binäre Herausnahme des zu Schützenden aus sozialen Zusammenhängen bestimmt und entfaltet individualisierende Wirkung (vgl. Lorey 2011: 236-260).

[IV] Im Zuge dieser Studie wurden parlamentarische Unterlagen (Regierungsvorlagen, Justizausschussberichte, stenografische Protokolle) zu den eingangs aufgeführten Gesetzesnovellen qualitativ ausgewertet. Betreffend die Quellen und deren Auswertung, die den hier skizzierten Ergebnissen zugrunde liegen, darf auf die Dissertation verwiesen werden, die 2015 fertiggestellt und eingereicht wird.

Butler, Judith (2010): *Raster der Kriegeres*. London/New York: Campus.

Foucault, Michel (1977): *Der Wille zum Wissen*. Frankf.a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2004): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Vorlesung am Collège de France 1977-1978*. Frankf.a.M.: Suhrkamp.

Lorey, Isabell (2011): *Figuren des Immunen*. Zürich: Diaphanes.

Lorey, Isabell (2012): *Die Regierung der Prekären*. Wien/Berlin: Turia + Kant.

Repo, Jemima (2013): *The Life Function. The Biopolitics of Sexuality and Race Revisited*. In: *Theory & Event* 16/3, <http://blogs.helsinki.fi/jrepo/files/2008/05/Repo-The-Life-Function.pdf>, (Zugriff: 23.04.2014).

LGBT AND SOCHI 2014

The Story of a Failed Campaign and What We Can Learn from It

Ina Sattlegger

— July 2013: The Durma passes an amendment to the federal law “On Protecting Children from Information Harmful to their Health and Development” (<http://eng.kremlin.ru/acts/5660>), banning the “propaganda of nontraditional sexual relationships” (HRW 2014) to minors and thus equipping an already extensive toolbox for the discrimination of the Russian lesbian, gay, bi- and transsexual (LGBT) community with yet another instrument.

— February 2014: “Any form of discrimination with regard to a country or a person on grounds of race, region, politics, gender or otherwise is incompatible with belonging to the Olympic Movement” (Olympic Charter 2013: 12). This is one of seven fundamental principles pinning down the Olympic idea. A Transnational Advocacy Network for a just treatment of the Russian LGBT minority prepares for the peak of their campaign.

Prologue: Change of Scene/ Good to Know.

Civil Society: How many of you, well maybe not you in particular, but how many people out there would shrug their shoulders in indifference when hearing this term? Fair enough. Their conception of the (political) world (and probably yours too), consists of two main factors: companies and governments. Maybe there are some rebels. Or every now and then an engaged campaign trying to save a patch of land. But by and large, there are politicians, diplomats, military and sanctions for resolving serious matters. Well, I disagree. Sometimes, looking at issues from a different angle, can create very new insights, can raise new perspectives. But as the title suggests, I am not here to tell you about my passion for the research of civil society. Rather, this article will analyze whether and how civil society

actors advocating LGBT rights managed to instrumentalize Sochi 2014 in order to pry open an illiberal regime. This is the story of a failed but not fruitless campaign.

Since the end of the cold war, modern, industrialized society has, without intention to do so, created new spheres in which non-governmental actors can influence global politics in a sub-political realm. Thus, Modern Olympic Games find themselves the focus of global attention—increasingly also outside the realm of sport. They turn into spheres in which political and social struggles concerning the rights of workers, displaced residents or, in this case, the LGBT community, take place. This way of instrumentalizing events as stages for a global civil society is a process that has developed especially over the last 25 years. Modernity itself has created a global order in which the nation state increasingly loses its influence. It has created insecurities, exemplified in the development of global risks, unbound in time and space, problems it cannot dissolve by itself. Climate change, for example, or the financial crisis and global terror almost force us, on an individual level, to get up and act upon our own behalf. Subsequently, a global civil society has been resurrected (see Beck 1994, 2008).

The protagonist of the following story is a transnational advocacy network (TAN). What is a TAN, you ask? Well, trying to pin down TANs is a bit like holding a wet fish. It is slippery. It will glide out of your hands every now and then. There have been various approaches to define this (global) phenomenon and depending on the context it can entail very different meanings. Here, the term is neither meant to define a finite set of actors, nor is it a distinct sphere outside the realm of the political or the economic. Our TAN thus consists of a heterogeneous group of actors that would not have formed an entity if it wasn't for a leader and his illiberal regime penalizing the Russian LGBT community. So what binds them together is a moral adherence to a

somewhat transnational norm, a norm that says it is wrong to abuse lesbian, gay, bi- or transsexual people on basis of their sexuality. The network is liquid in its organizational structure and thus hard to conceptualize within the rather static categories of the regional, national and international. Subsequently, a variety of actors can be involved; these range from (hierarchically) structured ones such as organizations, foundations and even governmental bodies, to social movements, artists and individual activists (see Keck/Sikkink 1999). Although transnational networking is of course not an invention of the late 20th century, it highly benefited from the social and cultural changes of that time. In other words: Our TAN is a conglomerate of “actors working internationally on an issue, who are bound together by shared values, a common discourse, and dense exchanges of information and services” (ibid: 89).

First Act: The Stage is Set. The Spotlight is On. The TAN Enters the Stage.

“The Olympic flame can throw light in the human rights violations that the authorities would prefer to hide behind the celebratory decorations. It is important that all those with a stake in the Games are aware of restrictions placed by the Russian authorities on civil society and ordinary citizens, and use their influence to oppose them” (John Dalhuisen in AI 2013).

I am not the biggest fan of watching sports on TV. But there is something about those international sporting events that seems to fascinate even me at times. Olympic Games open up a short-term window for a somewhat global sense of nostrification, of a shared ‘we-experience’. At the same time, it holds up strong moral standpoints. By applying for hosting the Games, Russia and other nations seek a possibility to boost their image within the eyes of an international audience. Subsequently, by being put under this kind of attention, they open themselves up, they become accessible for critique from outside. A critique that, in this case, is particularly easy formed into moral leverage, since Olympic Games are seen as advocates for equality and fairness. Needless to say, this is the ideal starting point for a transnational campaign:

First of all, it is all about the process of framing. Through this process, the TAN juxtaposed Sochi 2014 with the Russian treatment of the LGBT community. It “mobilize(d) information strategically to help create new issues and categories, and to persuade, pressurize, and gain leverage over much more powerful organizations and governments” (Keck/Sikkink 1999: 89). It had a possibility to connect Putin directly with the unjust treatment of the LGBT minority in Russia and did so well. The network managed to create a strong frame on the basis of a widely shared norm, which is, that this treatment is morally and legally wrong. It formulated a set of meanings that enabled numerous actors to become active. The TAN created a sphere in which information could be categorized and action legitimized.

Second Act: Testimony + Fact = Change?

Through framing, shaming and informing in the spotlight of Olympic Justice, network actors reached an audience who had been more or less unresponsive to their claims before. Suddenly, Russia’s rights violations were transported into the average winter sports fan’s living room. Obama sent homosexual athletes as official representatives of the US-delegation to Sochi, thus making a clear political statement (see Boren 2008). The colourful outfits of German athletes were almost automatically associated with the rainbow, a symbol of the LGBT community (see Siemes 2013). Ban Ki Moon condemned Russia’s discrimination of LGBT people at his keynote speech shortly before the opening ceremony and called upon a global public by saying: “We must oppose the arrests, imprisonments and discriminatory restrictions they [the LGBT community] face” (Gibson/Walker 2014). Even the opening ceremony became depicted by mainstream media as a collection of involuntary references to homosexuality (see Scherker/Wing 2014).

The network actors have been extremely effective when it comes to framing the discriminatory laws and bridging them with the Olympic Games. They have managed to set the issue on a global human rights agenda through cleverly mixing first-hand testimonies of atrocities with a coherent factual basis looked at through legal frame and a physical

harm frame. The latter is a very successful strategy of gaining transnational attention, if built with a consistent role allocation and a clear causal chain. This task was fulfilled very well, since hardly anybody within the TAN or the international community ever contested the allegations of Putin and Co or the victimized role of the LGBT community. They have managed to link the rights violations with the Olympic Games and their commitment to equality and fairness. And they mobilized a crucial amount of people as well as major institutions and individuals within the international realm that publicly condemned the laws and violence. But although they have been able to impact the discursive positioning of those individuals and some institutions, they failed to alter Russia's policy position and subsequently its behaviour. Why?

Third Act: Too Big an Issue?

Influencing the position of governments or other actors is often the main concern of networks, as it was in the LGBT campaign. As soon as an actor is moved to make a statement in which it adapts his position on an issue, it is easy for network members to function as a constant reminder of this adaptation (see Keck/Sikkink 1999). This did not happen in Russia. Neither Putin nor any other of his government officials publicly gave in or at least verbally committed to protecting the LGBT community. Thus, a domestic implementation of the LGBT norm did not take place. There have been some acts of grace like the freeing of political prisoners but no movement whatsoever on the issue of LGBT rights.

Putin understood not to let the international community apply leverage and kept the Olympic Games separate from his political strategies. He promised not to enforce his anti-propaganda law within the Olympic World at Sochi for the duration of the games, which was enough for the IOC to not become active in supporting the LGBT network. Surely, Putin was also very fortunate that with the German Thomas Bach, an IOC president was appointed, who very deliberately keeps the IOC and the Olympic Games separate from the realm of a nation's politics by constantly referring to the lack of legislative power the IOC has in international affairs (see Siemes 2013).

But the main reason why the campaign was not as successful as some might have hoped is the fact that although always presented as an isolated issue, the situation of LGBT people in Russia is embedded within a far bigger cultural and political struggle (see Friedman 2014). If Putin gave in to leverage politics applied by the network and subsequently by Western power holders, he would have disappointed a completely different set of actors, a whole community united through the belief in conservative, deliberately Non-Western ideals. Putin tries to present himself as the "world's leading defender of traditional values" (Whitmore 2013), uniting traditional forces all over the world and hoping to divide liberal alliances. This role is crucial within his obvious geopolitical struggles to create his own sphere of influence, a Eurasian Union. His campaign is based on conservative values and the sovereignty of nations. Thus, the creation of a strong traditional national identity is essential. Giving in to the international outrage about the laws passed would dismantle his position. It would contradict his initiatives like the one performed in Ukraine last fall, where Russian diplomats campaigned in local schools, saying that signing the association agreement with the European Union would lead to Ukrainian children being adopted and sexually abused by homosexual couples in Europe (see Rettman 2014). Even more so, making a strong stand against LGBT equality is an essential part of Putin's campaign, since his desired national identity is crucially shaped around strong religious values, which are incompatible with any legitimization of homosexuality. Thus, the transition towards norm compliance through global networked activism did not take place in the case of Russia. Being defined as a norm violator by one side strengthened his image as a preserver of traditional values for the other side.

Putin does not need, yet does not even desire legitimization and conformity. He is not (at least he might think so) dependent on that international community, especially not one that promotes LGBT rights. He tries to create a counterpoint to the human rights and LGBT norm regime and to pressure nations like the Ukraine into conforming to his norms, using very much the same strategy as Western actors. In that sense, Russian LGBT rights exemplify, so to speak, the sacrificial lamb in Putin's struggle for supremacy.

Epilogue: Not All Is Lost.

But, despite lacking decisive results, the campaign still managed to bring the debate about LGBT rights back onto a global stage. It exemplifies the ability of a transnational civil society to pursue international agenda setting in a way that is often ignored by scholars who solely focus on the 'geopolitical approach' that sees the only chance for the opening up of illiberal regimes by (violently) overthrowing authorities (see Kaldor/Kostovicova 2008). And it shows us that no illiberal regime in the 21st century is as omnipotent as it sometimes hopes to be. National sovereignty is dissolving—due to international business and global means of communication, but ultimately also because of a new functioning of modern society. And instead of a loud revolution, it also can be a quiet transition that enables civil society to enter previously inaccessible spheres, to pry open illiberal regimes, or to make them at least more transparent for a global public.

Just as the conflicts around and within global risk society, international events like the Olympic Games bear the potential to name and shame within a discourse that would not be available otherwise. Within this lies the power of civil society actors to destabilize institutions and structures that are long believed to be solid and subsequently to create space for new developments, for change.

Ina Sattlegger studies Political Science (MA) at the University of Vienna and is currently interning at the Austrian Institute for International Affairs (OIIP).

Amnesty International (2013): *Russia: Winter games Olympic torch throws light on human rights violations*. <http://www.amnesty.org/en/news/russia-winter-games-olympic-torch-throws-light-human-rights-violations-2013-10-03>, (access: 02.11.2014).

Beck, U. (1994): *The Reinvention of Politics: Towards a Theory of Reflexive Modernization*. In: U. Beck, A. Giddens, S. Lash (eds.): *Reflexive Modernization*. Stanford: Stanford University Press, pp. 1-55.

Beck, U. (2008): *Weltrisikogesellschaft*. 1st edition, Frankf.a.M.: Suhrkamp.

Boren, C. (2013): *Obama names openly gay athletes to Sochi Olympic delegation*. <http://www.washingtonpost.com/blogs/early-lead/wp/2013/12/18/obama-names-openly-gay-athletes-to-sochi-olympic-delegation/>, (access: 18.04.2014).

Friedman, U. (28.02.2014): *The Atlantic: How Sochi Became the Gay Olympics*. <http://www.theatlantic.com/international/archive/2014/01/how-sochi-became-the-gay-olympics/283398/>, (access: 20.04.2014).

Gibson, O./S. Walker (2014): *The Guardian: Ban Ki-moon condemns persecution of gay people in Russia*. <http://www.theguardian.com/world/2014/feb/06/sochi-olympics-ban-ki-moon-lgbt-prejudice>, (access: 18.04.2014).

Human Rights Watch (2014): *World Report 2014: Russia*. <http://www.hrw.org/world-report/2014/country-chapters/russia>, (access: 06.10.2014)

International Olympic Committee (2013): *Olympic Charter*. Lausanne: International Olympic Committee.

Kaldor, M./D. Kostovicova (2008): *Global Civil Society and Illiberal Regimes*. In: M. Albrow et al. (eds.): *Global Civil Society 2007/8*. London: Sage.

Keck, M./E.K. Sikkink (1999): *Transnational Advocacy Networks in International and Regional Politics*. Oxford: UNESCO/Blackwell Publishers.

Rettman, A. (24.01.2014): *Russia repeats criticism of EU attitude on gay rights*. <http://euobserver.com/justice/122861>, (access: 26.03.2014).

Scherker, A./N. Wing, (2014): *Huffington Post: Nobody Tell Russia, But Look How Super Gay Their Olympics Opening Ceremony Was*. http://www.huffingtonpost.com/2014/02/07/olympics-opening-ceremony-gay_n_4746760.html, (access: 06.11.2014).

Siemes, C. (2013): *Die Nacht der ungewollten Symbolik*. <http://www.zeit.de/sport/2014-02/sotschi-eroeffnung-symbolik>, (access: 18.04.2014).

Withmore, B. (2013): *Vladimir Putin, Conservative Icon*. <http://www.theatlantic.com/international/archive/2013/12/vladimir-putin-conservative-icon/282572/>, (access: 30.10.2014).

SEXUALITÄT & INTIMITÄT ALS PROBLEMSTELLUNGEN DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Petra Purkarthofer

– „Why would a movement concerned to criticize and transform the ways in which sexuality is socially regulated not be understood as central to the functioning of political economy?“ (Butler 1997: 271)

Diese Frage stellte Judith Butler in einer Kontroverse mit Nancy Fraser in der Fachzeitschrift *Social Text* bereits im Jahr 1997. Ausgehend von dieser Kontroverse möchte ich der Frage nachgehen, welche Rolle der Sexualität in der Politischen Ökonomie zukommt. Im Anschluss werde ich an einem Beispiel die Bedeutung der Sexualität und Intimität für die Entstehung und Aufrechterhaltung rassistischer Gesellschaftsordnungen und kolonialer Ausbeutungsverhältnisse aufzeigen.

Butler reagiert in ihrem Aufsatz in *Social Text* auf die damals aufkommende Kritik, dass Queer-Theorie die Diskussion auf kulturelles Terrain verschoben habe und eine identitäre und partikularistische Politik betreibe. Butler verweist in ihrem Aufsatz darauf, dass diese Kritik die Trennung zwischen dem Materiellen und dem Kulturellen als eine stabile voraussetze. Die Beiträge neo-marxistischer und postkolonialer Theoretiker_innen über das dialektische Verhältnis zwischen dem Kulturellen, dem Ideologischen und dem Ökonomischen (Althusser, Gramsci, Hall, Spivak u.a.) würden hier vernachlässigt. Diese Perspektive positioniere Fragen nach race/Ethnizität und Sexualität erneut als sekundär, wo doch die Studien vor allem postkolonialer Theoretiker_innen gezeigt hätten, dass die Analyse der Klassenstruktur nicht ohne eine Analyse des Rassismus auskommen kann.

Butler macht sich in ihrem Artikel nun daran, diese Trennung zwischen kulturell und ökonomisch zu problematisieren (1). Schon Marx und Engels hätten festgestellt, dass jede Produktionsweise einer bestimmten Form der

sozialen Gemeinschaft bedürfe. Auch die Rolle und Bedeutung der Reproduktion des unmittelbaren Lebens beschäftigte Engels, die sich nach seinem Verständnis aus der Produktion der Existenzgrundlage und der Menschen zusammensetze. Butler hebt nun den Beitrag sozialistischer Feministinnen hervor. Diese hätten dargelegt, wie die sexuelle Arbeitsteilung vergeschlechtlichte Personen hervorbringe. Generell lässt sich daher nach Butler (vgl. 1997: 273) sagen, dass die Regulation der Sexualität systematisch mit der Produktionsweise verbunden scheint:

„Is it possible to distinguish, even analytically, between a lack of cultural recognition and material oppression when the very definition of legal ‚personhood‘ is rigorously circumscribed by cultural norms that are indissociable from their material effects? [...] Is it simply the circulation of vilifying attitudes or do such disenfranchisements mark a specific operation of sexual and gendered distribution of legal and economic entitlements?“ (Butler 1997: 273)

Differenz sei nach Butler nicht ein Problem, dass zwischen einer Identität und einer anderen entstehe, sondern Differenz stellt die Voraussetzung für die Bildung von Identitäten. Sie sei konstitutiv und gleichzeitig begrenzend: „What makes its articulation possible is at the same time what makes its final articulation impossible.“ (Butler 1997: 269) Die Differenz, die zum Beispiel über die Norm der Zweigeschlechtlichkeit hervorgebracht wird, markiere die Unterscheidung zwischen intelligiblen und nicht-intelligiblen Identitäten und Lebensweisen, wobei die Differenz die Voraussetzung für die Bildung intelligibler Identitäten sei. Die diesem Prozess inhärente Gewalt bleibe meist unsichtbar.

Fraser definiert in ihrer Antwort auf Butler LGBT als benachteiligte Gruppe, deren Benachteiligung nicht mit der Produktionsweise verbunden sei, weil „it structures neither the social division of labor nor the mode of exploitation of labor power in capitalist society“ (Fraser 1997: 284). Fraser (1997) unterscheidet zwischen „injustices of distribution“ und „injustices of recognition“. LGBTs besetzten keine unterscheidbare Position in der Arbeitsteilung und fänden sich über die Klassenstruktur verteilt. Sie seien daher keine ausgebeutete Klasse. Die LGBT/Queer-Bewegung und ihre Forderungen seien nach Fraser der kulturellen und weniger der ökonomischen Sphäre zuzuordnen. Genau das aber versucht Butler in Frage zu stellen.

Was Butler hier vor allem versucht ist meiner Meinung nach, Geschlecht und Sexualität als Strukturprinzip und als konstitutive Elemente von Herrschaftsverhältnissen deutlich zu machen. Es geht ihr hier nicht darum, LGBT als eine benachteiligte Gruppe neben anderen sichtbar zu machen (wie Fraser das in ihrem Artikel tut), sondern aufzuzeigen, wie die Konstitution von Sexualität in einem genuine Zusammenhang mit der Produktionsweise steht und daher eine zentrale Problemstellung der Politischen Ökonomie sein sollte. Sie möchte aufzeigen, welche strukturelle Bedeutung eine bestimmte Form von Sexualität, die im Rahmen von heteronormativen Subjekt- und Körpervorstellungen hervorgebracht wird, für die Reproduktion des Ökonomischen sowie für Ausbeutung hat. Die Trennung zwischen öffentlich-privat, produktiv-reproduktiv wird durch die heterosexuelle Dyade gestützt und reproduziert und trägt dazu bei, dass die reproduktive/private Sphäre unsichtbar bleibt. Butler meint auch nicht, dass die Trennung zwischen dem Ökonomischen und Kulturellen nutz- oder wertlos, sondern dass diese Trennung instabil sei. Damit ist nichts anderes gemeint, als dass diese Sphären politisch konstituiert werden und sich über die Zeit verändern. Die Sorge Frasers, die Behauptung die Regulation der Sexualität sei Teil der ökonomischen Struktur führe zu einer ahistorischen Betrachtung, teile ich daher nicht. Diese unterliegt wie die Produktionsweise historischen Veränderungen.

Frasers Behauptung, dass im Spätkapitalismus des 20. Jahrhunderts das Privatleben als Raum intimer Beziehungen immer stärker losgelöst von den Imperativen der Produktion und Reproduktion gelebt werden könne (vgl. 1997: 285), unterschätzt meiner Meinung nach

ökonomische Zwänge. Auch sind diese Räume des Privaten nicht frei von gesellschaftlichen Normen und diese Normen wirken nach Foucault (2006) auch ohne direkten Zwang über die Subjektivierungsweisen der Individuen. Da geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vergeschlechtlichte Subjekte erst hervorbringt, spielen die materiellen Grundlagen auch eine wesentliche Rolle in der Ausformung sexueller Subjektivierungsweisen. Nach Gundula Ludwig meint Regieren von Geschlechterverhältnissen nicht nur die konkrete Ausformung politischer Maßnahmen im Bereich von Familien- oder Sozialpolitik des Staates und die ungleiche Teilhabe an Entscheidungsstrukturen und Ressourcen, sondern „vielmehr bedeutet Geschlecht (als Norm) regieren [...], dass der moderne Staat über „Hegemonie gepanzert mit Zwang“ Subjekte in Frauen und Männer einteilt.“ (Ludwig 2009: 101) Gleiches kann auf den Versuch der Normierung ihres Begehrens ausgeweitet werden.

Queer-Theorie versucht, die unhinterfragte Verbindung zwischen Verwandtschaft und sexueller Reproduktion sowie sexueller Reproduktion und Sexualität zu problematisieren. Die Naturalisierung von Geschlecht stützt nicht nur die Unterdrückung und Kontrolle der Frauen, sondern sichert ganz grundlegend die Norm der Zweigeschlechtlichkeit (vgl. Butler 1997; Hinojosa 2002; Bastian Duarte 2012). Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken damit die Sexualität und ihre Rolle für die Subjektconstitution sowie die Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen. Im Folgenden möchte ich anhand eines Beispiels neben der eben erfolgten Analyse der Bedeutung der Heteronormativität auch die rassistische Regulation des Intimlebens für den kolonialen Kapitalismus hervorheben.

Ann Laura Stoler (vgl. 2002) belegt die Organisation von Sexualität und Intimität als integralen Bestandteil kolonialer Praktiken, denen für die Aufrechterhaltung kolonialer Dominanz eine wesentliche Bedeutung zukomme. Stoler beschreibt für die Plantagen in Deli, Ost Sumatra, wie die Heiratspolitik von ökonomischen Überlegungen der Tabakunternehmen geprägt war. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden nur unverheiratete Arbeiter akzeptiert und es wurde ihnen auch verboten, zu heiraten, da es zu aufwendig und teuer schien, für europäische Frauen und Kinder zu sorgen. Die Tabakunternehmen fürchteten die Entstehung eines europäischen Proletariats. Zudem bestand die Sorge, Arbeiter könnten höhere Löhne verlangen oder sich organisieren. Das Konkubinat mit

indigenen Frauen war zu dieser Zeit akzeptiert und wurde teilweise sogar aktiv gefördert, da es geringere finanzielle Verpflichtungen erwarten ließ und dafür die geringen Löhne ausreichend schienen. Die geringe Zahl potentieller Partnerinnen führte zu großem Wettbewerb zwischen lokalen und chinesischen Arbeitern und europäischen Vorarbeitern sowie der Entstehung von Prostitutionsmärkten (vgl. Stoler 2002: 29ff.). Um 1920 schien die Plantagenwirtschaft gesichert und ausreichend ertragreich, um nun die Heirat mit europäischen Frauen und die Gründung von Familien zu erlauben. Es wurde erwartet, dass die Frauen einen positiven Einfluss auf Moral, Kultiviertheit der Umgangsformen und Häuslichkeit haben würden. Die ‚Ehre‘ der europäischen Frauen wurde zu einem zentralen Symbol der moralischen Ordnung und „any attempt or imagined infringement of that honor came to be seen as a challenge to European, white, and colonial rule“ (Stoler 2002: 34) Dies geschah auch zu einem Zeitpunkt, als sich zunehmend europäische Arbeiter mit lokalen Forderungen nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen solidarisch zeigten. Europäische Arbeiter erhielten daraufhin Lohn-erhöhungen, bessere Wohnungen und diverse Sozialleistungen, um Allianzbildungen zwischen den Arbeitern zu unterlaufen. Dieses Beispiel zeigt, wie flexibel das Regieren intimer Beziehungen auf ökonomische und politische Veränderungen reagiert und dass „a racially coded notion of who could be intimate with whom – and in what way – [is] a primary concern in colonial policy.“ (Stoler 2002: 2) Ein anderes Kapitel beschäftigt sich mit der Intimität zwischen Kindern und Hausangestellten. Die Sorge, die Identifikation mit der lokalen Bevölkerung könne zu stark sein, ließ der Erziehung einen zentralen Stellenwert zukommen. Diese vermittelte eine bestimmte Lebensweise, Sprache, kulturelles Wissen und rassistische Normen (vgl. Stoler 2002: 112ff.). „Racialized politics of classification“ (Stoler 2002: 8) legitimierten und sicherten koloniale Herrschaft. Stoler veranschaulicht auf diese Weise, die Bedeutung der Regulation und Kontrolle intimer Beziehungen für die Entstehung und Aufrechterhaltung vergeschlechtlicher und rassistischer Klassenstrukturen. Geschlechterordnung, Körperpraktiken und sexuelle Identitäten sind daher auch immer im Kontext post-/kolonialer Machtverhältnisse zu untersuchen.

Petra Purkarthofer ist Lehrbeauftragte am ipw für die Bereiche Feministische Internationale Beziehungen, Postkoloniale Theorien und Lateinamerika.

Anmerkungen:

(1) Nancy Fraser kritisiert Judith Butler dafür, dass sie materiell und ökonomisch synonym verwende. Ich teile diese Kritik und werde im Folgenden den Begriff ökonomisch verwenden, da dieser die Argumentation Butlers nachvollziehbar macht.

Bastian Duarte/Ángela Ixkic (2012): *From the Margins of Latin American Feminism. Indigenous and Lesbian Feminisms*. In: *Signs* 38/1, 153-178.

Butler, Judith (1997): *Merely Cultural*. In: *Social Text. Transexions of Race, Nation, and Gender* 52/53, 265-277.

Foucault, Michel (2006): *Geschichte der Gouvernementalität I & II*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Fraser, Nancy (1997): *Heterosexism, Misrecognition, and Capitalism. A Response to Judith Butler*. In: *Social Text. Transexions of Race, Nation, and Gender* 52/53, 279-289.

Hinojosa, Claudia (2002): *Gritos y susurros. Una historia sobre la presencia pública de las feministas lesbianas*. In: Griselda Gutiérrez (Hg.): *Feminismo en México. Revisión histórico-crítica del siglo que termina*. México: PUEG, 173-187.

Ludwig, Gundula (2009): *Performing Gender, Performing the State. Vorschläge zur Theoretisierung des Verhältnisses von modernem Staat und vergeschlechtlicher Subjektkonstitution*. In: dies./Birgit Sauer/Stefanie Wöhl (Hg.): *Staat und Geschlecht*. Baden-Baden: Nomos, 89-103.

Stoler, Ann Laura (2002): *Carnal Knowledge and imperial power. Race and the intimate in colonial rule*. Berkeley: University of California Press.

MÄNNLICHKEIT IN DER KRISE?

Zur Restrukturierung von Männlichkeit im Finanzmarkt-Kapitalismus

Andreas Stückler

Männlichkeit ist in den letzten Jahren zunehmend zum Gegenstand gesellschaftlicher Krisendiskurse geworden. Zum einen wird eine ganz grundsätzliche Krise von Männlichkeit konstatiert, hervorgerufen vor allem durch einen tiefgreifenden sozialen Wandel von Erwerbsarbeit infolge von Globalisierung und neoliberaler Markttrialisierung, aber auch durch verstärkte Gleichstellungsbemühungen, die sich insbesondere in einer mittlerweile zum gesellschaftlichen Regelfall gewordenen Berufstätigkeit und Karriereorientierung von Frauen niederschlagen. Alle diese Entwicklungen und Tendenzen, so der kritische Befund, bringen eine zunehmende Erosion der tradierten gesellschaftlichen Position von Männern und entsprechend einschneidende Krisenerfahrungen mit sich (dazu Bereswill/Neuber 2011). Zum anderen, und darüber hinaus, werden auch aktuelle politisch-ökonomische Krisentendenzen mit Männlichkeit in Verbindung gebracht bzw. als Ausdruck der allgemeinen Männlichkeitskrise gedeutet: So wurde etwa die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise u.a. auch auf die Gier und das Risikoverhalten testosterongesteuerter Banker und Manager zurückgeführt.

Beide Krisendiagnosen erweisen sich bei genauerer Betrachtung – ganz abgesehen von den darin zirkulierenden, bereits von vornherein sehr problematischen essentialistischen Männlichkeitsvorstellungen – als äußerst irreführend und kurzschlüssig. Weniger dürften wir nämlich, so wird in diesem Beitrag argumentiert, Zeugen einer Krise von Männlichkeit werden, als vielmehr einer Restrukturierung derselben unter den Prämissen des gegenwärtig vorherrschenden Finanzmarkt-Kapitalismus (Windolf 2005a, 2005b, 2008). D.h. wir haben es mit einem Wandel

hegemonialer Männlichkeit als des gesellschaftlich vorherrschenden Männlichkeitsideals (Connell 1999) zu tun. Dieser Wandel ist zwar infolge einer Erschütterung überkommener Männlichkeitskonzepte – das ist sozusagen der wahre Kern im Diskurs über die Männerkrise – durchaus in bestimmten Kontexten von männlichen Krisenerfahrungen begleitet, aber es kann mitnichten von einer grundsätzlichen Krise von Männlichkeit die Rede sein. Ich möchte hier sogar so weit gehen zu behaupten, dass angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur nicht von einer Krise von Männlichkeit gesprochen werden kann, sondern dass diese Verhältnisse vielmehr – und ganz im Gegenteil – die gegenwärtige Form männlicher Herrschaft verkörpern (siehe ausführlicher Stückler 2014).

Es dürfte wohl grundsätzlich die Behauptung relativ konsensfähig sein, dass die vielleicht zentralsten Merkmale der heutigen sozialen Verhältnisse in einer extremen Zuspitzung von Konkurrenz und Wettbewerb bestehen – vor allem im Kontext der Erwerbsarbeit kann das ja in vielfältiger Weise beobachtet und auch am eigenen Leib erfahren werden. „Denken in Kompetitivität“ (Sauer 2011: 97) wird immer mehr zur Schlüsseleigenschaft, die besitzen oder sich aneignen muss, wer unter den gegenwärtigen Verhältnissen bestehen möchte. Diese ubiquitäre Verschärfung von Konkurrenz kann letztendlich vor allem auf eine von den Finanzmärkten ausgehende Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, insbesondere zugunsten von sogenannten institutionellen Investoren wie z.B. Investmentfonds, Pensionsfonds oder Hedgefonds, zurückgeführt werden. Bei den institutionellen Investoren handelt es sich gewissermaßen um eine neue

Elite, die ihre einflussreiche und mächtige Position einerseits der Tatsache verdankt, dass in der Nachkriegszeit private Vermögen (auch in den Mittelschichten) immens angewachsen sind und ein Bedarf nach professionellem Vermögensmanagement entstand, andererseits, dass vor allem durch den Fortschritt auf dem Gebiet der digitalen Kommunikation die Möglichkeit einer sich nunmehr vorwiegend ex ante vollziehenden Kapitalverwertung entstanden ist, wodurch sich neben dem primären, produktiven Verwertungsprozess ein sekundärer, sich reflexiv vervielfältigender, spekulativer Verwertungsprozess entwickelt hat (vgl. Deutschmann 2005: 63). Mittlerweile halten Fonds ganz beträchtliche Anteile an einem Großteil aller Aktiengesellschaften der Welt. Das Verhältnis der verschiedenen Fonds untereinander ist geprägt von einem harten Konkurrenzkampf um die Gunst der Anleger. Dies schlägt sich darin nieder, dass die Fonds darauf drängen, Anteile an möglichst vielen profitablen Unternehmen zu erwerben – dies allerdings nicht, um „aus [ihren] Operationen einen Gewinn zu erzielen, sondern mit dem Ziel profitablen Wiederverkaufs nach einem erwartbaren Anstieg der Kurse“ (ebd.). Wo die Investoren dieses Vorhaben umsetzen und die Kontrolle über Unternehmen gewinnen, versuchen sie die Leitungsstrukturen so zu modifizieren, dass ihnen möglichst viel Einfluss auf das Management zukommt. Die Kontrolle über das Unternehmen erhöhen sie vor allem durch die Steuerung der Manager und der Beschäftigten mittels bestimmter Zielvereinbarungen und Gewinnvorgaben (ebd.: 65f.). Fonds praktizieren also von vornherein eine ausgesprochen kurzfristige Politik, die vor allem auf Effizienzsteigerung, Messbarkeit individueller Leistungen und höhere Ausschüttungen zugunsten der Eigentümer abzielt. Sie übertragen im Prinzip den ganzen „Konkurrenzdruck, dem sie auf den Finanzmärkten ausgesetzt sind, auf die Unternehmen [...] und zwingen die Manager, eine hohe Eigenkapital-Rendite zu erwirtschaften“ (Windolf 2005b: 24). Die Folge sind ertragsabhängige Belohnung, flexible Arbeitszeiten und an Konjunkturzyklen angepasste Arbeitsverträge (vgl. Windolf 2008: 526). Das Risiko, das auf den Finanzmärkten lauert, liegt also am Ende allein bei den Belegschaften der Unternehmen, an denen die institutionellen Investoren Eigentumsrechte erworben haben. All die massiven Transformationsprozesse der letzten Jahre im Bereich der Erwerbsarbeit lassen sich eben auf diese Entwicklungen zurückführen.

Angeheizt werden diese Prozesse nicht zuletzt dadurch, dass die Verlagerung von Konkurrenz, die von den institutionellen Investoren ausgeht, letztlich auch fatale politische Konsequenzen hat: Zur Optimierung ihres Geschäftes forcieren nämlich die institutionellen Investoren den Abbau nationaler Kapitalverkehrskontrollen und Veränderungen von Rahmenbedingungen in steuerlicher und gesetzlicher Hinsicht zugunsten der Anleger. In der Folge kommt es zu einer fortschreitenden Liberalisierung der Kapitalmärkte, da sich die Politik diesem Druck nicht entziehen kann. Die internationale Kapitalmobilität nimmt also zu, was die Position der Investoren weiter stärkt und sie in die Lage versetzt, weitere Liberalisierungen durchzusetzen. All dies mündet letztlich in einen „Subventions- und Steuersenkungswettkampf“ (Deutschmann 2005: 79) der Staaten um die Gunst der Investoren, die im wahrsten Sinne des Wortes zu „Getriebenen der Finanzmärkte“ (ebd.: 64) werden. Im Finanzmarkt-Kapitalismus kommt es also, kurz zusammengefasst, zu einer von den Finanzmärkten ausgehenden sukzessiven Verlagerung und sich ständig zuspitzenden Verschärfung von Wettbewerb auf allen Ebenen der Gesellschaft. Die kapitalistische Ausbeutung erreicht gleichsam ein neues Niveau, das sich vor allem in einem steigenden Konkurrenzdruck niederschlägt, und auf dem Kompetitivität und Wettbewerbsfähigkeit zu unabdingbaren Handlungsorientierungen und Schlüsselkompetenzen avancieren.

Nun finden sich in zentralen Arbeiten der Männlichkeitsforschung durchaus so manche Hinweise darauf, dass eine enge Verbindung zwischen Konkurrenz, Wettbewerb und Männlichkeit besteht. Michael Meuser (2006) stellt etwa unter Rekurs auf Pierre Bourdieu (1997) eine „kompetitive Struktur von Männlichkeit“ fest. Männlichkeit im Sinne der Ausbildung eines männlichen Habitus entsteht demnach im Rahmen von „ernsten Spielen des Wettbewerbs“ (ebd.: 203) unter Männern, in denen sich Männer eine „libido dominandi“ aneignen, sozusagen den „Wunsch, die anderen Männer [und erst in zweiter Linie die Frauen, A. S.] zu dominieren“ (ebd.: 215). In den ernsten Spielen des Wettbewerbs lernen Männer zum einen die Spielregeln des Wettbewerbs, vor allem aber lernen sie, „diese Spiele zu lieben, mithin die Machtspiele zu lieben, die der Wettbewerb immer impliziert“ (Meuser 2006: 171). D.h. männliche Vergesellschaftung verläuft offenbar bereits prinzipiell im

Modus des Wettbewerbs. Insofern können Machtstreben und Wettbewerb als genuin männliche Handlungsorientierungen, quasi als „männliche Prinzipien“ der Externalisierung“ (Böhnisch 2004: 44) begriffen werden. Und was vielleicht nicht minder von Bedeutung ist: Ihre geschlechtsspezifische Vergesellschaftung ist es auch, die Männer per se konkurrenzorientierter macht und sie so für derart kompetitive Verhältnisse prädestiniert, wie sie in der kapitalistischen Gesellschaft und mehr noch in ihrer neoliberalen Ausformung bestimmend sind – Konkurrenz also quasi als genuin männliche Liebe zum Wettbewerb.

Ausgehend von diesen Überlegungen und vor dem Hintergrund der allseitigen Verschärfung von Konkurrenz im Finanzmarkt-Kapitalismus drängen sich nun meines Erachtens folgende Fragen auf: Wenn Männlichkeit tatsächlich kompetitiv strukturiert und Wettbewerb sozusagen ein wesentliches Element des männlichen Habitus ist, verweist das dann nicht eigentlich auf eine genuin androzentrische Natur der aktuellen, von einer sukzessiven Verschärfung von Konkurrenz geprägten gesellschaftlichen Verhältnisse? Spricht dann aber im Grunde genommen nicht alles dafür, dass Männlichkeit in der Gegenwart eben gerade nicht in der Krise ist, sondern vielmehr, und vielleicht mehr denn je, zum gesellschaftlichen Zentralwert aufgestiegen ist? Und wären dann nicht die extrem kompetitiven Verhältnisse der Gegenwart gerade als die aktuelle Form männlicher Herrschaft aufzufassen?

Der hier angedeutete Zusammenhang zwischen kompetitiver Struktur der Gegenwartsgesellschaft und kompetitiver Struktur von Männlichkeit ist nun freilich nicht im Sinne einer in der männlichen Natur liegenden, quasi biologisch begründeten, typisch männlichen Neigung zu besonders kompetitivem Verhalten (miss) zu verstehen, die sich sozusagen fortwährend in die gesellschaftlichen Strukturen einschreibt. Sondern die kompetitive Struktur von Männlichkeit ist selbst auf eine geschlechtsspezifische Vergesellschaftung von Männern unter kapitalistischen Prämissen zurückzuführen. Im Kapitalismus war es von Anfang an traditionell der Mann, der dem Konkurrenzkampf auf dem zur zentralen Schicksalsinstanz avancierten Markt ausgesetzt war. Damit einher ging ein spezifisch männlicher Vergesellschaftungsprozess, der schließlich auch in einer spezifisch männlichen, hegemonialen Subjektivierungsform Gestalt angenommen hat: nämlich der hegemonialen

Männlichkeit als dem Inbegriff des autonomen, sich im Wettbewerb behauptenden (weißen, männlichen) Bürgers. Im Finanzmarkt-Kapitalismus macht diese Subjektivierungsform nun eine fundamentale Transformation durch: Der für Männlichkeit so konstitutive Wettbewerb spitzt sich zu und erreicht eine ganz neue Qualität. Schon immer hat sich hegemoniale Männlichkeit in den ‚ernsten Spielen des Wettbewerbs‘ konstituiert, aber im Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Rigidität des Wettbewerbs enorm zugenommen und nimmt weiter zu. Mit der kompetitiven Struktur der Gesellschaft im Finanzmarkt-Kapitalismus spitzt sich auch die kompetitive Struktur von Männlichkeit weiter zu. Die derzeit so intensiv beschworenen und den Nährboden des aktuellen Männlichkeits-Krisendiskurses bildenden Krisenerfahrungen von Männern haben genau darin, in dieser Transformation hegemonialer Männlichkeit, ihren Ursprung. Aber es ist so gesehen eben keine Krise von Männlichkeit per se, sondern eine (Identitäts-) Krise von Männern, die unter den verschärften kompetitiven Bedingungen nicht mithalten können und denen daher eine kohärente männliche Identität verwehrt ist. Umgekehrt aber wird durch die allgemeine Wettbewerbsverschärfung auch (und jetzt eigentlich erst recht) die kompetitive Struktur von Männlichkeit zur Grundstruktur moderner Vergesellschaftung überhaupt, die inhärent männliche Konkurrenzorientierung nur umso mehr zur obersten gesellschaftlichen Norm. Die von Anfang an androzentrischen Strukturen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften werden unter verschärften Bedingungen fortgeschrieben. Männliche Herrschaft ist also nicht etwa im Verschwinden begriffen, sie wandelt lediglich ihre Form. Ihre neue Form besteht in ihrer kompetitiven Zuspitzung, in der Zuspitzung von Wettbewerb als einem immer schon zentralen Grundprinzip hegemonialer Männlichkeit, das im Finanzmarkt-Kapitalismus endgültig dabei ist, sich auf sämtliche Lebensbereiche auszudehnen. Und nicht nur das: Ihre neue Form besteht insbesondere auch darin, dass sich hegemoniale Männlichkeit im Zuge ihrer Transformation allmählich auch zu einer nicht mehr bloß männlichen, sondern vielmehr zu einer allgemeingültigen „hegemonialen Subjektivierungsform“ (Sauer 2011: 97) aufspreizt.

Wie es scheint, hat sich nämlich mittlerweile hegemoniale Männlichkeit – eigentlich paradox – auch, zumindest teilweise, für Frauen geöffnet. Immer mehr Frauen machen

Karriere und definieren sich – was früher ausschließlich Männern vorbehalten war – über Erwerbsarbeit. Einigen von ihnen gelingt es sogar, in gesellschaftliche Führungs- und Machtpositionen aufzusteigen. Ökonomischer Erfolg und gesellschaftliche Macht sind also immer weniger oder jedenfalls nicht mehr allein in den Händen von Männern konzentriert. In den Spielen des Wettbewerbs spielen inzwischen immer öfter auch Frauen mit – einige von ihnen besser als so mancher Mann – und treten zunehmend mit Männern (aber natürlich auch untereinander) in Konkurrenz. Die nicht zuletzt durch zeitgenössische Formen von Gleichstellungspolitik betriebene (und erreichte) stärkere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und die Förderung weiblicher Karrieren gehen also insbesondere einher mit einer wachsenden Karriere- und Wettbewerbsorientierung von Frauen, damit aber eigentlich auch mit der Inkorporierung von im Grunde zutiefst maskulinen und vor allem mit der Konstruktion von hegemonialer Männlichkeit eng verbundenen Werten und Idealen. Um erfolgreich Karriere zu machen, müssen Frauen die in den jeweiligen Institutionen objektivierten kompetitiven (inhärent männlichen) Ideale internalisieren, inkorporieren und dadurch selbst reproduzieren. Die Geschlechtergleichstellung hat aus dieser Perspektive also – ebenfalls paradox – einen Effekt, der so wohl nie beabsichtigt war: nämlich ausgerechnet die Stabilisierung und sogar Reproduktion der bestehenden androzentrischen Strukturen. Der vorherrschende Androzentrismus wird durch die stärkere Teilhabe von Frauen nicht etwa überwunden, sondern mittlerweile – und ganz im Gegenteil – von den Frauen selbst gestützt und aktiv mitgetragen (vgl. Stückler 2013). In diesem Lichte ist die These von der Krise der Männlichkeit nur umso mehr zu verneinen: Wenn hegemoniale Männlichkeit nun auch durch Frauen verkörpert werden kann, dann ist Männlichkeit (und männliche Herrschaft) mitnichten in der Krise – sie ist sogar so stabil wie noch nie. Für die Geschlechterforschung ergeben sich aus der Restrukturierung hegemonialer Männlichkeit im Finanzmarkt-Kapitalismus also einige Herausforderungen.

Andreas Stückler ist Soziologe und Lehbeauftragter an der Universität Wien.

Bereswill, Mechthild/Anke Neuber (Hg.) (2011): *In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Böhnisch, Lothar (2004): *Männliche Sozialisation. Eine Einführung*. Weinheim: Juventa.

Bourdieu, Pierre (1997): *Die männliche Herrschaft*. In: Irene Dölling/Beate Kraus (Hg.): *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 153-217.

Connell, Robert W. (1999): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Opladen: Leske + Budrich.

Deutschmann, Christoph (2005): *Finanzmarkt-Kapitalismus und Wachstumskrise*. In: Paul Windolf (Hg.): *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen* (Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden: VS, 58-84.

Meuser, Michael (2006): *Hegemoniale Männlichkeit – Überlegungen zur Leitkategorie der Men's Studies*. In: Brigitte Aulenbacher et al. (Hg.): *FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 160-174.

Sauer, Birgit (2011): *Restrukturierung von Männlichkeit. Staat und Geschlecht im Kontext von ökonomischer Globalisierung und politischer Internationalisierung*. In: Mechthild Bereswill/Anke Neuber (Hg.): *In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 80-103.

Stückler, Andreas (2013): *Auf dem Weg zu einer hegemonialen Weiblichkeit? Geschlecht, Wettbewerb und die Dialektik der Gleichstellung*. In: *GENDER* 5/3, 114-130.

Stückler, Andreas (2014): *Krise oder Restrukturierung von Männlichkeit? Zur hegemonialen Männlichkeit im Finanzmarkt-Kapitalismus*. Paper für den ‚Tag der Politikwissenschaft 2014‘, Wien.

Windolf, Paul (Hg.) (2005a): *Die neuen Eigentümer*. In: *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen* (Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden: VS, 8-19.

Windolf, Paul (Hg.) (2005b): *Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?* In: *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen* (Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden: VS, 20-57.

Windolf, Paul (2008): *Eigentümer ohne Risiko. Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus*. In: *Zeitschrift für Soziologie* 37/6, 516-535.

QUEERING MARX

Zur (Un-)Vereinbarkeit von diskurstheoretischem Feminismus und der Kritik der politischen Ökonomie

Lukas Egger

Seitdem spätestens Mitte der 90er Jahre der Poststrukturalismus den Marxismus als zentralen Bezugspunkt feministischer Wissenschaft ablösen konnte, wird regelmäßig die Frage laut, ob – und wenn ja, wie – Kapitalismuskritik und Fragen von symbolischen Ordnungssystemen miteinander in Einklang zu bringen wären. Meist drehen sich die Diskussionen um Themen wie den Dualismus von Produktionsprozess und Reproduktionssphäre, die Frage nach Totalität oder Differenz, die ökonomische Grundierung für das binäre Geschlechtermodell sowie nach Strategien zur emanzipatorischen Veränderung und Überwindung der damit fokussierten Formen von Herrschaft. Die Queer Theory wollte ihren Fokus weg von jeglichen als essentialistisch wahrgenommenen Kollektivsubjekten auf die Mechanismen lenken, die dazu führen, dass Körper, Sexualität und Geschlecht so gedacht und gelebt werden, dass sie an Heteronormativität und die binäre Geschlechterordnung rückgebunden werden (vgl. Engel 2009: 19). Die aus materialistischer Sicht entscheidende Frage, „wie die geschichtlichen Regime normativer Heterosexualität und rigider Zweigeschlechtlichkeit gesellschaftliche Institutionen, makro-politische Prozesse und globale ökonomische Verhältnisse organisieren“ (ebd.: 18), wurde Kritiker_innen zufolge vernachlässigt. Nachdem sich der Queerfeminismus in den kritischen Sozialwissenschaften einrichten und dort eine gewisse Skepsis gegenüber Marxismus etablieren konnte, wurde es über Jahre hinweg relativ still, was den Versuch anging, diese beiden Theorieströmungen zu kombinieren. Auf der Gegenseite wurde auch von (neo-)marxistischer Seite alles unternommen, den poststrukturalistischen Feminismus auf verschiedenste Weisen zu diskreditieren. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise seit 2007 und der aufflammenden Debatte über Care-Arbeit scheint diese gegenseitige Ignoranz

wieder aufgebrochen zu sein und es ist eine verstärkte Auseinandersetzung (post-)feministischer Autor_innen mit der *Kritik der politischen Ökonomie* zu bemerken (1).

Hier sollen nun, anhand des Ansatzes von J.K. Gibson-Graham und dem von Hannah Meißner, kursorische Erwägungen zur Vereinbarkeit beider Theorieströmungen anhand konkreter, theorieimmanenter Problemstellungen diskutiert werden. Meine These dabei ist, dass sich poststrukturalistische Theorien und marxistische Ökonomiekritik lediglich durch ihre epistemologische Zugangsweise zu ihren Objekten unterscheiden, wodurch sie unterschiedliche Aspekte der sozialen Wirklichkeit beleuchten können, die jedoch in der Realität nie getrennt voneinander existieren; was wiederum ermöglicht, beide Theorieströmungen in eine produktive Spannung miteinander zu bringen.

Deconstructing capital?

In *The End of Capitalism (As We Knew It)* (2006), der beiden Autorinnen Julie Graham und Katherine Gibson, die zusammen unter dem Namen J.K. Gibson-Graham publizieren, wird der Versuch unternommen, den Diskurs um das Konzept ‚Kapitalismus‘ zu dekonstruieren. Gibson-Graham gehen davon aus, dass sich eine Analogie spannen ließe, zwischen dem Gegenstand der Queer Theory und dem der Ökonomiekritik, womit die Praxis der Dekonstruktion geschlechtlicher und sexueller Eindeutigkeit, mit der im Queerfeminismus das binäre Geschlechtermodell dezentriert und für Intervention geöffnet werden soll, auch auf den Gegenstand der Ökonomie anwendbar sei. Um dieser Analogie einen Namen zu geben, führen sie den

an ‚Phallogozentrismus‘ angelehnten Begriff „capitalocentric“ (ebd.: 6) ein. Die Art und Weise wie in der linken Tradition Kapitalismus konzipiert wurde – als totalitäre, unersättliche Bestie – sei maßgeblich für die Stabilität der kapitalistischen Hegemonie mitverantwortlich. Ausschlaggebend für seine Resilienz sei also wie Kapitalismus gedacht wird. Deshalb müsse er als Diskurs entlarvt und nicht mehr als einzige Determinante der Entwicklung der ökonomischen Wirklichkeit, sondern lediglich als eine Form des Wirtschaftens unter vielen anderen konzipiert werden. Schenk- und Subsistenzökonomien, oder auch Hausarbeit und Sklavenhaltung sollen damit sichtbar gemacht und bestehende Transformationsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Problematisch an dieser Auffassung ist aus politischer Sicht vor allem, dass damit das Verhältnis in dem auch scheinbar autonom funktionierende Alternativökonomien zum Imperativ der Verwertung stehen negiert wird. Die „Momente der Selbstverwertung, der (Selbst)Ausbeutung und Unterwerfung“ (Sauter/Engel 2012), die auch in solchen Ökonomieformen anzutreffen sind, werden von Gibson-Graham ausgespart. Positiv muss man hingegen hervorheben, dass ihre Herangehensweise als Korrektiv zu einem gängigen hegelmunistischen Duktus dienen kann, der noch das sympathischste soziale Gegenprojekt mit einem Adorno’schen ‚Im Falschen nichts richtig‘ abzukanzeln versucht.

Hier interessiert aber vor allem die erkenntnistheoretische Ebene dieser Analogie. Gibson-Graham beschreiben den Kapitalismus als Diskurs, der auch nicht-diskursive Voraussetzungen wie Produktivkraftentwicklung und Klassengegensätze benötigt (vgl. Gibson-Graham 1996: 4). Auch wenn lediglich das Symbolisch-Normative in ihre Analyse integriert wird, bildet die ontologische Annahme, der Kapitalismus sei ein Ensemble von Diskursivem und Nicht-Diskursivem, eine Gemeinsamkeit zwischen Poststrukturalismus und marxistischer Kapitalismuskritik (vgl. Lindner 2013: 282).

Durch das Verfahren der Dekonstruktion sollen angeblich dem Diskursiven vorgängige, scheinbar natürliche Gegebenheiten auf ihre Genealogie befragt und Kategorien wie Geschlecht, Sexualität und Begehren, als immer schon „durch kulturelle Bedeutungen interpretiert“ (Butler 1991: 26) kenntlich gemacht werden. Im Vorhaben der Denaturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse

überschneiden sich die Kritik der politischen Ökonomie sowie der dekonstruktivistische Feminismus also ebenso. Wie Hanna Meißner ausführt, versucht Marx in seiner trinitarischen Formel eine angebliche Natürlichkeit als gewordenen, kategorialen Zusammenhang zu fassen (vgl. Meißner 2011: 553). Diese bezeichnet im dritten Band des *Kapitals* die Feststellung, dass den Warenbesitzer_innen Arbeit, Kapital und Boden, als überhistorische Kategorien gegenüberstehen, die ihre jeweils eigene Revenue hervorbringen. So scheint es als produziere Arbeit Lohn, Kapital Profit und Boden Rente, wobei sich die Voraussetzungen dafür verschleiern (vgl. MEW 25: 833). Jeder Arbeitsprozess zu jedem Zeitpunkt erscheint damit als einzig kapitalistischer Arbeitsprozess; zugleich wird der Ursprung des Profits in der Ausbeutung von Arbeitskraft verdunkelt. Nur durch die theoretische Rekonstruktion des Kapitalismus als Verhältnis von aufeinander verwiesenen Kategorien, werden die ökonomischen Formen als historisch gewachsene, mit Herrschaft verbundene, und durch Praxis veränder- bzw. abschaffbare Gegenstände sichtbar.

Auf der anderen Seite bezeichnet der Begriff der heterosexuellen Matrix bei Judith Butler die theoretische Rekonstruktion eines diskursiven Regimes, welches durch verschiedenste Modi der Iterabilität, sowie Institutionen und Praxen die Hervorbringung geschlechtlich und sexuell eindeutig zuzuordnender Körper verlangt (vgl. Butler 1991: 220). Die scheinbar dem Diskursiven vorgängigen Kategorien von Körper, sozialem Geschlecht und Sexualität, werden in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit voneinander rekonstruiert und als Ergebnis performativer Anrufungen ausgewiesen, die sich durch Zitation reproduzieren und dadurch stets instabil und zu einem gewissen Grad kontingent sind.

So geht es Butler und der an sie anschließenden Queer Theory, ebenso wie Marx, um die Denaturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und das Aufzeigen der Möglichkeit bzw. der Notwendigkeit ihrer Veränderung. Ich folge hier Hanno Pahl darin, dass die Beschaffenheit der Kategorien die Marx im Blick hat, von jenen an denen sich Butler in *Gender Trouble* abarbeitet, nicht anhand der Dichotomie materiell und diskursiv zu unterscheiden sind (vgl. Pahl 2012: 225). Denn, sowohl ist die heterosexuelle Matrix angewiesen auf die institutionellen und ökonomischen Strukturen und Praxen in die sie eingelassen ist, als auch die ökonomischen Kategorien wie Ware, Geld und

Kapital nicht ohne diskursiv erzeugte Bedeutungen iterabel werden können. Insofern sind in der Queer Theory und materialistischer Kritik nach Marx „keine oppositionellen Ontologien zu erblicken, sondern unterschiedlich fokussierte Epistemologien“ (ebd.).

Die Grenzen der dialektischen Darstellung

Während Butler ihren Fokus auf Subjektivierungsmechanismen und die Konstruktion von Bedeutung legt, versucht Marx eine begriffliche Rekonstruktion eines historischen Strukturzusammenhangs zu entwickeln, der sich in versachlichten Herrschaftsverhältnissen ausdrückt und sich relativ unabhängig vom Einzelwillen der Subjekte reproduziert. Dabei bleibt der Marx'sche Blick auf die subjektivierende Wirkung der Produktionsweise unzureichend, weil auf dieser Argumentationsebene keine konkreten Aussagen über Geschlechterverhältnisse, Sexualität und Ähnliches möglich sind. Der Anspruch des *Kapitals* ist der einer logischen Darstellung der Binnenstruktur der kapitalistischen Produktionsweise, weshalb darin auch keine konkrete Analyse einer bestimmten Gesellschaft, sondern eine „begrifflich-theoretische Rekonstruktion einer *Dimension* des Sozialen“ (Meißner 2011: 544) geleistet worden ist. Dabei interessieren Marx die Subjekte nur „soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen“ (MEW 23: 16). Die Menschen reproduzieren die Realabstraktionen selbst, denen sie sich damit gleichzeitig unterwerfen; dies tun sie jedoch nicht aus freien Stücken (vgl. MEW 8: 115), weshalb Marx die ökonomischen Verhältnisse auch unter Abstraktion vom konkreten Handeln der Akteur_innen und ihrer Rationalität (vgl. Elbe 2010: 294) entwickelte.

Wenn Gibson-Graham also den Kapitalismus durch Dekonstruktion der ‚kapitalozentrischen‘ Diskurse für Veränderung öffnen wollen, gehen sie – wie ich denke – von einer falschen Auffassung ihres Gegenstands aus. Die bei Marx fokussierten Formcharaktere sind es, die bei Gibson-Graham zu Gunsten der sie mitkonstituierenden sprachlich-symbolischen Ordnung völlig negiert werden. Die Fetischisierung der ökonomischen Verhältnisse, basiert

anders als die Naturalisierung von Geschlecht und Begehren, nicht auf der Zitation von Normen, sondern entsteht aus den spezifischen Bedingungen der Vergesellschaftung der Arbeit, die Ware, Geld und Kapital durch menschliche Praxis in Relationen setzt. Kapitalistische Strukturen haben also maßgeblich nicht-normative Dimensionen, die deshalb durch Anerkennung und Umdeutung allein nicht zu verändern sind (vgl. Meißner 2010: 189). Die Praxis der Warenbesitzer_innen kann also nicht Explanans, sondern muss Explanandum der *Kritik der politischen Ökonomie* sein (vgl. Elbe 2010: 81). Allerdings müssen vollwertige, handlungsfähige Subjekte, die innerhalb der heterosexuellen Matrix nur als Männer oder Frauen mit einer spezifischen Sexualität existieren können, vorausgesetzt sein, damit sich die Menschen in oben beschriebener Weise zu den Produkten ihrer Arbeit verhalten können. Marx zufolge müsse an den Grenzen seiner dialektischen Darstellung die historische Genese der ökonomischen Kategorien, die selbst Resultat eines historischen Prozesses seien, herausgearbeitet werden. Jedoch wird das Subjekt bei Marx zwar als Arbeiter oder Kapitalist und als Behälter von Arbeitskraft historisch-spezifisch definiert, ansonsten jedoch ahistorisch und universalistisch als ein männliches, heterosexuelles vorausgesetzt (vgl. Meißner 2011: 6). Marx hat zwar gewusst, dass seine formanalytische Methode Voraussetzungen hat, die in ihr selbst nicht sichtbar gemacht werden können, konnte jedoch komplementär zu ihr nur die Geschichte der Produktionsverhältnisse, nicht jedoch die Geschichte der Diskurse und der Subjekte denken (2). Damit wird hier manifest, was Gayatri Chakravorty Spivak als „materialist predication of the subject“ (Spivak 1985: 73) bezeichnet hat. Die Materialität des Gebrauchswerts und der produzierenden Körper holt notwendig die historische Gestalt der Materialität als Träger des Werts in die Analyse, die Marx auf seiner Ebene nicht leisten kann. Spivak geht also davon aus, dass Marx beständig Voraussetzungen hinnimmt, die auf das verweisen von dem er abstrahiert: die Art und Weise wie die materielle Seite des Verwertungsprozesses, die Körper und Subjekte, Einfluss auf die ökonomischen Formen nehmen. Ihr gilt der Gebrauchswert als Beispiel, der vom Standpunkt der einfachen Warenproduktion aus lediglich Träger des Werts, zugleich jedoch allgemeine Vorraussetzung dafür ist, dass sich die Waren überhaupt als Tauschwerte gegenüber treten können. Für Spivak macht sich hier eine

Indetermination der Wertkette bemerkbar, die auf die Textualität der Marx'schen Kategorien verweist (vgl. ebd.: 78f.). Das Subjekt kann den gesellschaftlichen Prozessen, die den Kapitalismus konstituieren nicht vorangestellt werden, vielmehr entsteht, bestätigt und transformiert es sich innerhalb dieser. Das binäre Geschlechtermodell, das historisch die Voraussetzung gebildet hat, die Reproduktion aus der Wertverwertung auszulagern und weiblich konnotierte Tätigkeiten als der Privatheit zugehörig zu kodieren, ist hierfür ein Beispiel par excellence. Genau an dieser Stelle ist es nicht nur möglich, sondern unumgänglich die Kapitalismusanalyse mit den Einsichten der Queer Theory zu verbinden.

Lukas Egger studiert im Master am ipw.

Anmerkungen:

- (1) Eine gute Übersicht und Evaluierung einiger ökonomiekritischer Beiträge aus Poststrukturalismus und Queer Theory gibt Pahl 2012.
- (2) Abgesehen von einigen wenigen Andeutungen, wie zum Beispiel der Annahme, dass das moderne Fabriksregime ebenso auf bestimmte Geschlechterverhältnisse angewiesen ist (vgl. MEW 23: 446f.).

Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Elbe, Ingo (2010): *Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*. Politische Ideen Bd. 21, hg.v. Herfried Münkler, Berlin: Akademie Verlag.

Engel, Antke (2009): *Bilder von Sexualität und Ökonomie. Queere kulturelle Politiken im Neoliberalismus*. Bielefeld: transcript.

Gibson-Graham, J.K. (1996): *The End of Capitalism (As We Knew It). A Feminist Critique of Political Economy*. Cambridge: Blackwell.

Lindner, Urs (2013): *Marx und die Philosophie. Wissenschaftlicher Realismus, ethischer Perfektionismus und kritische Sozialtheorie*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Marx, Karl (1972): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In: MEW Bd. 8. Berlin: Dietz Verlag, 111-207.

Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. In: MEW Bd. 23. Berlin: Dietz Verlag.

Marx, Karl (1989): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band*. In: MEW Bd. 25. Berlin: Dietz Verlag.

Meißner, Hanna (2010): *Jenseits des autonomen Subjekts. Zur gesellschaftlichen Konstitution von Handlungsfähigkeit im Anschluss an Butler, Foucault und Marx*. Bielefeld: transcript.

Meißner, Hanna (2011): *Totalität und Vielfalt. Gesellschaftliche Wirklichkeit als multidimensionaler Zusammenhang*. <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2011/meissner.pdf>, (Zugriff: 04.09.2014).

Pahl, Hanno (2012): *Genealogisch-poststrukturalistische Ökonomiekritik und Kritik der politischen Ökonomie. Eine Aufforderung zum Tanz*. In: *Prokla* 167/2012, 211-230.

Sauter, Inka/Sonja Engel (2010): *Vergeschlechtlichung des Kapitalismus. Warum Gender Trouble und das Kapital zwar zusammen kommen, aber noch nicht zusammen gehen*. <http://phase-zwei.org/hefte/artikel/vergeschlechtlichung-des-kapitalismus-75/>, (Zugriff: 04.09.2014).

Spivak, Gayatri Chakravorty (1985): *Scattered Speculations on the Question of Value*. <http://elenes.com/s09m/cp/pres2/ScatteredSpeculations.pdf>, (Zugriff: 04.09.2014).

NORMALISIERENDE KULTURINDUSTRIE

Ein Versuch an der Schnittstelle von Geschlechtsidentität und Warenform

Simon Stockinger

Die polit-ökonomische Reproduktion von Geschlechterverhältnissen findet u.a. im breiten Segment des kulturellen Massenkonsums statt. Diese Reproduktion funktioniert vermittelt normalisierender Identifikationsangebote, deren Präsenz sich – von den Reklameflächen im öffentlichen Raum bis zum privaten Streaming diverser Serien und Blockbuster – durch beinahe alle Wahrnehmungsbereiche des bürgerlichen Lebens zieht. Den Subjekten treten hier immer auch konsumierbare Geschlechtsidentitäten gegenüber, die sich durch androzentrische Narrative und heteronormative Landschaften bewegen. Kategorien wie Identität, Körper, Geschlecht, Sexualität etc. bezeichnen nie lediglich unmittelbare, individuelle Eigenschaften, sondern sind stets auch „als Chiffre[n] kultureller Normen lesbar“ (Bublitz 2012: 20). Als solche haben sie subjektformierende und -antizipierende Wirkungen. Wenn Geschlechtsidentitäten als normal oder abnormal gelten können, dann entspricht das der komplexen Ableitungslogik einer kulturellen Grammatik, deren Wirkungsweisen u.a. das Konzept der Heteronormativität auf den Begriff zu bringen versucht (vgl. Butler 1991; Warner 1993/1999). Demnach gelten Geschlechtsidentitäten als normal, wenn sich das anatomische Geschlecht (sex), die Geschlechtsidentität (gender) und das sexuelle Begehren kohärent und kontinuierlich auseinander ableiten lassen (vgl. Butler 1991: 38f.). Die subjektformierende Wirkung der Sphäre kommodifizierter Unterhaltung ließe sich mit diesem Begriff gleichfalls analytisch in die Zange nehmen. Allerdings treten zu solchen „kulturalistischen Konzeptionen“ (Scholz 2005: o.A.) von Geschlecht noch entscheidende Fragen ökonomischer Vermittlung und Zirkulation hinzu, wenn die Chiffren der Heteronormativität im Segment des Kulturkonsums reproduziert bzw. repräsentiert werden. Oder anders: Die ökonomischen Vermittlungen

von Kulturprodukten sind keineswegs zufällig oder direkt, sondern entsprechen den Formgesetzen der kapitalistischen Verwertungslogik. Ein kritischer Blick kann die inhaltliche Ebene der konsumierbaren Repräsentationen nicht von der formalen Ebene ihres warenförmigen Auftretens in kapitalistischen Verhältnissen abkoppeln. Diese warenförmige Bestimmung des spezifischen Segments der ‚Massenkultur‘ durchleuchten Adorno und Horkheimer mit ihrem Begriff der Kulturindustrie. Meines Erachtens gilt es daran festzuhalten, dass mit den unmittelbaren Bildern, die eine Geschlechtsnormalität implizieren, eine formale, ökonomisch-strukturelle Bestimmung Hand in Hand geht, deren Wirkung die Rede von einer Subjektformierung erst plausibel macht. Diese Behauptung benötigt einen Begriff, der dazu in der Lage ist Geschlechtsidentität und Warenform, in ihrer gemeinsamen subjektformierenden Wirkung, zu vermitteln. Dafür scheint sich eine materialistische Lesart von Foucaults Konzeption einer gouvernementalen Normalisierung zu eignen; was schließlich zu der Frage führt, der die folgenden Zeilen nachgehen wollen: Lässt sich der Foucault’sche Begriff von Normalisierung als subjektformierende Funktion von Kulturindustrie im Sinne Adornos/Horkheimers hinsichtlich Geschlechtsidentität lesen?

Kulturindustrie – oder: Identifikation in Warenform

Adorno/Horkheimer versuchen mit dem Begriff der Kulturindustrie einen, dem Kapitalismus immanenten, Strukturwandel ab Beginn des 20. Jahrhunderts kritisch zu fassen. Es geht bei diesem Wandel um die Kommodifizierung der gesamten Kultur; oder mit anderen Worten:

Das „Profitmotiv [wird] blank auf die geistigen Gebilde [übertragen].“ (Adorno 1977: 338) Mit diesem Begriff sollte eine Aktualisierung der Kritik der politischen Ökonomie möglich werden. Den Hintergrund dafür bildete die Transformation des Kapitalismus „von einer Gesellschaft der industriellen Massenproduktion in eine Gesellschaft des alltagskulturellen Massenkonsums.“ (Behrens 2011: 69) Die Kritik fokussiert nicht primär auf die Inhalte von Kulturwaren, sondern auf deren gleichbleibende strukturelle Bestimmung als Waren in spätkapitalistischen Verhältnissen. Denn die gewaltige inhaltliche Pluralisierung und Differenzierung von Kulturindustrie, seit Adornos Texten, wird nur schwer zu leugnen sein. Es geht vielmehr darum, dass „Kultur [...] im selben Maße kommodifiziert, wie die Gesellschaft, die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse, kulturalisiert wird.“ (Ebd.: 64) Oder anders: alle sozialen Verhältnisse werden in kommodifizierte Kultursegmente eingeteilt (Freizeitkultur, Alltagskultur, Unterhaltungskultur etc.).

In der *Dialektik der Aufklärung* heißt es zu Beginn des Kulturindustrieabschnitts: „Die augenfällige Einheit von Makrokosmos und Mikrokosmos demonstriert den Menschen das Modell ihrer Kultur: die falsche Identität von Allgemeinem und Besonderem.“ (Adorno/Horkheimer 2011: 128) Darin kommt deutlich zum Ausdruck, dass der Begriff eben nicht bloß auf ein bestimmtes Segment des Kapitalismus abzielt, sondern vielmehr auf eine Transformation des Ganzen – die aber die grundlegenden ökonomischen Formen nicht etwa verändert, sondern in einer Sphäre aktualisiert, wo Industrie und Kultur identisch geworden zu sein scheinen. In *Zu Subjekt und Objekt* schreibt Adorno: „Ist die maßgebende Struktur der Gesellschaft die Tauschform, so konstituiert deren Rationalität die Menschen; was sie für sich sind, was sie sich dünken, ist sekundär.“ (Adorno 2010: 79) Solche Formulierungen sollen eine beinahe totale Vergesellschaftung durch die ökonomischen Formzwänge auf den Begriff bringen. Diese subjektkonstituierende Tendenz drückt sich im Rahmen der Kulturindustrie durch eine auf Massenkompatibilität gerichtete Standardisierung aus, deren Logik der strukturellen Austauschbarkeit von Waren entspricht: „Für alle ist etwas vorgesehen, damit keiner ausweichen kann, die Unterschiede werden eingeschliffen und propagiert.“ (Adorno/Horkheimer 2011: 131) Die Entstehung einer, alle Lebensbereiche warenförmig durchdringenden,

Einheitskultur verdeckt soziale Antagonismen entweder, oder entschärft sie zu Konsumierbarem – passive Subjekte werden entlang funktionaler gesellschaftlicher Kategorien (class, race, gender) formiert.

Es scheint wichtig nebenbei anzumerken, dass auch Kritik ‚kulturalisiert‘ inkorporiert wird – wie es anhand vielfältiger Subkulturen, deren Selbstverständnis durchaus ein kritisches sein kann, ersichtlich ist. Mehr noch: der gesellschaftliche Konformismus mit dem polit-ökonomischen Formzwang bedarf heute sogar eines „kulturell selbstbewusst ausagierte[n] Nonkonformismus“ (Behrens 2011: 75). Vor dem Hintergrund der Popkultur ist Kritik erwünscht, ja wird sogar „zum wichtigen Faktor der Aufrechterhaltung des Leistungsprinzips“ (ebd.). Adorno selbst konnte das Ausmaß des kulturindustriellen Angebots von heute – mitsamt seiner Tendenz immer mehr auf den die Einzelne_n zugeschnitten zu werden – nicht erleben, aber sein Argument diesbezüglich bleibt vor dem Hintergrund einer kategorialen Kritik an der Warenförmigkeit von Kultur ungebrochen: „Jedes Produkt gibt sich als individuell; die Individualität selber taugt zur Verstärkung der Ideologie, indem der Anschein erweckt wird, das ganz Verdinglichte und Vermittelte sei eine Zufluchtsstätte von Unmittelbarkeit und Leben.“ (Adorno 1977: 339)

Normalisierung – oder: das Apriori des Normalen

Foucaults Konzept der Gouvernementalität, wie er es in seinen Vorlesungen am Collège de France von 1977-1978 entfaltet, markiert eine entscheidende Ausdifferenzierung in seiner Machtanalytik (vgl. Saar 2007: 24). Ein zentraler Aspekt darin besteht in der Unterscheidung zwischen disziplinierender Normierung und regulierender Normalisierung. Es geht allerdings bei beiden um den Versuch die „materielle Instanz der Unterwerfung in ihrer subjektkonstituierenden Funktion zu erfassen“ (Foucault 2001: 43).

Das spezifische der disziplinarischen Normierung besteht in der konstitutiven Funktion der Norm. Das heißt, die Disziplin konstruiert immer zuerst ein optimales Modell hinsichtlich eines gewünschten Resultates, und die Praxis der Normierung besteht daran anknüpfend darin, die Handlungen der Subjekte „mit diesem Modell übereinstimmen zu lassen, wobei das Normale genau das

ist, was in der Lage ist, sich dieser Norm zu fügen, und das Anormale ist das, was dazu nicht in der Lage ist.“ (Foucault 2004: 89f.) Primär sind demnach präskriptive Normen: Was normal bzw. abnormal ist, kann nur danach entschieden werden, ob die Subjekte den vorgesetzten Normen entsprechen oder eben nicht. Eben wegen dieser „ursprünglichen Eigenschaft der Norm im Verhältnis zum Normalen“ (ebd.: 90) ist die disziplinierende Normierung auf den direkten und umfassenden Zugriff auf die individuellen Körper der Subjekte angewiesen. Foucault bezeichnet die Disziplinarmacht als eines „der grundlegenden Instrumente bei der Errichtung des Industriekapitalismus und des zu ihm gehörenden Gesellschaftstypus.“ (Foucault 2001: 52) Orte ihres Wirkens sind Einschließungsmilieus mit raumspezifischen Normen, wie etwa Schule, Militär, Fabrik, Psychiatrie, etc. Dieser Funktionslogik gegenüber verhält sich das, was Foucault Normalisierung nennt genau umgekehrt und setzt zuerst eine Normalität fest, um daraus entsprechende Normen abzuleiten. „Das Normale kommt als erstes, und die Norm leitet sich daraus ab, oder die Norm setzt sich ausgehend von dieser Untersuchung der Normalität fest und spielt ihre operative Rolle.“ (Foucault 2004: 98) Diese Umkehrung ist untrennbar an das Aufkommen der Bevölkerung als Figur und Gegenstand eines neuen empirisch-statistischen Wissens geknüpft, deren Eigendynamik einen disziplinierenden Zugriff verunmöglicht und einer anderen Regierungsrationalität bedarf. Demnach beginnt man im 18. Jahrhundert die Bevölkerung „als eine Gesamtheit von Vorgängen zu betrachten, die man in ihrer Natürlichkeit und ausgehend von ihrer Natürlichkeit verwalten muß“ (ebd.: 108). Ausgangspunkt der Normalisierung ist also „das (empirisch) Normale, das als Norm dient und weitere Differenzierungen erlaubt“, wobei entscheidend ist, dass im Rahmen der Normalisierung „die Realität selbst als Norm [gilt]: als statistische Verteilung von Häufigkeiten, als Krankheits-, Geburten- und Todesraten etc.“ (Lemke 2001: 5f.)

Geschlecht & Kulturindustrie – oder: was der Fall ist

Wir können der Kulturindustrie eine normalisierende Funktion in diesem Sinne attestieren. Wie es eben auch der gouvernementalen Normalisierungslogik entspricht, ist ihr

erstes Material das ‚empirisch Normale‘ in abstracto, also eine berechnete Normalität, die die herrschenden Verhältnisse mittels Marktforschung und Zuschnitt auf Zielgruppen bzw. zielgruppenadäquater Ansprache ausdrückt. „Die Ordnungsbegriffe, die sie [die Kulturindustrie] einhämmert, sind allemal solche des status quo“ (Adorno 1977: 343), wobei die Kulturindustrie systematisch reproduziert und einen „Mythos des Positiven“ (Adorno 1981: 301) erschafft. Dem Inhalt ihrer Produkte geht keine direkte Präskription voran, vielmehr „wird das Dasein selber zum Surrogat von Sinn und Recht.“ (Adorno/Horkheimer 2011: 157) Die Produkte der Kulturindustrie werden massenkompatibel gemacht; es wird nicht umgekehrt versucht die Konsummassen durch gezielte Manipulation hinsichtlich irgendwelcher Ziele konform zu machen. Adorno spricht diesbezüglich von Ideologie, denn: „Dasein wird zu seiner eigenen Ideologie durch die Zauberei seiner treuen Verdoppelung.“ (Adorno 1981: 301)

Wenn hier von einem Apriori der Normalität die Rede ist, dann ist damit nichts gemeint, was sich aus empirischen Individuen ableiten ließe. In vielmehr umgekehrtem Sinn kommt hier der Begriff des Falls ins Spiel, wie Foucault ihn, bezüglich der Sicherheitsdispositive und in Zusammenhang mit epidemischen Krankheiten, definiert hat. Demnach erscheint im 18. Jahrhundert, im Kontext des Aufkommens von Statistik als Instrument von Regierungsrationalität, ein Fallbegriff, „der nicht der individuelle Fall ist, sondern eine Art und Weise, das kollektive Phänomen der Krankheit zu individualisieren oder, [...] die Phänomene zu kollektivieren und im Inneren des kollektiven Feldes die individuellen Phänomene zu integrieren.“ (Foucault 2004: 94) Dieses Denken entspricht seiner Logik nach jener Konstitution des Menschen als Gattungswesen, die Foucault als diskursiven Bestandteil der Biomacht beschreibt (vgl. Foucault 2001). Es lässt sich eine augenscheinlich analoge Stelle in der *Dialektik der Aufklärung* finden, worin das Denken des Menschen als Gattungswesen zur Voraussetzung des Fallbegriffs wird: „Die vollendete Ähnlichkeit ist der absolute Unterschied. Die Identität der Gattung verbietet die der Fälle. Die Kulturindustrie hat den Menschen als Gattungswesen hämisch verwirklicht. Jeder ist nur noch, wodurch er jeden anderen ersetzen kann: fungibel, ein Exemplar.“ (Adorno/Horkheimer 2011: 154) Die Kulturindustrie weist folglich einen prinzipiellen

„Adaptionscharakter“ (Adorno 1981: 305) auf, dessen Logik zugleich der „Anpassung an die Konsumenten“ (ebd.) entspricht – die Repräsentationen werden als Fälle aus einer heteronormativ zugerichteten Masse abgeleitet. Insofern sind Kulturwaren immer Ausdruck „prästablierter Harmonie“ (ebd.). Das Individuum muss im Rahmen der Kulturindustrie immer ein Fall der Masse sein, da ein notwendiges Apriori der Masse dem einzelnen Fall erst Geltung gibt. In dieser Logik bildet das abstrakte Kollektiv die Voraussetzung für den individuellen Fall. Adorno und Horkheimer schreiben: „nur dadurch, daß die Individuen gar keine sind, sondern bloße Verkehrsknotenpunkte der Tendenzen des Allgemeinen, ist es möglich sie bruchlos in die Allgemeinheit zurückzunehmen.“ (Adorno/Horkheimer 2011: 164) Die Fälle – Verkehrsknotenpunkte – werden nicht aus konkreten Individuen deduziert, sondern vielmehr aus einer abstrakten Normalität. Diese bildet dementsprechend auch, analog zur Kategorie des Warenwerts, das Maß für die Ersetzbarkeit, Vergleichbarkeit und Hierarchisierung der einzelnen Erscheinungen.

Mit Blick auf Geschlechtsidentität könnte kulturindustrielle Normalisierung daher wie folgt definiert werden: nämlich als Technik das kollektive Phänomen Geschlecht, mit dem klaren Motiv der Profitmaximierung, zu konsumierbaren Repräsentationen zu synthetisieren und in die warenförmige Zirkulation von Fällen einzuspeisen. Wir wissen, dass der Anschein einer natürlichen Gegebenheit von heteronormativen Kategorien und deren Ableitungslogik „durch den Prozeß performativer Wiederholung unablässig reaffirmiert“ (Kraß 2003: 20) wird. Was schon durch symbolische Ordnung und alltägliche Praktiken des doing gender stabilisiert und normal gemacht wurde, wird im Rahmen der Kulturindustrie jedoch zu austauschbaren Fällen synthetisiert und mit den ökonomischen Formgesetzen gleichgeschaltet. Oder anders: Kulturindustrie produziert ein ästhetisches Spektrum der Geschlechtsnormalität, indem eine optimierte und gesteigerte Version von dem, ‚was der Fall ist‘, zur Norm verhärtet wird; diese Normen werden in soziale Praktiken rückübersetzt und bilden so neues Material für den kulturindustriellen Zugriff.

Simon Stockinger ist MA-Student der Politikwissenschaft studierte davor Internationale Entwicklung, und ansonsten ein recht philosophie- und literaturbegeisterter Spaziergänger.

Adorno, Theodor W. (2010): *Zu Subjekt und Objekt*. In: *Philosophie und Gesellschaft. Fünf Essays*. Stuttgart: Reclam, 74-93.

Adorno, Theodor W. (1981): *Das Schema der Massenkultur. Kulturindustrie (Fortsetzung)*. In: *Gesammelte Schriften*, Bd. 3, *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W. (1977): *Résumé über Kulturindustrie*. In: *Gesammelte Schriften, Band 10.1, Kulturkritik und Gesellschaft I*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W./Max Horkheimer (2011): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a.M.: Fischer.

Behrens, Roger (2011): *Unterhaltung als Unterdrückung. Kulturindustrie, Intersektionalität und Herrschaft*. In: Katharina Knüttel/Martin Seeliger (Hg.): *Intersektionalität und Kulturindustrie. Zum Verhältnis sozialer Kategorien und kultureller Repräsentationen*. Bielefeld: transcript, 53-62.

Bublitz, Hannelore (2012): *Das Maß aller Dinge. Die Hinfalligkeit des (Geschlechts-)Körpers*. In: Sabine Mehlmann/Birgit Riegraf/Dirk Spreen (Hg.): *Medien – Körper – Geschlecht. Diskursivierungen von Materialität*. Bielefeld: transcript, 19-35.

Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2001): *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76)*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 87-172.

Kraß, Andreas (2003): *Queer Studies – eine Einführung*. In: *Queer Denken. Gegen die Ordnung der Sexualität*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 7-28.

Lemke, Thomas (2001): *Gouvernementalität*. In: Marcus S. Kleiner (Hg.): *Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken*. Frankfurt a.M.: Campus, 108-122, <http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/buchbeitr%44ge.htm>, (Zugriff: 30.10.2014).

Saar, Martin (2007): *Macht, Staat, Subjektivität. Foucaults Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext*. In: Susanne Krasemann/Michael Volkmer (Hg.): *Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge*. Bielefeld: transcript, 23-45.

Scholz, Roswitha (2005): *Die Theorie der geschlechtlichen Abspaltung und die Kritische Theorie Adornos*. Referat zum Roberto-Schwarz-Symposium in Sao Paulo, August 2004, <http://www.exit-online.org/textanz1.php?table=schwerpunkte&index=3&posnr=156&backtext1= text1.php>, (Zugriff: 30.10.2014).

Warner, Michael (1999): *The Trouble With Normal. Sex, Politics, and the Ethics of Queer Life*. Cambridge/Massachusetts: Harvard University Press.

Warner, Michael (1993): *Fear of a Queer Planet. Queer Politics and Social Theory*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

BLUT, RACHE, GEWALT

Die Inszenierung von Weiblichkeit in Filmen von Quentin Tarantino

Corinna Köhldorfer

Meine Masterarbeit beschäftigt sich mit der Analyse von weiblichen Filmcharakteren. Dabei ging es mir um die Beantwortung folgender Fragestellung: Auf welche Weise dekonstruieren Tarantinos Frauenfiguren gängige Weiblichkeitsstereotype? Der Schwerpunkt der Forschung lag dabei auf der Interpretation der Filme *Kill Bill Vol. 1/2*, *Death Proof – Todsicher* und *Inglourious Basterds*. Während meines Arbeitsprozesses habe ich festgestellt, dass Tarantino in seinen Filmen bekannte (Weiblichkeits-)Stereotypen einbaut, die er dann aber mithilfe von Ironie und Parodie zerstört.

Der folgende Text gibt einen kleinen Ausschnitt meiner Masterarbeit wieder. Dieser Auszug soll in kurzer Form darlegen, wie Geschlecht im Film konstruiert und (re-)produziert wird.

„Die Frau“ im Film: Feministische Filmtheorie – ein Überblick

Die Entwicklung der Feministischen Filmtheorie bzw. Filmwissenschaft lässt sich nach Andrea Braidt seit den 1970er Jahren beobachten und kann dabei als Produkt der damaligen politischen Frauenbewegung gesehen werden (vgl. Braidt/Jutz 2002: 293).

„Charakteristisch für die erste Phase feministischer Theoriebildung sind inhaltsorientierte, dem Sichtbarmachen und der Bewertung von Rollenklischees verpflichtete Filmanalysen, wobei die Beziehung zwischen ‚Wirklichkeit‘ und filmischer Repräsentation als einfaches Abbildverhältnis gedacht wird“ (Braidt/Jutz 2002: 293f.).

Bald allerdings hat sich innerhalb der feministischen Filmtheorie ein theoretical turn vollzogen. Kritische Stimmen bemängelten, dass man die Filme nicht mehr einfach nur als Widerspiegelung der Wirklichkeit, des realen Lebens sehen und untersuchen könne. Die Wirklichkeit des Films wird dabei als konstruiert angesehen. Nach Braidt hat sich das Interesse der ForscherInnen dabei vom Inhalt der Filme auf die Sprache der Repräsentation selbst verschoben. Das heißt, nicht nur die Darstellung der Frauenfiguren selbst stand im Fokus der Aufmerksamkeit, sondern auch die Lichttechnik, die Kameraführung, die Bildmontage etc. Das Medium Film gibt also nicht neutral die Realität wieder, die produzierte Wirklichkeit entsteht vielmehr mithilfe von Hilfsmitteln (Kamera, Setting etc.).

Besonders geprägt wurde die Feministische Filmtheorie von Laura Mulvey. Sie war die Erste, die bei der Darstellung von Frauen und Weiblichkeit auf den Fetischcharakter aufmerksam gemacht hat (vgl. Mulvey, zit.n. Braidt/Jutz 2002: 294). „Mulvey zufolge ist die Lust am Schauen zweigeteilt, nämlich in eine aktiv-männliche (der Mann als Träger des Blicks) und in eine passiv-weibliche Position (die Frau als Objekt des Blicks)“ (Mulvey, zit.n. Braidt/Jutz 2002: 294). Laut Mulvey ist die männliche Figur also das handelnde Subjekt; die gesamte Geschichte des Films ist um ihn herum aufgebaut. Er ist nicht nur derjenige, der die Handlung vorantreibt, er ist praktisch die Figur, um die sich der Film dreht. Die weiblichen Rollen hingegen werden zu unwichtigen Randfiguren. Natürlich sind sie in den meisten Filmen unerlässlich, jedoch dient ihre Anwesenheit lediglich dem (männlichen) Helden selbst, da sie meist der Auslöser für verschiedene Reaktionen, Handlungen und Taten der Hauptfigur sind. Die weiblichen Charaktere lösen, laut Mulvey somit lediglich voyeuristische bzw. fetischistische Reaktionen aus, statt selbst zu reagieren; sie

werden also nur angeschaut, anstatt selbst den aktiven Part des Schauens zu übernehmen (vgl. Mulvey, zit.n. Braidt/Jutz 2002: 294).

Das Kino ist somit laut Mulvey für den männlichen Zuseher, den „männlichen Blick“ gemacht (vgl. Mulvey, zit.n. Hipfl 2002: 196). Laut Brigitte Hipfl entsprechen Mulveys Thesen der Vorstellung, dass das Kino ein Produkt des patriarchalen Unbewussten ist. Der/die ZuschauerIn sieht den Film über eine bestimmte Blickachse/Blickinszenierung: Die Kamera, die als Auge des Beobachters/Zusehers fungiert, lenkt den Blick auf bestimmte Dinge (anderes bleibt dabei ausgeschlossen). Wir können also auch nur das sehen, was die Kamera bereit ist uns zu zeigen. Und das ist laut Mulvey stets ein männlich konnotierter Blick (vgl. Mulvey, zit.n. Hipfl 2002: 196). Braidt formuliert dies noch detaillierter, indem sie von einer Blickverschränkung spricht. Der Kamerablick, der Blick des Publikums und der des Filmcharakters werden dabei so verschränkt, dass die ersten beiden dabei unsichtbar gemacht werden. Dies führt im weiteren Verlauf zur Aktiv/Passiv- Unterteilung der männlichen und weiblichen Filmfiguren (vgl. Mulvey, zit.n. Braidt 2008: 52).

„Der Mann nimmt eine aktive Position ein, er hat den beherrschenden und kontrollierenden Blick. Die Rolle der Frau ist passiv, sie wird zum Objekt des Blicks, und zwar sowohl des männlichen Hauptcharakters als auch des Zuschauers. Die Frau steht immer für das andere des Mannes, für die Abwesenheit des Penis. Damit ruft das Bild der Frau nicht nur Lust hervor, sondern verkörpert die Kastrationsdrohung und schließt ein Unbehagen mit ein“ (Braidt 2008: 196).

Mithilfe der voyeuristischen bzw. fetischistischen Reaktionen kämpft der Mann nun gegen diese Kastrationsdrohung an. Der Mann ist das Subjekt im Film, mit ihm kann sich das (männliche) Publikum identifizieren, an seiner Macht teilhaben. Die Frau im Film ist das Objekt, da sie sich in der passiven Rolle befindet. Einige Jahre später hat Mulvey allerdings eine Zuschauerposition für das weibliche Publikum veröffentlicht. Darin stellt sie fest, dass es Zuseherinnen immerhin möglich ist, sich mit der männlichen, aktiven Filmfigur zu identifizieren, laut Mulvey nimmt das weibliche Publikum somit selbst eine männliche Position ein (während des Filmakts) (vgl. Mulvey, zit.n. Hipfl 2002: 197f.). Interessant ist in diesem Zusammenhang

neben den psychoanalytischen Elementen auch der semiotische Zugang. Die semiotischen Filmansätze haben ihren Ursprung in den 1960er Jahren. Dabei wird der gesamte Film als ein System von Zeichen gesehen; explizit wird hier zwischen filmischen Zeichen/Codes und kinematographischen Zeichen/Codes unterschieden. Braidt spricht in diesem Zusammenhang von einer Ebene des Textes und einer Ebene des Systems. Die im Film dargestellte Weiblichkeit wird hier ebenfalls als Konstrukt angesehen. Aufgabe der ForscherInnen ist es nun, dieses zu dekonstruieren. Nicht nur der Inhalt, auch die Filmsprache selbst, also die Einstellungsebene, die Größe der Einstellung sowie ihre Dauer etc. sind geschlechtsspezifisch codiert.

In den Filmen wirken also verschiedene Strategien, die somit geschlechtsspezifische Hierarchien aufbauen (vgl. Braidt/Jutz 2002: 297f.). Die Erkenntnisse von Mulvey und anderen AutorInnen machen eines sehr deutlich: Dass das Medium Film nicht neutral ist. Mit verschiedenen Kamera- und Lichttechniken und anderen Hilfsmitteln erschaffen FilmemacherInnen ihre eigene Wirklichkeit.

„Die Frau“ im Actionkino

Der Actionfilm ist ein Genre, dem die Kategorie der Schaulust in besonders hohem Maß zugeschrieben wird. Hier verzichten RegisseurInnen gerne auf realistische Darstellungen, stattdessen liegt das Augenmerk dieses Genres vor allem auf der Inszenierung des spektakulären Körpers. Wesentlicher Bestandteil des Actionkinos ist laut Susanne Rieser außerdem die fetischistische Inszenierung (vgl. Rieser 2002: 327). Eine wichtige Arbeit zu dieser Thematik hat auch Yvonne Tasker mit ihrem Werk *Spectacular Bodies. Gender, Genre and the Action Cinema* geliefert. Darin stellt sie fest, „dass es in diesem scheinbar eindeutige Geschlechterhierarchien aufbauenden Genre Brüche in der Darstellung gibt. Sie verweist dabei vor allem auf die Darstellung des Körpers, der durch Übertreibung und Parodie als Ort der Transgression und des Spiels mit geschlechtlicher/sexueller Identität ausgestellt wird“ (Tasker, zit.n. Friedrich 2008: 46).

Laut Tasker frönt das Actionkino Hollywoods in seinen Darstellungsweisen vor allem der „masochistischen Ikonographie“. Die Helden und Heldinnen erleiden körperliche Qualen und Verletzungen (vgl. Tasker, zit.n. Rieser

2002: 325). Rieser weist außerdem auf die Körperdarstellungen von Frauen im Actionfilm hin. Die Codierungen der körperlichen Weiblichkeit fehlen aber (vgl. Rieser 2002: 328).

Wie sieht es nun mit der Gewalttätigkeit von Frauen im Kino aus? Gerade in den Quentin-Tarantino-Filmen sind brutale und tätliche Handlungen von Frauen keine Seltenheit. Kathrin Friedrich hat sich mit der Darstellung von gewalttätigen Frauen im Film beschäftigt. Dabei hat sie festgestellt, dass filmische Gewalt zwar immer noch in erster Linie mit den männlichen Figuren verbunden wird, es aber vor allem seit den 1980er Jahren vermehrt zu filmischen Gewaltdarstellungen von Frauen gekommen ist. Die weiblichen Charaktere weisen männlich codierte Eigenschaften und Fähigkeiten auf; sie sind nicht mehr als die passive Frau erkennbar, bzw. haben diese Rolle abgelegt und/oder angepasst (vgl. Friedrich 2008: 71-74). Die ursprüngliche normative Vorstellung von weiblichen Filmfiguren hat sich stark verändert und ausdifferenziert.

Doing Gender im Film

Was die Konstruktion von Geschlechtern im Film angeht gibt es noch einen weiteren Zugang. In *Das Unbehagen der Geschlechter* weist Judith Butler darauf hin, dass Geschlechtsidentität durch sich wiederholende Handlungen und Gesten und durch performative Akte entsteht. Dies trifft nicht nur auf das soziale Geschlecht (gender) zu, sondern ebenso auf das biologische Geschlecht (sex). Der menschliche Körper wird stets mit historischen und kulturellen Gestiken, Handlungen und Symbolisierungen verbunden und somit entweder als weiblich oder männlich wahrgenommen und ist resultierend daraus ebenfalls konstruiert (vgl. Butler 2003: 200f.).

Die Männer- und Frauenfiguren in Filmen werden mitunter durch die Gender-Performances der SchauspielerInnen produziert. Mit ihrer Darstellung erfolgt eine Repräsentation der Geschlechter, die (abhängig von der Herkunft etc.) oftmals klischeebelastet ist und folglich gewissen Narrativen entspricht (vgl. Butler, zit.n. Oltmann 2008: 38-41). Diese Gender-Performance ist im Gegensatz zu der zwanghaften und willkürlichen Gender-Performativität

eine absichtliche, theatralische Wiederholung einer Norm. Somit zeigen Filme die Entwicklung des Gendering (doing gender) auf (vgl. Butler, zit.n. Oltmann 2008: 104-111).

Dieser Meinung ist auch Susanne Weingarten. In ihrem Werk *Bodies of Evidence*, welches sich mit der Geschlechterrepräsentation von Hollywoodstars beschäftigt, schreibt sie, dass die SchauspielerInnen Geschlechtskonzepte aus der hegemonialen Geschlechterordnung wiedergeben. Dabei stellt sie allerdings fest, dass diese Darstellungen variieren können. Diese abwechslungsreiche Palette an Darstellungsmöglichkeiten erklärt Weingarten damit, dass Hollywood auf diese Weise ein möglichst breites Angebot von Geschlechtskonzepten bieten möchte. Über die Reproduzierung dieser Geschlechtervorstellungen durch die Schauspieler kommt es zu einer Legitimation, einer Naturalisierung derselben (vgl. Weingarten 2004: 8ff.).

Wie konstruiert Tarantino seine weiblichen Helden?

Tarantino geht in seinen Filmen nach dem bekannten Schema vor, dass er seine Frauenfiguren in die Opferrolle drängt. Schuld an dieser Position sind dabei meist die männlichen Charaktere. Doch Tarantinos spezifische Konstruktionen von Frauencharakteren bleiben nicht in der passiven Position; sie setzen sich zur Wehr, lehnen sich gegen ihre männlichen Feinde auf und rächen sich auf durchwegs martialische Art. Die Männer, die sie zu Opfern gemacht haben, müssen dafür büßen. Jedoch bleibt hier offen, ob nach Tarantinos Vorstellung Frauen nur dann diese aktiven Positionen einnehmen können, wenn ihnen von den Männern keine andere Wahl gelassen wird. Trotz dieses Fragezeichens sind Tarantinos Frauenfiguren unbestreitbar handlungsmächtig und wehrhaft und weisen somit männlich codierte Eigenschaften auf. Sie übernehmen den Verlauf der filmischen Handlung und kämpfen, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Tarantinos weiblichen Helden sind zwar in der Lage geradezu übermenschliche Kräfte zu mobilisieren, gleichzeitig entwirft er hier jedoch ambivalente Frauenfiguren, welche auch mit Schwächen, Fehlern etc. ausgestattet sind. Sie bewegen sich also ständig zwischen Macht und Ohnmacht. Tarantino verzichtet in seinen Filmen nicht auf das Einsetzen von bekannten

Klischees, wie z.B. die sexy Krankenschwester, das frühreife Schulmädchen im kurzen Rock, oder die naive aber hübsche Cheerleaderin. Tatsächlich sind alle Frauenrollen sehr attraktiv besetzt und geraten somit auch mehrmals in die Rolle von Anschauungsobjekten. Doch derlei Bilder werden schnell zerstört, bspw. trägt die Krankenschwester eine weiße Augenklappe mit einem roten Kreuz. Tarantino löst also das Fetischbild mithilfe von Parodie auf.

Die ‚neuen‘ Frauenfiguren die Tarantino und andere RegisseurInnen uns präsentieren, zeigen, dass alte filmische Normative, die Frauen zu passiven Objekten degradiert haben, heute nicht mehr ausschließlich gültig sind. Die Geschlechterpräsentation Hollywoods befindet sich im Wandel, da die Filmindustrie zwar in erster Linie die Geschlechtskonzepte der hegemonialen Geschlechterordnung widerspiegelt, es jedoch unterschiedliche Auslegungen innerhalb der stereotypischen Parameter gibt. So kann Hollywood sichergehen, ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Die Dekonstruktion von Geschlechtervorstellungen, die Tarantino in seinen Filmen vornimmt, bietet uns die Möglichkeit zu erkennen, wie Kategorien und Erwartungshaltungen von Männlichkeit und Weiblichkeit sozial und kulturell entstehen und geprägt werden. Wenn diese Konstruktionen sichtbar gemacht werden, führt dies im besten Fall zu einer Sensibilisierung der Thematik und im Anschluss daran zu einer verstärkten Kritikfähigkeit von Medienbildern und Geschlechtervorstellungen.

Corinna Köhldorfer hat Politikwissenschaft studiert und arbeitet als Redakteurin bei Infoscreen.

Braidt, Andrea B./Gabriele Jutz (2002): *Theoretische Ansätze und Entwicklungen in der feministischen Filmtheorie*. In: Johanna Dorer/Brigitte Geiger (Hg.): *Feministische Kommunikations- und Medienwissenschaft. Ansätze, Befunde und Perspektiven der aktuellen Entwicklung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 292-306.

Braidt, Andrea B. (2008): *Film-Genus. Gender und Genre in der Filmwahrnehmung*. Marburg: Schüren.

Butler, Judith (2003): *Das Unbehagen der Geschlechter*. 1. Auflage der Sonderedition, Frankf.a.M.: Suhrkamp.

Friedrich, Kathrin (2008): *Film. Killing. Gender. Weiblichkeit und Gewalt im zeitgenössischen Hollywoodfilm*. Marburg: Tectum.

Hipfl, Brigitte (2002): *Cultural Studies und feministische Filmwissenschaft*. In: Johanna Dorer/Brigitte Geiger (Hg.): *Feministische Kommunikations- und Medienwissenschaft. Ansätze, Befunde und Perspektiven der aktuellen Entwicklung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 192-215.

Oltmann, Katrin (2008): *Remake/Premake. Hollywoods romantische Komödien und ihre Gender-Diskurse, 1930-1960*. Bielefeld: transcript.

Rieser, Susanne (2002): *Geschlecht als Special Effekt*. In: Johanna Dorer/Brigitte Geiger (Hg.): *Feministische Kommunikations- und Medienwissenschaft. Ansätze, Befunde und Perspektiven der aktuellen Entwicklung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 320-334.

Weingarten, Susanne (2004): *Bodies of Evidence. Geschlechterpräsentationen von Hollywood-Stars*. Marburg: Schüren.

NATIONALSEXUALITÄT, PRIMETIME DER GEMÜTLICHKEIT UND ANGRY WHITE MEN

Affekte und Diskurse mit Andreas Gabalier

Stefan Schweigler

Ist der Gegenstand einer Auseinandersetzung einem sehr engen Politikbegriff angehörig, so gibt es auf argumentativer Ebene meist Mittel und Wege um die politische Relevanz eines Aspektes dieses Gegenstands zu belegen. Insistiert beispielsweise jemand darauf, dass die weltweite Fleisch- und Futtermittelindustrie keine Auswirkungen auf den Klimawandel habe, dann lassen sich durch empirische Beobachtungen faktische Argumente vorlegen, welche gegenüber der depolitisierenden These rhetorisch im Vorteil sind. Aber wir wissen, gegen Prozeduren der Depolitisierung im Bereich der Mikropolitik anzureden, ist dagegen viel schwieriger.

So sehen sich etwa die Bemühung um gegenderte Sprache in repräsentativen Texten in Österreich nach wie vor einem weitreichenden Willen zum Unverständnis konfrontiert. Dass „Sprache wie kein anderes Medium Bewusstsein prägt“ (Initiativantrag Änderung Bundeshymne) ist die Formulierung einer Zusammenhangsbehauptung von freilich hohem Abstraktionsniveau, darauf abzielend eine wichtige Verbindung eben von Abstrakta wie bspw. realpolitischen, geschlechterspezifischen Einkommensunterschieden und mikropolitischen Aufmerksamkeits- und Verhaltensstrukturen vorstellbar zu machen. Neben einer erbosten Skandalisierung, ist die gängigere Gegenargumentation eine auf ihre eigene Nüchternheit beharrende Depolitisierung jener mikropolitischen Strukturen. Die Verweigerung von gendersensibler Sprache geht in letzterem Stil bekanntermaßen mit jenen gönnerhaften Beschwichtigungen einher, die eine Verbindung zwischen Makro- und Mikroebene für rein esoterisch, genauer, die angesprochene Mikroebene für gänzlich apolitisch

erklären. Sprache habe keinerlei Effekte auf z.B. Einkommensverhältnisse; die Kirche solle im Dorf gelassen werden.

Zum Anwalt all jener, die sich solchen und anderen damit verwandten Naturalisierungen verpflichtet fühlen, hat sich jüngst der Schlagersänger Andreas Gabalier etabliert – ob freiwillig oder unfreiwillig sei dahingestellt. Ein ganzes Arsenal an Affekten und Diskursen wurde prompt besonders figürlich, als er bei seinem Auftritt beim Formel-1-Grand-Prix in Spielberg die österreichische Bundeshymne nicht in ihrer rechtskräftigen Aktualisierung interpretierte, sondern mit einer Heimat großer Söhne Vorliebe nahm. Damit hat er sich nicht nur einer großen Gruppe von verstimmtten FeindInnen der Genderisierung, sondern auch der FPÖ und ihrem Spitzenkandidaten direkt ins Herz gesungen. Hitzige Streitgespräche brachen aus, formateübergreifend – eines jener kontroversiellen Medienereignisse, das zu einer temporären Hochkonjunktur von Stammtisch-förmigen Gebrauchsstrukturen sozialer Netzwerke führt. Wenn Facebook-UserInnen mit Outings im Bekanntenkreis überrumpelt werden, die sie tatsächlich überraschen: etwa von Arbeitskollegin ABC oder Cousin XYZ verlautbarte Bekenntnisse im Bereich der Startmeldungen á la ‚Recht hat er, der Gabalier‘. Die VerteidigerInnen der Unschuld von Gabalier, der Unschuld seines Fantums (aber auch ganz allgemein der Unschuld nicht-genderisierter Sprache) argumentieren zumeist nach dem oben angesprochenen Prinzip der Depolitisierung, bemüht auf ihren eigenen coolen Blick hinweisend, der Opposition einen Manierismus oder sogar einen Wahn unterstellend, ganz mit dem Gestus einer scheinbar

unemotionalen Stimme der Vernunft. Eine Profil-Journalistin wöhnt beispielsweise neuerdings die Verirrung des Feminismus in einer „Sackgasse“ und endet mit: „Das ist, bei allem Respekt, schon ein bisschen verrückt“ (Schwaiger, 26.07.2014). Wieder diese Verquickung von Affekten bei gleichzeitiger kühler Drosselung des Tonfalls. Wieder dieses Insistieren auf die eigene Sachlichkeit bei gleichzeitiger Demarkierung der Opposition im Bereich der intellektuellen Sackgasse und Verrücktheit. In einem anderen Online-Kommentar taucht eine ähnliche Rhetorik auf. Dort heißt es, „[w]er im ‚normalen‘ deutschen Plural nur Männer hört, [...] hat ein ernstes Problem. [...] Die ‚neue Sprachordnung‘ ist ein Produkt der Hysterie [...]“ (Ernstchen, 12.09.2014). Von Michel Foucault wissen wir, dass die Geschichte des Wahnsinns – knapp gesagt – immer auch eine Geschichte der Aushandlung von Machtstrukturen war (vgl. Foucault 2005). Wer zwischen sich und seinen KonfliktpartnerInnen die Grenze zwischen Vernunft und Wahn zieht, sollte unter Verdacht stehen, nicht dialogfähig zu sein. Um eine doppelt verschränkte gender-Problematik sichtbar zu machen, wäre es möglich, diesen abwertenden Gestus als Gestus des aufgeklärten, modernen Subjekts zu problematisieren, das sich immer selbst mit den Ideen von männlichen Tugenden in Verbindung stehend imaginiert – ganz der ‚Kultur der Objektivität‘ (vgl. Daston/Galison 1992) verpflichtet. Ist z.B. nicht der Hysteriebegriff in sich ein Geschöpf der modernen wissenschaftlich operierenden Misogynie und folglich besonders auffällig mit dem Thema verflochten? Aber der seltsam hin- und herschwappende öffentliche Diskurs zu gendersensibler Sprache ist nicht der einzige Wackelpudding, den Gabalier angeschubst hat.

Verschränkung von verklärtem Heimatkonzept und männlichem Eros

Der sich selbst Volks-Rock'n'Roller nennende Muskelmann entzündete gleich mehrere emotional aufgeladene Grundsatzdiskussionen und wurde desgleichen zu deren Matrix, da sich an seinen Performances nicht nur die Genderisierungsfrage sehr markant kristallisiert, sondern ebenso markant – und in diesem Sinne ist Gabalier auffällig multidiskursiv – auch spezifische Tradierungen

von Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildern und deren Verhältnis zueinander; auch Nationalismus-Diskurse und das Imago einer international alpenländischen, homogen deutschsprachigen Kulturgemeinde und damit verbunden visuelle Identitätspolitik etwa durch ‚erfundene Traditionen‘ (Hobsbawm/Ranger) wie uniformelle alpine Trachten; auch musikalische Geschmacks-, Originalitäts- und Qualitätsfragen; selbst Fragen der musikologischen Legitimität der Aneignung des Rock'n'Roll-Begriffs.

Die Volks-Rock'n'Roll-Show

Die TAZ veröffentlichte nach dem Hymnenskandal einen der ersten Online-Artikel zum Gabalier-Ceuvre, den ein diskursanalytisches Anliegen vorantrieb. Dieser Text streut den Blick vor allem auf die intertextuellen Referenzen von Liedtext oder CD-Cover auf überlebte Werte einer Blut-und-Boden-Weltanschauung (vgl. Brandstetter/Manhartseder, 04.07.2014): Männerkameradschaften und Eroberungen von Madln; lyrische Verweise auf eine freundschaftliche Verbundenheit zwischen den Achsenmächten; athletische Körperhaltung in Hakenkreuzform und Leni-Riefenstahl-Schwarz-Weiß-Optik. Alle Songs wollen mentalitätsgeschichtlich liederlich an das Heile-Welt-Ambiente von Heimatfilmen anknüpfen, kaum einer kommt dabei ohne sexuelle Anzüglichkeiten aus. Diese Verschränkung der in Gabaliers Programm möglichen Affirmationsangebote zwischen verklärtem Heimatkonzept einerseits und männlichem Eros andererseits problematisiert die TAZ mit dem Adjektiv ‚nationalsexuell‘. Unter Gesichtspunkten der Affect Studies eröffnet dies schließlich besonders interessante Möglichkeiten, da die Annahme einer ‚Nationalsexualität‘ dazu einlädt, die verhandelten Nationalismen und Sexismen im Fantum rund um Gabalier über ihre Stimmungs-, Orientierungs- und Begehrensstrukturen zu betrachten und zu verstehen.

Im August ging das Gabalier-Phänomen in eine neue Runde. Eurovision strahlte als Koproduktion von SRF, ORF2 und dem Ersten die Volks-Rock'n'Roll-Show mit Andreas Gabalier aus; eine Musikshow, durch die Gabalier führt, dabei immer wieder zwischendurch selbst Nummern performt, moderiert und auch mit den geladenen Gästen im Duett singt. Bei einigen Nummern wird er von Tänzerinnen umschwärmt. Diese tragen entweder Bikinis

und halten einander am Po fest oder stecken in frivolen Interpretationen von Dirndl und pusten ihm Küsse zu. Ein Artikel im Spiegel Online bewertet die Show im Anschluss recht locker-süffisant und verweist unter Bezugnahme auf die Theorien der TAZ eher beigestellt; ein reaktionärer Beifang sei natürlich nicht auszuschließen (vgl. Frank, 31.08.2014). Es lässt sich allerdings durchwegs einen Schritt weitergehen und das Management hinter Gabalier dahingehend befragen, weshalb Ähnlichkeiten zu Hakenkreuzsymbolik, Soldatenkabarett-Erotik und Großdeutschen Visionen immer wieder durchgewunken werden. Die Homepage zur Sendung bewirbt den Abend übrigens mit dem Slogan: ‚Deutschland, Österreich und die Schweiz vereint.‘

Die doch sehr spezifische Verschränkung von technophiler Bühne mit Lichtshow, Rockbands, sowie aufreizend intonierten Körperinszenierungen auf der einen Seite und vorindustriell alpiner Nostalgieseligkeit auf der anderen, lässt sich als aktuelle Variation und Steigerungsform dessen erkennen, was durch die Schlagersendung eine fernsehhistorische Nische seit der ‚Verschlagerung der Volksmusik‘ (vgl. Medivil 2009:219) in den Siebzigern bildet. Für die eher ältere Zielgruppe von ORF2 lockt das Format dabei wie eine seltene Chance auf Juvenalisierung bei gleichzeitiger Einbettung in vertraute Werte. Zusätzlich werden einer neuen, jüngeren Zielgruppe die hippen Seiten der Welt der Schlagervolksmusik (parallel zur Helene-Fischer-Welle und zum Erfolg deutschsprachiger Schlager-Remixes in Diskotheken) jetzt auch televisuell offeriert. Festzuhalten ist dabei, dass die deutschsprachige Schlagervolksmusik nicht erst neuerdings in den Diskursen von Nationalität/Patriotismus und Sexualität/Heteronormativität Aufmerksamkeit erfährt. Sie stellte vielmehr von Beginn an ein ambivalent rezipiertes Feld dar, das insbesondere durch seine Verankerung im audiovisuellen Medium Fernsehen als multimodale identitätspolitische Aushandlungszone wahrgenommen wurde – sei es durch das Erbe von Theodor W. Adornos genereller Annahme, dass der Schlager ein gefährliches unkritisches Bewusstsein in Bezug auf Politik, also den Nährboden für eine Tendenz ausweite; sei es Anfang der Achtziger durch kulturwissenschaftliche Analysen bspw. von Elmar Kraushaar, der in einer Art Frühform der Gender- und Queer Studies die Schlager danach befragte, welche gesellschaftlichen Wünsche oder auch Geschlechterverhältnisse sie offenbarten (vgl. ebd.: 210ff.).

Zwischen Light-Affekten und Angry White Men

In sich strukturalisiert wird diese Aushandlungszone dabei durch die Regulative der Wahrnehmungsanordnung einer bestimmten Form von sensorischer Zerstreuung. Diese bestimmte Form klammert gar zu hektische oder aufwühlende Aspekte der Zerstreuung aus, und projiziert nur positiv begriffene Ideen von Stimmungszuständen wie Wohlbehagen und Bequemlichkeit. Ironisierende Bezeichnungen für diese Spezifik solcher Schlager-Programme wie „Prime-Time der Gemütlichkeit“ (Berthoud 1992) aber auch tatsächliche Titel wie Musikantenstadel verweisen darauf, dass solche Medienformate sich bereits strukturell um ein televisuelles Versprechen bemühen: Light-Affekte. Hartmut Winkler spricht in Bezug auf ausgedehnte Fernsehangebote vom „ozeanischen Gefühl“; „Ich habe mich milde geirrt, milde amüsiert und milde gelangweilt“ (Winkler 2006: 93f.). Der in der Schlagersendung institutionalisierte Gemütlichkeitsradikalismus ist dabei aber auf nur positive Affekte konzentriert und kommt im Wesentlichen ohne Konflikthaftigkeit aus. Im Zustand des Behagens steht ein Fernsehpublikum wahrscheinlich am wenigsten zu etwas in Opposition. In dieser Tradition der Schlagermusik-Fernsehsendung wähnt auch die TAZ Gabaliers „Berg-Alm-Wiesen-Buabn-Dirndl-Seligkeit“ (Brandstetter/Manhartseder, 04.07.2014), in der das beschriebene Problemfeld einer ‚Nationalsexualität‘ sich situieren, und normative Gesellschaftsvorstellungen kultivieren kann, ohne dabei auf Feindbilder verweisen zu müssen. Der Kult um Gabalier agiert also nach einem politischen Verhaltensprinzip sicherer Bank: Was ohne negative Affekte auskommt, was mit der Mimik der Gemütlichkeit auftritt, kann ein Image aufrechterhalten, welches ein Schutzschild gegen die Unterstellung von Ressentiments zu haben scheint.

Dass aber die nur sanften Affekte in der Welt um Gabalier oder im oben beschriebenen Tadel einer Journalistin am Gendermainstreaming durchaus auf einen wilderen Untergrund starker Affekte verweisen, offenbart sich zur Zeit im medialen Phänomen der ‚Angry White Men‘ besonders drastisch. Gemeint ist ein meist männlicher, weißer, rechtsintellektuell (zumindest) anmutender Online-Journalismus, der gegen gendersensible Sprache, gegen Anliegen

von Regenbogenfamilien wie Stiefkindadoption, aber auch gegen viele andere die heteronormative Weltordnung bedrohende Wahrnehmungen zu Felde zieht (Schildmann/Messmer, 12.09.2014). Die teils erstaunlich wissenschaftlich referenzialisierenden Artikel empören sich so zum Beispiel über Themen, die von Gastvorträgen von Judith Butler, über politische Korrektheit bis hin zu jenem erwähnten Beitrag in der TAZ reichen. Letzterem widmet sich ein Artikel auf der Seite Freitag (Kaltenleithner, 09.07.2014). Auch die Bildpolitik ist gleich eine andere: Bildet z.B. der Spiegel einen leicht frivol mit kaum bekleideten Damenbeinen interagierenden Spaßvogel ab, so bevorzugt Freitag eine ambitioniert gephotoshopte Darstellung von heroisch posierendem Musiker in malerischem Alpenpanorama. Der nachfolgende Text kann nun exemplarisch für jene zweite Art der Depolitisierung stehen: die depolitisierte Wutrede, die völlige Bagatellisierung von Wahrnehmungen mikropolitischen Relevanz gemeinsam mit – und hierin besteht der Unterschied – einem fühlbar erzürnten Gestus, der dabei sprachlich kompetent mit besonderen Fertigkeiten droht. Er droht damit, dass er nicht nur in der Lage ist, das angesprochene mikropolitische Problem zu depolitisieren, sondern zugleich mit der Behauptung eines ganz neuen Problems zum Gegenschlag auszuholen: Es geht um den Angriff auf strukturelle Eigenschaften der Theorien von „Kulturmarxisten“ (ebd.). Dieses Ausweichmanöver besteht dann meist darin, der Opposition eine totalitäre Tendenz anzukreiden. Gabalier sei eine Figur der Toleranz, während der Gendermainstream sich nur darüber definiere Sprachregelungen zu verpflichten und sogar eine antidemokratische Haltung einzuüben.

Wir wissen, gegen solche Prozeduren der Depolitisierung im Bereich der Mikropolitik anzureden, ist sehr schwierig. Aber gerade dass es so schwierig erscheint, beispielsweise dem Konservatismus von Angry White Men und ihrem Einfluss auf Politik etwas zu erwidern, verweist auf die Dringlichkeit eine grundsätzliche Aufmerksamkeit auf mikropolitische Phänomene verstärkt zu bemühen.

Stefan Schweigler studiert Theater-, Film- und Medientheorie und arbeitet als Studienassistent an der Universität Wien.

Berthoud, Martin (1992): *Die Prime-time der Gemütlichkeit. Volkstümliche Programmtrends bei ARD, ZDF, RTL plus und SAT 1*. In: *Medium. Zeitschrift für Hörfunk, Fernsehen, Film, Presse* 22, 18-24.

Brandstetter, Markus/Sandra Manhartseder (04.07.2014): „Volks-Rock-’n’-Roller“ Andreas Gabalier. *Hits mit Blut und Boden*. <http://www.taz.de/!141687/>, (Zugriff: 15.10.2014).

Daston, Lorraine/Peter Galison (1992): *The Image of Objectivity*. In: *Representations* 40, 81-128.

Ernstchen (12.09.2014): *Angry White Men?* <https://www.freitag.de/autoren/ernstchen/angry-white-men>, (Zugriff: 15.10.2014).

Foucault, Michel (2005): *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft*. 16. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Frank, Arno (31.08.2014): *Austropop-Phänomen Gabalier: Popowackeln mit nationalem Auftrag*. <http://www.spiegel.de/kultur/musik/andreas-gabalier-show-in-der-ard-mit-status-quo-und-scorpions-a-989075.html>, (Zugriff: 15.10.2014).

Hobsbawm, Eric/Terence O. Ranger (1992): *The Invention of Tradition*. Cambridge: Univ.-Verlag.

Kaltenleithner, Johann (09.07.2014): *Wie der Kulturmarxismus die Volkskultur ins Visier nimmt und wie Liberale darauf reagieren sollten*. <http://www.freitag.de/2014/07/wie-der-kulturmarxismus-die-volkskultur.html>, (Zugriff: 15.10.2014).

Medivil, Julio (2008): *Ein musikalisches Stück Heimat. Ethnologische Beobachtungen zum deutschen Schlager*. Bielefeld: transkript.

Schildmann, Christina/Anna-Katharina Messmer (12.09.2014): *Vom Zorn abgehängter Männer*. <http://www.zeit.de/2014/38/online-kommentare-digitale-oeffentlichkeit>, (Zugriff: 14.10.2014).

Schwaiger, Rosemarie (26.07.2014): *Binnenweisheit. Der Feminismus agiert wie die Beamten-gewerkschaft*. <http://www.profil.at/articles/1430/980/377007/binnen-i-rosemarie-schwaiger-binnenweisheit>, (Zugriff: 15.10.2014).

Winkler, Hartmut (2006): *Nicht handeln. Versuch einer Wiederaufwertung des couch potato angesichts der Provokation des interaktiv Digitalen*. In: Oliver Fahle/Lorenz Engell (Hg.): *Philosophie des Fernsehens*. München: Fink, 93-101.

NETFLIX NUDE

oder: „First read your Marx – then watch your Porn!“ (1)

Viktoria* Drexler

Die Pornoindustrie steckt in der Krise. Dies wird immer deutlicher. Wo Porno sonst bei technischen Innovationen, Medien und Technologie immer ganz vorn dabei war, wenn nicht sogar innovationstreibend, ist die Pornoindustrie heute kaum mehr in der Lage bei diesen medialen Entwicklungen mitzuhalten, wenn sie für ihre Inhalte Geld verlangen möchte.

Es ist kaum mehr möglich Pornographie so anzubieten, dass die Nutzer_innen dazu bereit sind für jene Produkte zu bezahlen. Oft fehlt das Bewusstsein dafür, dass es sich bei Sexarbeit um tatsächliche Arbeit handelt und die Pornoindustrie eine Industrie mit vielen Beteiligten ist.

Heutzutage scheint es vielmehr so, dass Porno für viele ganz selbstverständlich etwas ist, das gratis und immer verfügbar zu sein hat. Dies wird gerade durch die Monopolisierung diverser Tube-Portale vorangetrieben (wie zum Beispiel PornHub, YouPorn, RedPorn, um nur einige zu nennen, die unter dem Monopol MindGeek, vormals Manwin versammelt sind). Das Unternehmen MindGeek macht seinen Nutzer_innen Inhalte zugänglich, welche von Amateur_innen kostenlos bereitgestellt werden. Bei diesem Videomaterial handelt es sich jedoch oft um Raubkopien von Pornofilmen oder kurzen Ausschnitten aus diesen, für die die tatsächlichen Produzent_innen und Darsteller_innen letztlich kein Geld erhalten. Pornofilmemacher_innen und Produktionsfirmen abseits dieses immer größer werdenden Monopols gehen dadurch leer aus. Diese Portale andererseits finanzieren sich über Werbung bzw. über das An teasern ihrer eigenen kostenpflichtigen Inhalte. Daneben finden sich noch zahlreiche Torrent-Webseiten (Piratebay, KickAssTorrent.com u.v.m.), auf denen es ebenfalls möglich ist, Pornos en masse herunterzuladen. Die illegale Anschaffung von medialen Produkten über das Internet ist ein Problem das nicht nur die Porno- sondern auch die Film-/Fernsehindustrie betrifft. Auch Produzent_innen

nicht-pornografischer Medieninhalte war es die letzten Jahre ein großes Anliegen, Nutzer_innen wieder dazu zu bringen, für ihren medialen Konsum zu bezahlen.

Um der Piraterie im Internet entgegenzuwirken, verfestigt sich langsam eine erfolgversprechende Strategie. Durch diverse MediaCenter (smartTVs, Sony Playstation, Xbox, Roku, AppleTV u.a.) und deren zugehörige Softwares (wie bspw. Netflix, Hulu, AmazonPrime) ist es nun wieder möglich Nutzer_innen zu zahlenden Kund_innen zu machen. Netflix ist hier wohl eines der führenden On-Demand-Video Unternehmen. Bei Netflix ist auch der Übergang von DVD zu Online-Video-Streaming beobachtbar. Begonnen hat das Unternehmen in den USA als ein nationaler DVD-Verleih über den Postweg. Diesen DVD-Verleih betreibt Netflix auf nationaler Ebene zwar weiterhin, jedoch fokussiert das Unternehmen mittlerweile auf sein Streaming-Angebot, das nun in mehr als 40 Ländern weltweit verfügbar ist, seit Sommer 2014 auch in Österreich. Netflix bietet den Nutzer_innen eine Vielzahl an Filmen und Serien mit der ‚Freiheit‘ diese jederzeit und auf den unterschiedlichsten Endgeräten empfangen zu können. Thriller, Horror-, Familien-, Liebes- und noch zig andere Genres sind auf Netflix vertreten. Spannend also die Frage danach, was es nicht zu sehen gibt – genau: Die User_in sucht vergeblich nach Porno.

Gibt es wirklich keinen Porno auf Netflix?

Eine kurze online Recherche bestätigt, dass es keinen gibt. Stattdessen finden sich eine Menge an Hilfe-Tools, die Nutzer_innen bei der Suche nach expliziten Inhalten auf Netflix unterstützen: Auf Blogs werden Listen zu Themen

wie ‚Hardcore porn on Netflix Streaming: the top 25‘ erstellt. Auf diesen finden sich Filme wie *9 ½ Weeks* (A. Lyne, 1986), *Antichrist* (L.v. Trier, 2009) oder *9 Songs* (M. Winterbottom, 2004). Noch viel praktikabler erweist sich die seit 2012 geführte Online-Datenbank Bateflix.com mit dem Untertitel: ‚Find the Porn on Netflix‘. Hier findet die User_in alle möglichen Filme, die in einfallsreiche Kategorien wie mutual masturbation, topless pregnant woman, bathroom, breast milk u.v.m. eingeteilt sind. Durch das gezielte Suchen der Bateflix-Macher_innen nach Porno wo keiner ist, entsteht eine überraschende Ansammlung an A-rated Filmen. Die Kategorie ‚sex in car‘ verweist beispielsweise auf *Titanic* (J. Cameron, 1997), während ‚cum in mouth‘ zu *Die Klavierspielerin* (M. Haneke, 2001) verlinkt. Das Praktische an Bateflix: Die User_in muss die besagte Szene nicht suchen, ein Klick auf den Playbutton und im Netflix-Player startet der Film an genau der richtigen Stelle. Damit wird es möglich individuelle Netflix-Nude-Collagen mit diversen Themenschwerpunkten zu erstellen und auf die Story der Filme ganz zu verzichten. Sexszenen bzw. sexualisierte Körper finden sich auch in A-Rated Movies und Serien, die von Netflix vertrieben werden. Nur Porno gibt es keinen.

Protect the Children!

Aber wieso eigentlich nicht? Kann das Fehlen von Porno mit Gründen des Jugendschutzes zusammenhängen? Um dieser Frage weiter nachzugehen, gilt es sich eine weitere Funktionsweise von Netflix anzusehen. Oft teilen sich mehrere Nutzer_innen einen Account, nutzen ein und dasselbe Profil oder erstellen unterschiedliche Profile. Jetzt könnte mensch denken, dass es vielleicht die Möglichkeit gäbe die unterschiedlichen Profile durch so etwas wie einen PIN-Code zu sichern, damit ein Profil nur für eine bestimmte Person zugänglich wird. Aber nein, diese Möglichkeit gibt es nur in Deutschland. Zwar können die einzelnen Profile zum Beispiel mit einer FSK-12-Einstellung versehen werden, wo dann ausschließlich Filme für diese Altersgruppe angezeigt werden, doch verhindert das nicht, dass jene Person, für die dieses Profil angelegt worden ist, sich in ein Netflix-Profil von einer Person ohne FSK-Beschränkung einloggt. Dieses Thema ist auch Teil der im US-amerikanischen Raum intensiv geführten Debatte um

neue Technologien und Parental Control. Ebenso aktuell und damit vergleichbar ist die Diskussion um Netflix und den fehlenden Schutz von Privatsphäre und den Wunsch nach einem ‚Private Viewing Mode‘. Schließlich ist es für alle Nutzer_innen des geteilten Accounts, bzw. für deren Facebook-Freund_innen, sofern der Modus aktiviert ist, immer möglich die Sehgewohnheiten der anderen zu verfolgen. Mit der Ausdehnung des von Netflix Deutschland angewandten PIN-Code-Systems würde sich sowohl die Debatte um Parental Control als auch die um Privatsphäre lösen lassen und damit wäre es dann doch eigentlich auch möglich Porno über Netflix zugänglich zu machen – oder? Letztlich widerspricht das Fehlen von Porno auch grundsätzlich der Programmbildungsstrategie von Netflix, die sich angeblich an den Top-Hits illegaler Downloadseiten orientiert. Porno ist in diesen Kreisen immer ganz vorn dabei. Netflix hat den Porno also bewusst vergessen.

Alternativen?

Ja, es gibt sie, die On-Deman-Streaming-Videoportale explizit für Porno. Skweezme.com, dem Mainstream-Porno gewidmet, und PinkLabel.tv, ein queer_feministisches Portal, sind Beispiele für Unternehmen, welche versuchen, Porno über ein ähnliches Konzept wie Netflix anzubieten. Nun sind diese Alternativen im Verhältnis zu Netflix nicht nur sehr teuer, sondern auch technisch hindernisbehaftet: Weder über Sony Playstation, AppleTV oder Xbox ist es möglich diese Kanäle zu installieren. Es gibt einfach keine Software. Alleine das MediaCenter Roku, in den USA viel genutzt, hier kaum bekannt, bietet die Möglichkeit Skweezme oder PinkLabel zu installieren. Jedoch ist das auch nicht so einfach: Die Apps werden weder beworben, noch werden sie über den offiziellen Roku-Channel Store zum Download angeboten. Jene Channels werden als private oder hidden Channels bezeichnet und können ausschließlich über einen Code dem Roku-MediaCenter hinzugefügt werden. Dadurch wird deutlich, dass dem Publikum, das für Porno bezahlen will, dies erheblich erschwert wird. Waren VHS und DVD einmal jene Speichermedien, die die Pornoindustrie lukrativ gemacht haben, sind sie es schon lange nicht mehr. Kaum eine Produktionsfirma produziert noch DVDs, geschweige denn Videokassetten. Standen Pornos früher in Videotheken – verborgen hinter

einem Vorhang oder um die letzte Ecke ganz hinten im Laden – aber immerhin in Mitten aller anderen Filme, als Teil des Programms sozusagen, ausleihbar mit der immer gleichen Videothekskarte und zum selben Preis, ist es aktuell sehr umständlich für Porno zu bezahlen. Daher ist naheliegend, dass viele Nutzer_innen auf die Masse an gratis bereitgestelltem Material im Internet zurückgreifen, sich mit schlechten Kopien, Fragmenten und Amateur_innenproduktionen weiterhin zufrieden geben.

A Dying Medium?

Porno hat den Aufsprung nicht geschafft, weil ihn niemand aufspringen lässt. Die Pornofilmindustrie hat noch keinen neuen Weg gefunden ihre Arbeit wieder als das zu vermitteln, was sie ist – nämlich Arbeit, an der immer noch viele Menschen beteiligt sind, die sich damit ihr Leben finanzieren, wenn auch unter sehr schwierigen Bedingungen, nicht nur finanziell.

Dieses Bewusstsein zu vermitteln ist auch ein Anliegen der US-amerikanische Performer_in und Aktivist_in Maggie Mayhem (missmaggiemayhem.com). Im Rahmen ihrer Arbeit *THE STATIONS OF THE PORNOGRAPHIC CROSS* auf der Arse Elektronika 2014 in San Francisco, liest Ms. Mayhem gemeinsam mit dem Publikum aus von ihr verfassten Gebetsheftchen, welche die 14 Kreuzwegstationen der Pornographie nachzeichnen. Im Zentrum stehen dabei die Rechte und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen. Die Stationen behandeln Themen wie Sexarbeit im Zusammenhang mit Regierung, Ökonomie, Gesundheit, Stigmatisierung, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Bezahlung, Feminismus, Solidarität. Besonders deutlich werden in ihrer Performance die aktuellen Probleme der Sexarbeiter_innen speziell innerhalb der Pornoindustrie und den neuen Medien.

An dieser Stelle also ein Gebet an den Porno aus der besagten Performance:

„May all workers be paid for their time and labor without being punished for theft or free distribution of their work. May we strive to remember that all performers are workers with inherent rights and dignity.“

Mayhem wählt die Form einer Passionsgeschichte um von den Entwicklungen der Pornoindustrie zu erzählen, da sie letztlich zu dem Schluss kommt, dass Porno ‚sterben‘ wird, bevor er ‚wiederauferstehen‘ kann. Den ‚Tod des Porno‘ sieht sie in seiner zunehmenden Illegalisierung, Tabuisierung und der Verunmöglichung der Verbreitung von pornografischem Material im Internet und in Sozialen Netzwerken. An seine Wiederauferstehung glaubt sie, doch braucht er einen neuen Ort, ein neues Medium.

Viktoria Drexler, Student_in der Medienwissenschaften, sowie Teil des Redaktionkollektivs des Wiener Magazins fiber. werkstoff für feminismus und popkultur.*

Anmerkung:

(1) Diese Worte stammen von Maggie Mayhem. Damit beendet sie ihre Performance *Porn and the Via Dolorosa. THE STATIONS OF THE PORNOGRAPHIC CROSS* am 04.10.2014 auf der Arse Elektronika in San Francisco.

DIE ROLLE DER FRAUEN IN DER BLACK PANTHER PARTY

Hanna Reiner

Folgende Arbeit beschäftigt sich mit der politischen Bewegung der Black Panther Party (BPP) in den USA der 1960er und 1970er Jahre. Mit der Darstellung der BPP in ihrem gesellschaftspolitischen Kontext soll die Frage beleuchtet werden, welche Rolle die Frauen in der Bewegung hatten und wie Sexismus in einer an sich emanzipatorischen Bewegung theoretisch erklärt werden kann.

Black Power und die Gründung der Black Panther Party

Im Jahr 1966 wurde die BPP (for Self-Defense) in Oakland/Kalifornien von den Studenten Bobby Seale und Huey P. Newton gegründet. Zuvor hatte die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung mit ihrem bekannten Sprecher Martin Luther King Jr. bereits zehn Jahre mit friedlichen Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die rassistische Segregation im öffentlichen Bereich, für Bürgerrechte und die Integration von Afro-AmerikanerInnen gekämpft. Mit der Verabschiedung des *Civil Rights Act*, 1964, wurde schließlich ein wichtiges Ziel der Gleichstellung erreicht. Jedoch fühlten sich viele junge Afro-AmerikanerInnen in den Großstädten durch die größtenteils bürgerliche Mittelschicht der Bürgerrechtsbewegung in ihrer sozialen Klassenzugehörigkeit nicht vertreten und kritisierten vor allem die anhaltende Polizeigewalt. Die Desillusionierung über die „bisherigen Versuche, durch gewaltfreie Taktiken und gemischte Bündnisse von Schwarzen und Weißen soziale Veränderung herbeizuführen“ (Clayborne 2004: 393) fand in den Watts Riots, 1965, ihren Ausdruck. Mit dem neu erwachten Bewusstsein für die Bürgerrechte der Afro-AmerikanerInnen und die gewaltvolle Geschichte von Sklaverei und Rassismus in den USA verbreitete sich

die Befreiungsbewegung und mit ihrer Popularität stieg auch ihre Heterogenität in Ausrichtung und Zusammensetzung. Das von Stokely Carmichael geprägte Konzept von Black Power stellte Mitte der 1960er Jahre einen „Aufruf zur Selbstbestimmung“ (ebd.: 394) dar und steht für ein bewusstes „Gefühl von Stolz, Selbstvertrauen und schwarze Identität“ (ebd.: 391). Vor dem Hintergrund des Black-Power-Konzepts stellte die BPP – in bewusster Abgrenzung zur Bürgerrechtsbewegung – eine Bewegung dar, die auf ein Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung pochte (vgl. Abu-Jamal 2004: 33). Die Black Panther vertraten gesellschafts- und kapitalismuskritische Ideen des Sozialismus und des schwarzen Nationalismus und erteilten damit der von der Bürgerrechtsbewegung angestrebten Integration in das US-amerikanische Gesellschaftssystem eine klare Absage. Die BPP sollte mit ihrer bewaffneten Selbstverteidigung vor allem dem Schutz vor Polizeigewalt und der Verbesserung der Lebensbedingungen der afro-amerikanischen Community dienen. Die theoretische Ausrichtung der Partei und ihre erklärten Ziele, die u.a. bessere Wohnverhältnisse und Bildungsmöglichkeiten sowie ein Ende der Gewalt durch Polizei und Justiz beinhalteten (vgl. ebd.: 134-137) setzte die Bewegung mit ihrer Community-Arbeit in Form von Frühstücksprogrammen für Kinder, Sozialarbeit, Gesundheitsversorgung und Programmen für politische Bildung um. Ende der 1960er Jahre begann die Regierung und das FBI mit der Operation COINTELPRO (Counterintelligence Program) die BPP zu destabilisieren. Hinzu kamen interne Konflikte über die ideologische Ausrichtung der Partei, die zu einer zusehenden Auflösung im Laufe der 1970er Jahre führte (vgl. Djokovic/Roedel: 68-88). Die BPP rekrutierte ihre Mitglieder in den Großstädten (und ihren Ghettos) und setzte sich aus Teenagern, jungen Erwachsenen und aus über 50 Prozent Frauen zusammen (vgl. Abu-Jamal 2004: 21).

Eine Partei der Frauen?

Dabei stellt sich die Frage, welche Rolle die Frauen innerhalb der Bewegung hatten und wie Sexismus in einer de facto emanzipatorischen und gesellschaftskritischen Bewegung, die die BPP, war, theoretisch erklärt werden kann.

Zum einen waren Frauen in der Community-Arbeit als auch in der politischen Arbeit den Männern weitgehend gleichgestellt. Sie wurden im Umgang mit Waffen ausgebildet und einige, wie Elaine Brown, die spätere Parteivorsitzende, und Afeni Shakur, die Bezirksleiterin von Harlem, hatten hohe Führungspositionen inne. Die Haltung der Gleichbehandlung resultierte einerseits aus pragmatischen Gründen, die sich aus dem hohen Frauenanteil der Bewegung und der Tatsache, dass bereits Ende der 1960er Jahre viele männliche Black Panther im Exil, im Gefängnis oder ermordet worden waren, ergaben. Andererseits ist die politische und aktivistische Präsenz der Frauen in der BPP auf die Forderung nach der theoretischen Auseinandersetzung mit Fragen der Gleichberechtigung und ihrer praktischen Umsetzung zurückzuführen:

„The Party’s theory and praxis in regard to the issues of gender and sexuality should be viewed as an ongoing, nonlinear process that was affected by factors both internal and external to the organization“ (Matthews 2001: 232).

Bezüglich einer kritischen Betrachtung des Sexismus in der BPP schreibt Safiya Bukhari: „Der Fehler, den sowohl Unterstützer als auch Kritiker der Black Panther Party machen, ist, die Partei aus ihrer Zeit und von ihren Ursprüngen zu lösen und sie in einem Vakuum zu betrachten.“ (Bukhari 2010: 53) Sie unterstreicht damit die Notwendigkeit, die BPP in ihrem Kontext einer weißen, von Sexismus und Rassismus strukturierten Mehrheitsgesellschaft zu beleuchten, die spezifische Geschlechterhierarchien und hegemoniale Konzepte von Männlichkeit (re-)produziert hat:

„Wie hätte eine soziale politische Gruppierung keine Spuren dieses hervorstechenden Merkmals der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung zeigen sollen, aus deren untersten Schichten sie hervorgegangen war?“ (Abu-Jamal 2004: 210)

Für die Soziologin R.W. Connell ist Männlichkeit kein „isoliertes Objekt“, sondern ein „Aspekt einer umfassenderen Struktur“ (Connell 2006: 87) und ist dabei in ihrem historischen und politischen Kontext zu analysieren.

Die Konstruktion einer Black-Panther-Männlichkeit

Die Kategorie Männlichkeit steht relational und als „qualitativ anderer“ (ebd.: 88) konstruiert zur Kategorie Weiblichkeit. Konzepte von Männlichkeit, die eine „Konfiguration von Geschlechterpraxis“ (ebd.: 92) darstellen, stehen auch mit Strukturkategorien wie race, class oder sexuality in Relation. Diese Annahme wirft eine hierarchische Anordnung von Männlichkeits-Konzeptionen voraus. Connell entwirft das Konzept der „hegemonialen Männlichkeit“, die „jene Form darstellt, die in einer gegebenen Struktur des Geschlechterverhältnisses die bestimmende Position einnimmt“ (ebd.: 97) und sich dort konstituiert, wo es zu einer Entsprechung zwischen dem „kulturellen Ideal und der institutionellen Macht“ (ebd.: 98) kommt. Dadurch schafft es die hegemoniale Männlichkeit, eine übergeordnete Position einzunehmen bzw. Macht auszuüben, in dem sie zum einen marginalisierte und untergeordnete Männlichkeiten dazu bringt, die ihnen zugeschriebenen Rollen einzunehmen und umzusetzen und zum anderen kulturellen und symbolischen sowie politischen und ökonomischen Ausschluss, Diskriminierung und Gewalt legitimiert und reproduziert (vgl. ebd.: 99).

Dabei konstituiert sich hegemoniale Männlichkeit in Abgrenzung zu einem weiblichen Anderen und in Relation zu nicht-weißen Männlichkeiten. Ethnische Zugehörigkeiten können nach Connell „integraler Bestandteil dieser Dynamik zwischen den einzelnen Männlichkeiten werden“ (ebd.: 101). Dabei werden afro-amerikanische Männer in rassistischen Diskursen beispielsweise mit (sexualisierter) Gewalt konnotiert. Kontrovers dazu wird weiße Männlichkeit mit rassistischer Polizeigewalt und der Institution Gefängnis in Verbindung gebracht (vgl. ebd.). Afro-amerikanische Männlichkeit wird zum einen mit rassistischer Unterdrückung, und damit mit Attributen, die als weiblich gelten, und zum anderen mit Hypermaskulinität besetzt:

„The paradoxical stereotyping of black males as both ‚hyper-masculine and effeminate‘ influenced and still influences practices in regard to subject formation and stratification hierarchy. Marked by ‚social feminization and stereotyped hypermasculinization‘, black men are excluded from goods, resources and services. Thus, marginalization plays a significant role in the construction of black masculinity and the discursive practices responsible for marginalization reproduce hegemonic masculinity.“ (Ebd.: 41)

Die Marginalisierung von afro-amerikanischer Männlichkeit wird von gesellschaftlich dominanten Diskursen getragen. Diese nehmen in der Theorie von Clara Briefs, die mit dem Konzept hegemonialer Männlichkeit die Konstruktion einer ‚Black-Panther-Männlichkeit‘ analysiert, eine zentrale Rolle ein. Sie analysiert unter der Perspektive der Wirkungsmacht von gesellschaftlichen Diskursen das Phänomen, dass viele Black Panther in ihrer Konstruktion von Männlichkeit die Vorstellung und Vermittlung einer hegemonialen Männlichkeit der weißen Mehrheitsgesellschaft übernommen haben – von eben der sie einerseits unterdrückt und diskriminiert wurden und gegen die sie andererseits kämpften: „By constructing images of machismo, the Panthers reproduce the very system of hegemonic masculinity that they are fighting against“ (Briefs 2012: 30). Mit dem Konzept von Black Power hat die BPP in die fremdgeführten Diskurse über afro-amerikanische Männlichkeit interveniert. Als bewaffneter und paramilitärisch auftretender Gegenpart zur weißen Polizei stellte die BPP eine Demonstration von Macht dar, die jedoch vielfach – beeinflusst durch den rassistischen Kanon – diese Konzeptionen hegemonialer Männlichkeit übernommen hatte:

„The culturally dominant white American society was the prototype for the Panthers and provided stereotypes for their particular construction of masculinity. Although this context does not excuse the Panther’s machismo, sexism and homophobia, it allows for historical and cultural classification of general discourses in western society and reveals how easily and swiftly the discourses of culture and society help creating new stereotypes.“ (Ebd.: 105)

Die Analyse von Clara Briefs zeigt die Wirkungsmacht von gesellschaftlichen Diskursen, die auch hier als „symbolische Praktiken einen viel längeren Zeitraum umfassen können, als die individuelle Lebenszeit“ (ebd. 93).

Neben dem allgemeinen Kontext einer von Sexismus strukturierten US-amerikanischen Gesellschaft kann der Sexismus in der BPP auch mit der Konstruktion hegemonialer Männlichkeit theoretisch erklärt werden. Die Vorstellung einer freien, militärischen und starken Männlichkeit ist eng an die Ablehnung von Weiblichkeit und die Vorstellung von Kampffähigkeit, echtem Mann-Sein und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Anerkennung geknüpft. Durch die diskursive Marginalisierung, die materielle Unterdrückung und rassistische Demütigung von afro-amerikanischen Männern seit der Sklaverei, ist der Kampf um die Bürgerrechte auch zu einem Kampf um das Mann-Sein geworden (vgl. Martschukat/Stieglitz 2008: 131).

Conclusio

Die nähere Betrachtung der BPP zeichnet das Bild einer jungen, politischen Bewegung, die im Umfeld einer breiten Befreiungsbewegung mit ihrem spezifischen politischen Aktivismus eine Antwort auf den massiven Rassismus und die (Geschichte von) Gewalt im US-amerikanischen Gesellschaftssystem darstellte. Sie zeichnet auch das Bild einer Bewegung, in der Frauen mit Sexismus auf institutioneller – in Form von Versuchen, weibliche Black Panther in die Community-Arbeit zu drängen und durch die hierarchische Organisationsweise begünstigt – als auch auf individueller Ebene (in Form von Belästigungen) konfrontiert waren (vgl. Abu-Jamal 2004: 210). Jedoch wurden Fragen der theoretischen und praktischen Gleichberechtigung und Behandlung von Frauen und Männern innerhalb der Partei thematisiert. Mit ihrem hohen Frauenanteil und den bekannten weiblichen Aktivistinnen in Führungspositionen und der Thematisierung von Sexismus kann die BPP in ihrem historischen und politischen Kontext als emanzipatorische Bewegung betrachtet werden, die für junge Frauen die – oft sehr schwierige und herausfordernde – Möglichkeit eröffnet hat, einen Raum für ihren Kampf gegen Rassismus und Sexismus zu schaffen. Bei der Betrachtung der Konstruktion einer Black-Panther-Männlichkeit

und dem daraus resultierenden Sexismus wird klar, welche Wirkungsmacht zum einen gesellschaftlich dominante Diskurse auf Hierarchisierungen haben und zum anderen, welche Auswirkungen Sklaverei und Rassismus noch in den 1960er Jahren auf die Lebensrealitäten der Menschen hatten. Des Weiteren bietet die anfangs erwähnte wachsende Heterogenität der Befreiungsbewegung ab den 1950er Jahren die Möglichkeit einer intersektionalen Sichtweise auf race, class und gender, die für ein besseres Verständnis der Heterogenität der Bewegung hilfreich sein kann. Für Connell bedeutet eine solche intersektionale Herangehensweise einen „Realitätsgewinn“ (Connell 2006: 97).

Einem Realitätsgewinn bei der Analyse der BPP, dient die kritische Sichtweise auf ihren gesellschaftspolitischen Kontext, auf dessen Gewordenheit sowie dessen Wirkungsmacht. Durch eine kontextuelle Herangehensweise kann der emanzipatorische Aktivismus und das gesellschaftliche Veränderungspotential der Black Panther hervorgehoben werden. Damit wird der/die LeserIn dem Aktivismus der Bewegung, aber vor allem dem der Frauen mit ihrem Engagement und Widerstand in der Black Panther Party gerecht.

Hanna Reiner studiert Politikwissenschaft.

Abu-Jamal, Mumia (2004): *We Want Freedom. Ein Leben in der Black Panther Party*. Cambridge: South End Press.

Briefs, Clara (2012): *Constructions of Black Panther Masculinity. Remasculinization, Hypermasculinization and Marginalization in George Jackson's „Soledad Brother“*. Volume 16, Berlin: Lit.

Bukhari, Safiya (2010): *The War Before*. City University of New York: Feminist Press.

Clayborne, Carson (2004): *Zeiten des Kampfes. Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren*. Nettersheim: Graswurzelrevolution.

Connell, Robert W. (2006): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH.

Djokic, Philipp/Alexander Roedel (2005): *Die Black Panther Party*. In: *Schwarze Befreiung und revolutionäre Bewegungen in den USA und Südafrika*. Wien: Arbeitsgruppe Marxismus, 59-72.

Matthews, Tracye A. (2001): *No One Ever Asks What A Man's Role In The Revolution Is. Gender Politics and Leadership In The Black Panther Party, 1966-71*. In: Bettye Collier-Thomas/V.P. Franklin (eds.): *Sisters in the Struggle.- African-American Women in the Civil Rights-Black Power Movement*. New York/London: New York University Press, 230-256. <http://libcom.org/files/No%20one%20ever%20asks%20what%20a%20man%27s%20role%20in%20the%20revolution%20is.pdf>, (Zugriff: 13.11.2014)

Martschukat, Jürgen/Olaf Stieglitz (2008): *Von Brüdern, Kameraden und Staatsbürgern: Formen männlicher Sozialität*. In: *Geschichte der Männlichkeiten*. Frankfurt a.M.: Campus, 112-136.

THE TRANSNATIONAL PHENOMENON OF FGM

Tracking Changes in Prevalence and Prevention Policy in Austria since 2000

Milica Dimitrijevic

Female genital mutilation (FGM) is a collective term for the variety of procedures that intentionally harm women and girls for non-medical reasons. These procedures involve the removal of external female genitals, completely or partly, and are often carried out by 'circumcisers' with no medical qualifications (see WHO 2000). FGM is being practiced for cultural, religious or other non-therapeutic reasons and it includes four different types: 1) Clitoridectomy involves excision of the prepuce (foreskin) with or without total or partial removal of the clitoris. 2) Excision is partial or total removal of the clitoris and the labia minora, with or without excision of the labia majora (the labia are the 'lips' that surround the vagina). 3) Infibulation involves removal of clitoris and cutting and repositioning of labia minora and labia majora after which the vaginal opening is being narrowed through the creation of a covering seal. 4) All other harmful procedures to the female genitalia for non-medical purposes, e.g. pricking, piercing, incising, scraping and cauterizing the genital area (see *ibid.*).

Infibulation is the most extreme type of genital mutilation. After the removal of genital organs the two labias of the vulva are being stitched together forming a closure of vaginal and urinary openings. Only the small opening is left for the flow of menstruation blood and urine. In order to be able to give birth to a child, the sealed opening has to be cut open again, this is called deinfibulation whereafter re-infibulation may take place (see AWO 2005: 18). Circumcisers or performers of the operations are usually old women or traditional birth attendants while mothers often assist them by holding the child's arms and legs in order to prevent them from moving. The operation is performed under unhygienic conditions, without any anesthetics,

often with razorblades, pieces of glass or kitchen knives (see *ibid.*). According to the type of the procedure and the conditions under which it was performed there appear different types of long-term consequences of FGM. Immediate complications as shock, severe pain, urine retention, hemorrhage and infection are some of the problems that appear right after the operation (see WHO 2000). Depending on the community, the operation is performed either on new born babies or later on, before the puberty (within the age group 4-10 years) or just before the onset of menstruation, at the age of 12 to 15 (WHO 2000). In contempt of causing chronic pain, traumas, bleeding, gynecological and psychological consequences, the tradition is upheld for fear that the girls who are not circumcised will have serious social consequences.

International Recognition of the Problem

In the 1970s Dr. Fran Hosken, a writer and social activist who grew up in Austria and immigrated to the USA in 1938, made a comprehensive research on Female Genital Mutilation in Africa. She founded Women's International Network (WIN) which collects information about FGM and she published *The Hosken Report: Genital and Sexual Mutilation of Females* (1979) which was the first comprehensive publication on this phenomenon. According to Hosken Report, FGM is practiced in 28 countries of North-Eastern, Eastern and Western Africa. It is estimated that more than nine million girls and women have been subjected to FGM and that there are each year roughly

three million girls at risk (see WHO 2008). Through migration FGM was brought to the European continent, parts of America, Australia, New Zealand and Asia. Because of the secrecy and sensitivity of the practice as well as inaccessibility of the risk communities, assessing information about the prevalence of the phenomenon and distribution by country is not easily accessible. World Health Organisation estimated that there are globally approximately 100 to 140 million women and girls who experienced this practice and 270,000 Europe-wide (see WHO, 2010, AWO 2005).

The medicalization of FGM was condemned in 1979, on the first International Conference on FGM in Khartoum, Sudan, organized by the World Health Organisation, which proposed for the first time clear national strategies for its eradication. This conference was crucial for the establishment of the Inter-African Committee (IAC) which is now a partner organization in 28 African countries and the main voice for the eradication of FGM in Africa. In 1993 the resolution that should protect women and children from harmful traditional practices was ratified at the United Nations Human Rights Conference in Vienna (see AWO 2009). Later, in 1998, the issue was discussed publicly for the first time in Austria during the presentation of Waris Dirie's book *Desert Flower* together with Etenech Hadis (African Women's Organisation). FGM became known not only in Austria but worldwide. Since FGM has become a growing phenomenon, spreading around Europe through migration the International Center for Reproductive Health in Belgium organized the meeting related to this issue in Göteborg in 1999, within an EU Daphne Programme, out of which the Europe-wide umbrella organization European FGM Network emerged. The African Women's Organization as a part of this Network played a crucial role in implementing Anti-FGM projects and initiatives in Austria, which were supported by the EU Daphne Programme (ibid.).

Legislation and Prevalence of FGM in a Country

Despite the assumptions there was no hard evidence that FGM is being practiced in Austria until 2000 when it was brought to light that Dr. Richard Lockvogel, an Austrian

sergeant was paid to perform the procedure on a young woman of Jordanian origin (see Bobi 2000). In the same year the African Women's Organization undertook a qualitative study about FGM in Austria which proved the prevalence of its practice. These revelations led to emergence of a range of projects and initiatives to prevent and eliminate FGM in Austria. The late President of the Austrian Parliament, Barbara Prammer who was Federal Minister for Women Affairs and Consumer Protection at that time, brought the issue into the Austrian Parliament. The specific criminal law to prohibit FGM was enacted in 2001 (see EIGE 2012).

The specific law provision prohibiting FGM was introduced in the existing Penal Code in 2001 through article 90 (Consent of the injured): (3) It is not possible to consent to a mutilation or other injury of the genitals that may cause a lasting impairment of the sexual sensitivity.

National Plan of Action to Prevent and Eliminate FGM in Austria

In 2009 the African Women's Organisation issued the National Plan of Action to Prevent and Eliminate FGM in Austria 2009-2015 under the framework of the Daphne project 'Developing National Action Plans to Prevent and Eliminate Female Genital Mutilation'. At the time Austria was one of only eight countries that developed National plans. The main aim of the plan is the prevention and elimination of FGM in Austria, the coordination of FGM activities and projects in Austria and networking and coordination of Austrian authorities who deal with FGM and NGOs, migrant communities, religious communities and media to organise projects to prevent and eliminate FGM in Austria (see AWO 2009). The five working groups were formed—Human Rights, Women's and Children's Rights, Health, Media, Religion—, which carried out the National Action Plan. The goals of the national plan were to instruct the trainers with an interdisciplinary approach, to provide information for the broad public and the concerned communities, to support students and researchers, to provide multi-lingual brochures with the most necessary

information about FGM, as well as to provide training for community and religious leaders pointing out that FGM is not justified by religion. Between 2009 and 2011 African Women's Organisation reported that around 6,000 people contacted or visited the advising centre (roughly 2,000 each year) (see AWO 2011). The persons who called or visited were experts, students, representatives from migrant organisations and persons with genital mutilation asking for medical advice, documents, studies or teaching kits related to FGM. Ms. Etenesh Hadis, Chairwoman of the African Women's Organisation in Austria and Coordinator of the National Plan of Action to Prevent and Eliminate FGM in Austria, stressed that "the organisation received many calls from victims who were experiencing complications or asking for help related to deinfibulation prior to childbirth." If she couldn't help them, she advised them to visit Dr. Schadia Zyadeh-Jinniate, a gynaecologist who worked closely with African Women's Organisation (Etenesh Hadis, personal communication).

Doctors in Austria have a duty to report cases according to professional secrecy provisions, foreseen by all Member States in their penal codes, which are most frequently targeted at health professionals, social workers and teachers (see UNDAW 2009). AWO estimated in 2000 that there are about 8,000 immigrants coming from the countries affected by FGM in Austria. In a qualitative research made by AWO 88 of the 252 girls (35%) coming from Ethiopia, Mali, Ghana, Nigeria, Egypt, Sudan, Burkina Faso, Kenya, Somalia and Sierra Leone have been subjected to FGM (see AWO 2000). The study assessed that 88% of 54 families travel back to their countries of origin in order to perform the operation in secrecy. The rest of them (11%) have their girls mutilated in Europe (ibid.).

Lilian Plapan, President of ACTPEW (African Coalition on Harmful Traditional Practices and for the Empowerment of Women) stressed that since FGM problem was brought to the centre of the world stage the "trafficking phenomenon became widespread practice." (Lilian Plapan, personal interview) She explained further that she has learned of FGM trafficking in 2010 when 43 girls were trafficked from Uganda to Kenya to be mutilated. "I believe that, even parents that live in Europe, travel back to their countries of origin in order to mutilate their children. As the trafficking phenomenon was recently noticed in Europe as well as in Africa, we need baseline survey to determine that." (ibid.)

However, with the principle of extraterritoriality, which applies to all specific criminal legal provisions, it is possible to prosecute and punish the practice of FGM performed even outside the country borders (see UNDAW 2009).

Recommendations and Conclusion

The primary reason for the practice of FGM is culture which sets mores and rules for cohabitation in one community. In the fight towards elimination of FGM, legislation, as it is a cornerstone, plays a very important role. However, changing the law is not enough. Even if the laws are right, practices continue. Since traditional practices are deeply rooted in culture, tradition and religion it is of crucial importance to engage community leaders, communicators, and religious leaders, individuals accepted and respected by the community affected by FGM in the campaign. Any form of intervention, such as legislation, is less powerful than their suggestions and advises.

Society is governed by the social norms which are in this case embedded within the community one belongs to. In 2005, with the support of the EU Daphne programme, the African Women's Organisation provided a Training Kit for the prevention and elimination of FGM among migrants in Europe. It suggests a new holistic approach in combating of FGM, which recommends that the change has to come from within the community—through education, training, information and communication (see AWO 2005). It is however not enough to focus only on female immigrant population, changing the mind-set of men within the community can be crucial in tackling Female Genital Mutilation.

Within the last two decades, as a result of combined efforts of experts and activists, FGM has been internationally recognized as a violation of human rights of girls and women, as well as it is considered as a criminal act in all of the EU Member States. However, laws by themselves are not enough unless their implementation and prosecution is ensured. Therefore, the significance of involvement of the civil society organisations and the affected communities in this fight has to be recognised. With the new holistic

approach, engagement of the community and religious leaders, women and girls as well as men and boys, through education, training, information and communication, we are one step further on the path to elimination of Female Genital Mutilation at both local and global level.

Milica Dimitrijevic is currently enrolled in the MA International Development (Development Studies) programme at the University of Vienna and works as a researcher for the Academic Council on the United Nations System (ACUNS). Her major areas of interest are gender based discrimination, violence against women and girls as well as harmful traditional practices such as FGM.

Afrikanische Frauenorganisation in Wien (2000): *Die Anwendung der FEMALE GENITAL MUTILATION (FGM) bei MigrantInnen in Österreich*. http://www.african-women.org/documents/FGM_Austria/stud_migrant.doc, (access: 08.11.2014).

African Women's Organisation (2005): *Training Kit: Prevention and Elimination of Female Genital Mutilation among Immigrants in Europe*. <http://www.african-women.org/documents/kit/Kit1-full.pdf>, (access: 08.11.2014).

Afrikanische Frauenorganisation in Wien (2009): *National plan of Action to prevent and eliminate FGM in Austria 2009-2011*. http://www.african-women.org/documents/FGM_NAP_EN.pdf, (access: 08.11.2014).

African Women's Organisation Website (2009): *Provisions relating to FGM in the Austrian Penal Code (Strafgesetzbuch)*. <http://www.african-women.org/documents/austria-law.pdf>, (access: 25.10.2014).

Bobi, Emil (06.11.2000): *Diesseits von Afrika*. In: *Profil*, November/45, 70-73.

European Institute for Gender Equality (2012): *Current situation of Female Genital Mutilation in Austria*. http://eige.europa.eu/sites/default/files/documents/Current%20situation%20and%20trends%20of%20female%20genital%20mutilation%20in%20Austria_EN.pdf, (access: 28.09.2014).

United Nations Division for the Advancement of Women, United Nations Economic Commission for Africa (2009): *Expert Group Meeting on good practices in legislation to address harmful practices against women*. [http://www.un.org/womenwatch/daw/egm/vaw_legislation_2009/Background%20paper%20EGM%20\(10.06.09\)%20FINAL.pdf](http://www.un.org/womenwatch/daw/egm/vaw_legislation_2009/Background%20paper%20EGM%20(10.06.09)%20FINAL.pdf), (access: 04.11.2014).

World Health Organisation (2014): *Fact sheet No 241: Female Genital Mutilation*. <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs241/en/>, (access: 10.11.2014).

World Health Organisation (2008): *Eliminating female genital mutilation: an interagency statement UNAIDS, UNDP, UNECA, UNESCO, UNFPA, UNHCHR, UNHCR, UNICEF, UNIFEM, WHO*. http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/csw52/statements_missions/Interagency_Statement_on_Eliminating_FGM.pdf, (access: 04.11.2014).

World Health Organisation (2010): *Global strategy to stop health-care providers from performing female genital mutilation*. http://whqlibdoc.who.int/hq/2010/WHO_RHR_10.9_eng.pdf, (access: 04.11.2014).

Interviews:

Hadis, Etenesh, personal communication, 10.10.2014;
Plapan, Lilian, personal interview, 28.10.2014;
Zyadeh-Jinniate, Schadia, personal interview, 20.10.2014.

„Islamischer Staat ist ein Symptom“

Interview mit Gudrun Harrer

Was ist Ihrer Meinung nach die Bedeutung bzw. die Gefahr die von Islamischer Staat (IS) für die Region ausgeht? Und wer sind überblicksmäßig die wichtigsten ProtagonistInnen in diesem Konflikt?

Also ich würde wirklich sagen, dass der Islamische Staat ein Symptom für das Zusammenbrechen – oder der challenge, ob sie zusammenbricht wissen wir ja nicht – der Ordnung, die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen wurde, ist. Es sind einfach diese alten Grenzen unter Druck und wenn wir uns die Umrisse dieses Gebietes, das der IS kontrollieren will – er tuts ja nicht, er kontrolliert ja nur die Ränder – ansehen, sehen wir schon, dass das ein Projekt ist, ein neues Staatsgebiet zu schaffen. Hoffentlich wird das nicht vom IIS kontrolliert, aber das heißt noch lang nicht, dass wenn der IS dann wieder weg ist, dass dann auch dieses Gebilde weg ist. Es könnte sein, dass der IS besiegt wird und sich trotzdem sozusagen die Grenzen verändern und diese Ordnung eben nachher anders aussieht.

Und ich glaube auch, dass das amerikanische Eingreifen so zu sehen ist, dass sie sagen ‚ok, selbst wenn der Irak in dieser Form nicht zu retten ist, wenigstens soll nicht dieses, nennen wir es ‚Tunistan‘, das sich da vielleicht heraus formt, von einer Organisation wie IS kontrolliert werden. Aber es ist eben ganz wichtig zu wissen, dass es eben nicht nur der IS ist, sondern wir haben es im Irak mit einem massiven sunnitischen Aufstand zu tun, auf den sich der IS gesetzt hat und andererseits haben die Sunniten gedacht, sie könnten sich einfach des IS bedienen. Das war eine Fehlkalkulation, denn momentan ist IS stärker. Ich würde den IS als Symptom bezeichnen und ich kann mir immer noch nicht vorstellen, dass das noch lange dauern wird und sich IS dauerhaft halten kann. Militärisch machen sie jetzt ein Loch auf, ein anderes zu – sie sind sehr unter Druck. Aber selbst wenn IS weg ist, heißt das nicht, dass wir zurück gehen werden, zu dem was vorher war.

Wir sprechen ja oft über die Amerikaner in der Region und ich würd auch sagen, dass das Aufkommen der Organisation IS ein Produkt der US-Intervention 2003 im Irak ist. Aber, wenn wir davon sprechen, dass die alte Ordnung des Ersten Weltkrieges – also von 1920-23 etabliert – aufgelöst

wird, dann müssen wir auch die europäische Rolle mitdenken. Das ist eine sehr, sehr alte Geschichte. Ich glaube auch, dass die verdeckten Sympathien dem IS gegenüber teilweise dadurch zu erklären sind. Wir wissen z.B. von zahlreichen Sympathisanten in Jordanien. Das sind zum Teil sicherlich Leute, die diese alte, ihnen aufoktroierte Ordnung eigentlich nicht wollen und leider glauben, der IS sei etwas Genuines, was aus der Region kommt.

Verschiedene Akteure sind hier also wichtig: z.B. die Amerikaner 2003, die Europäer 1920 und dann natürlich auch der latente bzw. kalte, aber immer heißer werdende, Krieg zwischen Iran und Saudi Arabien, zwischen sunnitischem und schiitischem Islam. Es geht zwar politisch um hegemoniale Auseinandersetzungen am Arabischen Golf, aber diese werden religiös untermauert. Und auch das hat 2003 einen Impuls bekommen, weil mit dem Sturz Saddam Husseins die sunnitischen, arabischen Länder den Irak als verloren für die sunnitische, arabische Welt empfunden haben. Das hat auf sunnitischer Seite bei vielen den Glauben verstärkt, dass sie jetzt gegen die Schiiten kämpfen müssen, weil sie von ihnen bedroht würden.

In Syrien ist alles etwas anders, weil dort geht es nicht so sehr um diese große Auseinandersetzung zwischen den Glaubensrichtungen. Aus diesem Bürgerkrieg ist aber trotzdem ein proxy war, ein Stellvertreterkrieg, geworden. Saudi Arabien und andere Golfstaaten haben geglaubt, wenn sie Assad los würden, dann werden sie auch den iranischen Einfluss in der Region los, nicht nur in Syrien, sondern auch im Libanon. Der Libanon ist ein sehr wichtiges Element in dieser Gemengelage. Deshalb hat sich der Konflikt in Syrien auch sehr schnell gewandelt; ein Konflikt in dem es irrsinnig viele Ebenen gibt – vom demokratischen Aufstand gegen das Regime bis zum Stellvertreterkonflikt. Über Russland und die USA in der Region könnten wir auch noch sprechen, aber das würde jetzt zu weit führen.

Wer unterstützt IS?

Mittlerweile unterstützt ihn kein Staat mehr. Es gibt viele Sympathisanten, die glauben, dass vieles von dem was über IS verbreitet wird, Gräuelpropaganda des Westens sei. Es gibt in den arabischen Ländern Leute, die nicht glauben, was die Medien über die Enthauptungen etc. berichten. In Jordanien glauben 38 Prozent, dass IS keine Terrororganisation ist. Das zeigt schon Sympathien, aber Unterstützung



von Staaten gibt es als solche nicht. Saudi Arabien ist bestimmt eines jener Länder, das sich am meisten bedroht fühlt.

Welche Rolle spielt die Türkei im Konflikt zwischen PKK, PYD und IS?

Es ist zwar nicht schön, aber es ist einfach zu erklären: PYD hat voriges Jahr in drei Gebieten – das ist ja keine territoriale Kontinuität in den syrischen Kurdengebieten – eine Autonomie ausgerufen und die hatte zwei oder mehrere große Feinde. Einer davon war natürlich die Türkei, wegen einer möglichen Vorbildwirkung für die PKK, aber, und das möchte ich betonen, auch die nordirakischen Kurden von Massud Barsani hatten keine Freude damit. Es wurde ja spekuliert, ob sich die PYD-Kurden eine türkische Intervention in diesem Gebiet wünschen würden; natürlich ein Blödsinn. Die wollten keine Türken in diesem Gebiet, sie wollten, dass man ‚ihre‘, also PKK-Kurden, herein lässt. Die Türkei wollte das aber wiederum nicht. Übrigens, die von Barsanis Bruder geleitete Truppe lässt die da rein. Ein Korrespondent von uns schreibt heute, ‚ein historischer Moment‘ – ob es das wirklich ist, werden wir sehen. Diese IS-Sache hat die verschiedenen Kurden-Fraktionen schon in gewisser Weise versöhnt und zusammen gebracht und das wird der Türkei auch nicht passen. Aber es ist ihr sicherlich lieber, es sind Barsani-Kurden dort, als PKK.

Also wollten sie auch keine Luftangriffe oder andere Unterstützung von der Türkei?

Nein, also generell nicht. Es ging immer nur um dieses Grenzgebiet, wo die Türken so skeptisch waren. Ich bin keine Sympathisantin und verstehe da wirklich die Wut der Kurden, nur wir im Westen haben es uns schon auch wieder leicht gemacht. Wir haben ganz locker von einem Land verlangt, dass es zum ersten Mal mit Bodentruppen in Syrien interveniert, und das ist kein Lercherl. Das ist ein großer Schritt, den sonst niemand unternommen hat.

Kommen wir zu Islam in Österreich bzw. Europa. Wie beurteilen Sie die Debatte um das Islamgesetz in Österreich?

Das ist nicht ganz meine Expertise ... Aber, naja, es ist ein zweischneidiges Schwert. Ich finde das Argument von Ednan Aslan – haben Sie von dem etwas gelesen? Ganz wichtig! Ednan Aslan und seine Argumente muss man sich anschauen. Das ist nicht irgendwer, sondern ein Professor für islamische Religionspädagogik hier an der Universität Wien und der verteidigt das Islamgesetz. Er sagt, es ist zwar hart, aber es wird den Muslimen erlauben, endlich in Österreich anzukommen, sozusagen. Ich bin mir nur nicht sicher, ob es wirklich so funktioniert. Weil in Wirklichkeit, stößt man die Gruppe ja wieder vor den Kopf, wenn man Dinge von ihr verlangt, die man von niemand anderem verlangt. In diesem Sinne ist es schon diskriminierend. Man kann natürlich darüber diskutieren, ob diese Diskriminierung uns weiter bringt. Was ich ein Unglück finde, ist: Dieses Islamgesetz war ja ein altes Projekt; 1912 gab es das erste und 100 Jahre später wollte man das zweite. Das erste wäre natürlich völlig unzureichend für die Jetztzeit. Man muss sich halt fragen, ob das überhaupt notwendig ist. Kann man das überhaupt regeln? Und da geht dieses Gesetz ja sehr weit, was die Leute glauben und verbreiten dürfen.

Dieses Gesetz war eigentlich für 2012 geplant und war noch ein Projekt von Anas Shakhfeh [Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) von 1987 bis 2011]. Jetzt kommt aber diese große Extremismusdebatte hinzu und fließt in dieses Gesetz ein, und das find ich sehr unglücklich. Dieses Gesetz soll ja halten, es soll nicht unbedingt die Probleme mit Radikalismus im Jetzt lösen. Es ist aber bestimmt auch keine Anlassgesetzgebung, das stimmt nicht, weil das war ein langwieriges Projekt. Es haben sich einfach zwei Diskussionen vermischt und ich hab da kein gutes Gefühl dabei, muss ich sagen. Ich finde da sind Sachen drinnen, wo man wirklich den ‚Anlass‘ im

Jetzt sieht und das finde ich misslungen. Also z.B. auch den Zwang, dass man sich einer der in Österreich anerkannten muslimischen Glaubensgemeinschaften anschließen muss, wie z.B. den Aleviten?

Und eben, schauen Sie, zu den Aleviten. Ich hab heute auch Blattkritik gehabt und geschimpft. Die islamischen Aleviten werden gerne zitiert, sie wären dafür usw., aber was leider fast niemand weiß und deshalb auch niemand schreibt, ist, dass die Aleviten selbst gespalten sind und hier eine große Gruppe ausgeschlossen wird. Es läuft irgendwie nicht sehr glücklich. Und das Gesetz geht wie gesagt sehr weit; es werden Glaubensinhalte vorgeschrieben. Und wenn ich sage, eine Religionsgemeinschaft darf absolut nichts in ihren Schriften haben, was der Verfassung widerspricht, dann kann ich viel verbieten, nicht nur den Koran.

Es gab ja diesen Fall mit dem 14-Jährigen, der eine Bombe platzieren wollte und jetzt dafür in U-Haft sitzt. Was können Sie uns zu dschihadistischen Jugendlichen sagen bzw. wie kann man mit diesem Phänomen umgehen?

Also erstens wegen diesem 14-Jährigen, da bin ich schon froh, dass wir darüber ziemlich deeskalierend berichtet haben, weil, was Sie jetzt sagen ‚der eine Bombe platzieren wollte‘, wissen Sie das? Ich mein, eben. Das ist so eine typische Mediengeschichte. Aber, ob der auch nur irgendwie dazu in der Lage gewesen wäre? Ich meine, im Internet, kann ich mir leicht eine Anleitung zum Bombenbau besorgen. Und das ist ein 14-Jähriger Bub – jetzt sag ich nicht, dass das per se harmlos ist, auch ein 14-Jähriger kann das Pech haben, dass er wirklich was Schlimmes anstellt. Aber, erstens tun wir ein bisschen so, als ob wir immer wieder das Rad neu erfinden müssten. Es beschäftigen sich seit Jahren Islamwissenschaftler und Soziologen mit diesem Phänomen; eine Name dazu ist Olivier Roy. Der sagt sehr, sehr interessante Sachen, die auch bestätigt werden. Wir haben es z.B. mit zwei verschiedenen Gruppen solcher Jugendlicher zu tun. Die eine – das ist ein bisschen ein Tabu, weil man will nicht so viel darüber reden, um sie nicht als Gruppe zu stigmatisieren –, sind Tschetschenen und ihr Anteil an den Muslimen in Österreich ist groß. Der andere Teil ist auch sehr interessant, weil da geht es eigentlich um etwas ganz Anderes. Das sind selten Jugendliche, die einen gefestigten islamischen Hintergrund haben, und die viel geschimpfte islamische Gemeinschaft

kann ich da nur bestätigen, die haben wirklich keinen Zugang zu diesen Leuten. Das sind sehr oft Familien die Kulturverlust beklagen, z.B. wo nur die patriarchale Struktur übrig geblieben ist, aber die islamische Bildung zu kurz kommt. Das beschreibt Roy ganz gut. Das zweite Element hier, sind die Konvertiten. Ich glaube, das ist ganz wichtig zu bedenken, und die Islamische Glaubensgemeinschaft verharmlost da auch nichts. Der Weg vom Minirock zum Vollgesichtsschleier kann innerhalb von ein paar Wochen gegangen werden. Das sind oft wirklich Jugendliche, z.B. auch Mädchen, die dem Patriachat auf diese Weise entkommen wollen, sehr viel Empowerment, sehr viel Emanzipationsstreben ist da im Spiel. In der salafistischen Szene gibt es allgemein sehr viele Konvertiten, das ist ja nicht unbedingt dasselbe wie in den Dschihad zu ziehen. Ich glaube, Eltern kann man heute nichts Schlimmeres antun als Dschihadist zu werden. Also ich glaube, da ist sehr viel Protest dabei. Und was Roy noch sagt, ist, dass diese Organisationen ‚in einem Pool fischen‘, indem früher die Linksradikalen rekrutiert haben – Rechtsradikale sowieso auch, vor allem wenn es um Antisemitismus geht. Aber eben auch die Linksradikale, z.B. die RAF. Die haben ja heute nichts mehr zu bieten. Im Salafismus hat man das heute alles, da gibt es Anti-Amerikanismus, Anti-Imperialismus, Third-Worldism, Gerechtigkeit, Befreiung – alles da!

So quasi, catch-all.

Genau! Ja. Im Moment ist das einfach eine unglaublich attraktive Ideologie, darum glaub ich auch, dass das wieder verschwinden wird, weil immer wieder was anderes kommt. Ihr seid da wahrscheinlich zu jung, aber es gab doch eine Zeit in Österreich, vor zehn Jahren oder so, wo massiv vor Sekten und Freikirchen gewarnt wurde. Hört man heute noch von Sekten, wo die Töchter hin ziehen? Ich hab schon lange nichts mehr davon gehört, vielleicht gibt es das ja noch, aber es gibt immer so Phänomene. Ich sag auch nicht, dass das nur daran liegt, aber ein bisschen schon auch. Und wie gesagt, dass Ärgste und das Schlimmste was man Eltern heutzutage antun kann, ist Dschihadist zu werden.

Ich bestreite aber sehr, dass die, die zurück kommen, lebende Zeitbomben sein könnten – die Rückkehrer wollen eher heim zur Mami. Also dieser Prozess in Deutschland ... Viele Jugendliche, die das überleben, werden im Bewusstsein heim kommen, einen schrecklich Unsinn gemacht zu

haben. Ein paar werden aber auch ihre Berufung darin finden, ich will da ja nie was verharmlosen, aber ich will auch nicht bei diesem Wahnsinn rund um dieses Thema mitmachen.

Vor allem wenn es um die Tschetschenen geht. Sind dafür nicht auch Probleme im Asylwesen mitverantwortlich?

Wahrscheinlich schon. Unsere Flüchtlingsbetreuung spielt da auch mit. Sie haben schon Recht, das ist ein wichtiger Punkt. Mit gewissen Traumata setzen wir uns glaub ich überhaupt nicht auseinander. Das kommt auch in der Geschichtslehre nicht vor. Es geht immer nur um unsere eigenen Traumatisierungen oder die, die wir anderen angetan haben – ich sag jetzt nicht, dass das weniger werden soll, ganz und gar nicht! Aber es wäre gut, sich auch ‚das Andere‘ näher anzuschauen.

Wie haben Sie das genau gemeint mit dem Konvertieren zum Islam als Mittel zur Emanzipation?

Das war auf Frauen bezogen. Also, ich glaube, dass Mädchen und junge Frauen die mit einem konservativen Vater zu kämpfen haben – wo die Mädchen nichts dürfen und die Buben alles –, das Gefühl haben könnten in den Dschihad zu gehen, sei Empowerment. Sie nehmen das selbst in die Hand und haben eine wertgeschätzte Rolle inne. Also auch ein fürchterlicher Irrtum.

Für islamische Länder – ich beschäftige mich ja nicht so sehr mit Österreich – kann man ja schon sagen, dass es seit Jahren Forschung dazu gibt, warum Frauen in den Dschihad ziehen. 2007 oder 2008, ich bin mir jetzt nicht sicher, war ein Jahr, wo es im Irak mehr weibliche als männliche Selbstmordattentäter gab. Das wurde intensiv beforscht und heraus kam, dass die Motive eigentlich schon weitgehend dieselben sind, wie bei den Männern. Das wird ja medial auch immer so verzerrt dargestellt: die ‚Bräute Allahs‘; und dazu kommen noch Attribute aus der christlichen Mottenkiste ...

Es scheint, diese Frauen werden oft als Opfer religiöser Verbrämung bzw. als ‚Verführte‘ dargestellt ...

Oder sie haben ihre ‚Ehre verloren‘ oder müssen ihre ‚Ehre wiederherstellen‘. Die Forschung zeigt aber, dass das alles nicht stimmt.

Es waren ja vor kurzem Wahlen in Tunesien, wo die säkulare Partei, bestehend aus Leuten der ehemaligen Einheitspartei, gewonnen hat. Wie beurteilen Sie den Prozess in Tunesien?

Auch Tunesien war viel schwieriger, als sich die meisten vorgestellt haben. Wenn Sie sich erinnern können, haben ja manche Journalisten behauptet, es gäbe in Tunesien keine Islamisten. Es wurde alles sehr modern dargestellt. Es war schwieriger, als erwartet und die große Enttäuschung für viele war dann natürlich der Wahlsieg von 2011, wo klar wurde, dass diese Partei schon den Drang zur Macht entwickelt hat. Doch es gibt schon Grund zu Optimismus. Nicht wegen der gewonnenen Wahlen – wir wissen ja mittlerweile, dass mit Wahlen nichts zu heilen ist. Das geht oft schief, und ist ein Umstand, über den sich viele Politikwissenschaftler den Kopf zerbrechen. Wir glauben, ‚Diktatur weg, Wahlen und alles wird gut‘. Das stimmt halt überhaupt nicht. Im Irak waren 2005 die ersten Wahlen unter der irakischen Verfassung wirklich das, was den Bürgerkrieg in Bewegung gesetzt hat. In Libyen ist das auch so der Fall. Die Wahlen von Juni 2014, in denen auch die Islamisten zurück gedrängt wurden, haben das, was nun in Libyen vor sich geht, ausgelöst. Wir dürfen ja nicht sagen, mit Wahlen sei alles erreicht, sondern sie sind mehr der Startpunkt eine tragfähige Konstruktion aufzustellen. Da drohen viele Gefahren. Leute die den Revisionismus in Tunesien verfolgen, wie z.B. auch in Ägypten, unterstützen nun die Wahlsieger und verhandeln generell nicht mit der Opposition. In Tunesien haben sich die Islamisten ja auch an Ägypten orientiert und deshalb einen moderateren Kurs eingeschlagen. Im Vergleich Ägypten-Tunesien, ist in Tunesien auch das Militär politisch nicht so präsent und die Linke viel stärker etabliert.

*Geführt von Dominik Hultsch und Melanie Konrad am 30.10.2014 in Wien.

Gudrun Harrer ist leitende Redakteurin der Tageszeitung Der Standard und Lehrbeauftragte der Universität Wien in Moderner Arabischer Geschichte.

THEORIE-LOS!

Vom jahrelangen Kampf für eine Professur

Studienvertretung Politikwissenschaft

Seit über zwei Jahren wird die Professur für Politische Theorie am Institut für Politikwissenschaft nicht nachbesetzt. Warum das so lange dauert, was eigentlich dahinter steckt und was wir von einer Professur erwarten.

Im Oktober 2012 wurde die bisherige Professorin Eva Kreisky bei einem Symposium in der Aula feierlich verabschiedet. In verschiedenen Ansprachen und Vorträgen wurde ihre wissenschaftliche Leistung für die Politische Theorie im Speziellen und die Politikwissenschaft im Allgemeinen, aber auch für das Institut gewürdigt. In den fast 20 Jahren ihres Wirkens am Institut hat sie den Schwerpunkt der Politischen Theorie maßgeblich ausgebaut und um eine kritische, feministische Perspektive erweitert. Nicht umsonst wurde sie während des Symposiums zu den Wegbereiter_innen der Politikwissenschaft in Österreich gezählt.

Mit der Emeritierung Eva Kreiskys wurde eine Berufungskommission eingerichtet, die die Aufgabe hatte, einen Vorschlag für das Rektorat zu erarbeiten, damit dieses die Professur neu berufen kann. Doch schon selbst dieser Schritt war nicht selbstverständlich. Es stand in Frage, ob die Professur überhaupt nachbesetzt werden sollte. In Zeiten neoliberaler Bildungspolitik gibt es Kräfte, die auch bei Professuren mehr Flexibilität, also Befristung und weniger finanzielle Mittel durchsetzen wollen. Eine Professur mit zugehörigen Mitarbeiter_innen und das quasi auf Lebenszeit, passt da nicht mehr ins Konzept.

Ein Institut für Politikwissenschaft ohne eine Professur für Politische Theorie erschien uns als Studienvertretung und einer Mehrheit der Kommission als völlig undenkbar. Als die Stelle schlussendlich doch ausgeschrieben wurde, wurde schon lebhaft über den genauen Wortlaut der Ausschreibung debattiert. Sollte sich die Schwerpunktsetzung Eva Kreiskys in der Ausschreibung wiederfinden, oder sollte sie fachlich möglichst breit formuliert sein? Was macht die Politische Theorie eigentlich aus? Und wie wichtig ist ein kritischer und feministischer Zugang?

In der Ausschreibung wurde dann auf den Schwerpunkt der feministischen Theorie kein Wert gelegt, sie wurde also sehr allgemein und breit formuliert. Das Profil der Politischen Theorie, aber auch des gesamten Instituts wurde von Eva Kreisky richtungsweisend geschärft. Mit dieser Ausschreibung wurde die Fortführung der ‚Wiener Tradition‘ bereits das erste Mal fraglich.

Für uns zeigt dies ein mangelndes Interesse der Universität Wien, an einer kritischen und vor allem feministischen Forschung und Lehre. In einem Bildungssystem, welches ausschließlich auf ökonomische Verwertbarkeit angelegt ist und einer Universität, die einzig in den Kategorien internationaler Rankings denkt, ist die Auseinandersetzung mit gesellschaftskritischen Ansätzen und Perspektiven offensichtlich nicht vorgesehen.

Nach der Ausschreibung der Professur hat die Kommission etwa ein Jahr lang regelmäßig beraten. Verschiedene Gutachten mussten eingeholt werden und die Bewerber_innen wurden nach ihrer fachlichen Qualifikation beurteilt. Es folgte ein langwieriges Auswahlverfahren mit vielen Verzögerungen, die beispielsweise durch die Anfertigung der Gutachten bedingt waren. Schließlich wurden die acht geeignetsten Personen zu einem Hearing eingeladen.

In dem über zwei Tage dauernden öffentlichen Hearing Anfang Oktober 2013 hatten die Bewerber_innen die Möglichkeit, ihre Forschungsschwerpunkte der Kommission und Interessierten vorzustellen sowie Fragen von Publikum und Kommission zu beantworten. Anschließend hat die Kommission eine Liste mit insgesamt vier Bewerber_innen erstellt und dem Rektorat übermittelt.

Zu dem damaligen Zeitpunkt hatte die Kommission die Hoffnung, dass die Professur vielleicht schon zum Sommersemester 2014 neu besetzt sein könnte, schließlich war schon genug Zeit seit der Emeritierung von Eva Kreisky vergangen. Diese Hoffnung sollte jedoch nicht erfüllt werden.

Dass die Universität nicht gerade ein Vorzeigebispiel für demokratische Teilhabe ist, ist spätestens seit dem Universitätsgesetz 2002 bekannt; doch zeigt die Auseinandersetzung um die Professur besonders deutlich, welche Alibifunktion derartige Kommissionen eigentlich haben. Die Kommission ist mehrheitlich mit Personen aus der Kurie der Professor_innen besetzt, Mittelbau und Studierende sind – sogar zusammengerechnet – in der Minderheit. Doch über allem thronet der Rektor. Nach § 98 UG 2002 hat das Rektorat die Aufgabe „die Auswahlentscheidung aus dem Besetzungsvorschlag zu treffen oder den Besetzungsvorschlag an die Berufungskommission zurückzuverweisen, wenn dieser nicht die am besten geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten enthält.“ Der Rektor kann also eine Person aus dem Vorschlag auswählen und mit dieser dann die Berufungsverhandlungen führen, er muss aber nicht. Er kann auch den gesamten Vorschlag an die Kommission zurückweisen. Die Einschätzung der verschiedenen Gutachter_innen und der Mitglieder der Berufungskommission kann vom Rektor also kurzerhand für nichtig erklärt werden. Somit entscheidet letztlich allein das Rektorat über die zukünftige Ausrichtung eines Instituts und nicht die Betroffenen selbst. Die Betroffenen können lediglich Vorschläge machen, aber ob diese auch Beachtung finden, unterliegt wiederum dem Gutdünken des Rektorats.

Während der vorlesungsfreien Zeit im Sommer 2014, also knapp vor dem Semester, zu welchem die Professur spätestens besetzt sein sollte, erfuhren wir zunächst über inoffizielle Wege von der Absicht des Rektorats, den Listenvorschlag der Kommission zu verwerfen. Nach genauerer Nachfrage und einem Gespräch des Kommissionsvorsitzenden, Rektorat und Institutsvorsitzenden sowie nach einem Brief unsererseits an das Rektorat, hatten wir nun folgende Informationen:

Die ersten zwei Personen auf der Liste seien nach Ansicht des Rektorats nicht ausreichend international verankert bzw. in ihrer jeweiligen Ausrichtung inhaltlich zu eng. Die drittgerühete Person (der einzige Mann auf der Liste) entspreche zwar den Kriterien des Rektorats, aber vom dritten Platz der Liste könne und wolle der Rektor ihn nicht berufen. Außerdem würde die Gleichstellungsbeauftragte der Uni Wien sich dagegen aussprechen. Anstatt das bereits erstellte Gutachten der Kommission zu akzeptieren und zu verwenden, bemühte sich das Rektorat um

ein neues Gutachten, was nicht gelang. Schon alleine diese Vorgehensweise zeigt, für wie kompetent das Rektorat die Kommission hält und wie sehr es ihre Mitbestimmung wünscht.

Der schlecht gewählte Zeitpunkt zeigt deutlich, dass das Rektorat von der Demokratie, die an der Uni gelehrt wird, nicht allzu viel hält. Die Ablehnung der beiden erstgerüheten Kandidatinnen hat sowieso schon deutlich gemacht: Die monatelange Arbeit der Kommission und die Wünsche der Studierenden werden durch ein einfaches, kaum begründetes ‚Nein‘ seitens des Rektorats zunichte gemacht – die Hierarchien an der Uni Wien sind somit klar.

Die Handlungsoptionen, die die Kommission nun hatte waren stark eingeschränkt. Neben einer Neuausschreibung der Stelle, gab es immer noch die Möglichkeit, dass die Professur gar nicht besetzt wird, also zu einer sogenannten Laufbahnstelle umgewandelt wird. Diese wäre im Mittelbau angesiedelt und das bedeutet kurzum weniger Wertschätzung, weniger Geld und weniger Angestellte für diesen Fachbereich sowie eine jeweils zeitliche Befristung der Stelle. Während eine Professur den Fachbereich für viele Jahre absichert, muss bei einer Laufbahnstelle immer aufs Neue die Relevanz von Politischer Theorie und Ideengeschichte verteidigt werden. Aus diesen Gründen können wir dieser Variante nichts abgewinnen. Wir kämpfen weiter für eine bessere Finanzierung und Ausstattung der Universitäten, weshalb wir den ständigen Verschlechterungen nicht tatenlos zustimmen werden.

Mehrheitlich hat sich die Kommission dann allerdings angesichts der sonstigen Alternativlosigkeit für die Option der Neuordnung der gesamten Liste entschieden. Auf Druck des Rektorats wurde also nachträglich der Vorschlag legitimiert, wie ihn das Rektorat haben wollte. Dass die drittgerühete und auch die viertgerühete Person fachlich hervorragende Wissenschaftler_innen sind, steht dabei außer Frage. Daher stellt auch die neuereihete Liste immer noch einen sehr guten Vorschlag dar, weshalb sich die Kommission auch mehrheitlich für diesen entschieden hat. Wir als Studienvertretung, die zwei Mitglieder in die Kommission entsendet haben, haben uns allerdings dazu entschlossen, gegen eine Neuordnung der Kandidat_innen zu stimmen und weiter für eine kritische Professur zu kämpfen. Als linke Studienvertretung wurden wir gewählt, um uns in Gremien einzubringen und uns für kritische, solidarische und emanzipative Wissenschaft und

die Stärkung von Frauen*, die ebenso diese Grundsätze am Institut vertreten, voranzutreiben. Die vorgeschlagenen Kandidat_innen sind exzellente Wissenschaftler_innen im Bereich Politische Theorie und ihre Übergehungen als Erst- und Zweitgereichte bei der Berufung ist für uns nicht tragbar und Symptom für eine Männerquote an der Uni Wien, die nicht festgeschrieben und dennoch offensichtlich ist.

Die ÖH der Universität Wien hat Ende Oktober eine Resolution verabschiedet in der es unter anderem heißt: „Wir fordern das Rektorat auf, rasch den Ruf für diese Professur zu erteilen, basierend auf den Vorschlägen der Berufungskommission. Wir fordern auch, bei der Berufung eine Person zu wählen, die Erfahrung im Bereich feministische Theorie mitbringt, um die inhaltliche Lücke zu füllen, die durch die Emeritierung Eva Kreiskys entstanden ist.“

Die Studienrichtung Politikwissenschaft an der Universität Wien ist für ihren kritischen Theorieschwerpunkt bekannt und viele Studierende kommen genau aus diesem Grund überhaupt erst an die Uni Wien. Im Interesse der Studierenden liegt es an der Studienvertretung, diesen Theorieschwerpunkt zu verteidigen und zu stärken. Es ist nicht nur schade, sondern ein katastrophaler Verlust, dass feministische Theorie wahrscheinlich nicht denselben Stellenwert haben wird, wie zuvor. Wir sehen nicht ein, warum wir uns mit dem kleineren Übel zufrieden geben oder dem Rektorat helfen sollten, sein Gesicht zu wahren. Es ist unsere Aufgabe als Studienvertretung, die Interessen

der Studierenden zu vertreten und uns nicht der Un(i) Demokratie, die Gleichberechtigung und Mitbestimmung leider einfach nicht beinhaltet, zu unterwerfen.

Die Tendenz an der Uni Wien, Professuren einzusparen und Theorie für irrelevant zu erklären, betrifft nicht nur die Politikwissenschaft. So soll am Institut für Soziologie eine Professur, die vorher den Schwerpunkt der Theorie hatte, kurzerhand in eine Professur mit empirischem Schwerpunkt umgewandelt werden – selbstverständlich ohne Ersatz für die nun fehlende Theorie.

Daher ist es für uns wichtig, dass Institut und Studierende zusammen für die Professur kämpfen. Es gibt am Institut verschiedene Schwerpunkte, Ausrichtungen und damit auch Interessen, aber die Neubesetzung der Professur der Politischen Theorie muss unser aller Ziel sein! Der immer weiter voranschreitenden ökonomischen Verwertung von Bildung gilt es entschlossen entgegenzutreten! Und genau dafür brauchen wir (auch) eine kritische Theorie und Politikwissenschaft! Lasst uns daher gemeinsam kämpfen!

*<https://www.facebook.com/theorielos>

*<http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/stv>

Die StV PoWi, die gewählte gesetzliche Vertretung der Studierenden der Politikwissenschaft, wird seit 2009 vom Wahlbündnis KriSP (Kritische Studierende Politikwissenschaft) gestellt. Rege Mitarbeit von allen ist jederzeit erwünscht bzw. notwendig um gemeinsame Ideen zu entwickeln und umzusetzen.

Krise! Welche Krisen? Leben, Arbeiten, Sorgen und Geschlecht in der Vielfachkrise

Ein Tagungsbericht

Gundula Ludwig

Als sich die ‚Finanz- und Wirtschaftskrise‘ 2008 mit dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehmann Brothers zuspitzte, wurde – erstaunlicher Weise – im medialen Mainstream immer wieder thematisiert, inwiefern die Krise mit Geschlecht in Zusammenhang gebracht werden kann, was vor allem auf subjektiver Ebene behandelt wurde. So wurde diskutiert, ob die Krise, gefasst als ein „Resultat riskanter Männer-Strategien“, eine „Testosteron-Krise“ sei (Matthias Horx in der *Süddeutschen Zeitung*, 05.10.2009), und ob sie auch ausgebrochen

wäre, wenn an der Stelle der „Lehmann-Brothers“, „Lehmann-Sisters“ am Werk gewesen wären. Die Ausgangsanahmen der Tagung *Krise! Welche Krisen? Leben, Arbeiten, Sorgen und Geschlecht in der Vielfachkrise* bestanden darin, weder anzunehmen, dass der Zusammenhang von Krise und Geschlecht nur auf die geschlechtliche Identität politischer und ökonomischer Akteur_innen reduziert werden kann, noch, dass die Krise als (fast) überstanden angesehen werden kann. Vielmehr bestand das Ziel der Tagung darin, aus einer feministischen Perspektive die gegenwärtige

Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur als ökonomische Krise im engeren Sinne, sondern als Vielfach-Krise (vgl. Demirović et al. 2011) zu fassen und davon ausgehend die vielfältigen Spuren der Vergeschlechtlichung der Krise(n) aufzuzeigen. Ebenso ging es auch um die grundsätzliche Frage, ob die Krise von 2008 nicht die prekäre Zuspitzung diverser krisenhafter, gesellschaftlicher Prozesse darstellt. Konsens aller Vorträge war, dass die Dynamiken der Geschlechterverhältnisse sowohl integral in die Analyse der Krisenursachen als auch der Krisenfolgen miteinbezogen werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist die rezente Krise stets eine Krise im Plural – und umfasst ebenso Krisen der Reproduktions- und Care-Arbeit, der Lebensweisen, der Geschlechterbilder und der Staatlichkeit.

Julia Dück führte in ihrem Vortrag vor, wie es im Care-Bereich durch die Rücknahme staatlicher Unterstützung und der zunehmenden Kommodifizierung zur Verschärfung der Prekarisierung, zu Qualitätsverlusten und zu transnationalen Verschiebungen der Care-Arbeit kommt. Käthe Knittler machte in ihrem Vortrag mit Rückgriff auf eine lange, im malestream oft ‚vergessene‘, Tradition feministischer Ökonomietheorie und -kritik deutlich, dass sowohl Kapitalismus als auch Geschlechterverhältnisse ebenso wie deren Zusammenwirken strukturell krisenanfällig sind. Die Sphäre der Reproduktion wird insbesondere in Krisenzeiten als Auffangbecken für gesellschaftliche Widersprüche reaktiviert. Die Kosten der Krisenpolitiken werden mithin auch in der aktuellen Vielfach-Krise „auf die Küche abgewälzt“ (Diane Elson).

Dass die Vielfach-Krise auch zu einer Re-Maskulinisierung von Politik führt, zeigt sich, so haben Elisabeth Klatzer und Christa Schlager in ihrem Vortrag dargelegt, besonders deutlich in aktuellen Krisenbewältigungspolitiken der Europäischen Union. Diese sehen sie als Ausdruck eines „maskulinen autoritären Konstitutionalismus“, womit sie auch die mit der Vielfach-Krise einhergehende Ent-Demokratisierung kritisierten. Dass die aktuelle Vielfach-Krise zu einer Autoritarisierung von Politik führt, griffen auch die Vorträge der Studienvertretung Politikwissenschaft und von Stefan Sulzenbacher auf, die sich mit dem Zusammenhang zwischen der ‚Krise der Männlichkeit‘ und dem Aufstieg der Neuen Rechten auseinandersetzten. Im Vortrag der Studienvertretung wurde vorggeführt, wie versucht wird biologistische, antifeministische und homophobe Geschlechterbilder als Ordnungsmuster einzusetzen, um

gesellschaftliche Widersprüche und Unsicherheiten herrschaftlich zu ‚lösen‘. Stefan Sulzenbacher argumentierte, wie die Konstruktion einer vorgeblichen und angeblich nicht zuletzt durch Feminist_innen ausgelösten ‚Krise der Männlichkeit‘ in der Männerbewegung ebenso zu einem Grund konstruiert wird, um konservative Geschlechter- und Familienbilder zu reaktivieren.

Veronika Duma unterstrich die Gegenwartsdiagnosen mit einer historischen Analyse, indem sie auf Parallelen der vergeschlechtlichten Krisenbewältigungspolitiken in Österreich und der Weimarer Republik zwischen den 1930er Jahren und heute verwies. Auch in den 1930er Jahren wurden reaktionäre Geschlechterbilder bemüht, um staatliche Politiken zu legitimieren und vermeintliche Sicherheiten in unsichere gesellschaftliche Verhältnisse zu bringen. Feministische Analyse- und Proteststrategien formierten sich, im Gegensatz zu heute, hauptsächlich außerhalb der Universitäten, speziell in der Arbeiter_innenbewegung und ihren publizierenden Organen. Dass Geschlechterkonstruktionen in der rezenten Vielfachkrise auch zur Kalmierung sozialer Konflikte eingesetzt werden, zeigte Brigitte Bargetz in ihrem affekt-theoretischen Vortrag auf. Sie legte anhand der London Riots von 2011, den Protesten in Griechenland und der 15-M-Bewegungen in Spanien 2011 dar, wie über vergeschlechtlichte und rassisierende Politiken der Gefühle radikale Protestformen entlegitimiert werden.

In der Podiumsdiskussion *Besetzen – Streiken – Sorgen? Feministische Handlungsräume und Widerstand in der Krise zwischen Madrid, Thessaloniki und Wien* wurden Möglichkeiten von feministischen Interventionen und Widerstandsformen in der Vielfachkrise auf der Basis der Erfahrungen von Aktivist_innen des Prekär Café, des Solidarity Space for Women und von Weltumspannend Arbeiten diskutiert. Hier wurde deutlich, dass feministische Strategien gegen die Vielfach-Krise ebenso vielfältig sind und sein müssen: Feministische Krisenpolitik heißt, gegen die Ent-Sicherung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, gegen hegemoniale Deutungsmuster der Krise(n), autoritäre Krisenbewältigungspolitiken und Ent-Demokratisierungsprozesse und für neue Formen von Gesellschaft, Sorge-Verhältnissen, sozialen Beziehungen und Subjektverhältnissen zu kämpfen.

Demirović, Alex/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. VSA Verlag, Hamburg.

Angelika Baier/Christa Binswanger/Jana Häberlein/Yv Eveline Nay/Andrea Zimmermann (Hg_Innen) (2014): *Affekt und Geschlecht. Eine einführende Anthologie.*

Wien: Zaglossus



Das Buch tritt mit der seit der Deutschen Frühromantik nicht mehr ganz neuen Idee an, Emotionalität und Rationalität als miteinander verbunden zu theoretisieren. Die sich daran anschließende Hoffnung ist, dass sich Herrschaftsstrukturen dekonstruieren lassen, wenn man das Verhältnis zwischen individuellem Erleben und gesellschaftlichen Machtverhältnissen neu bestimmt. Mittels aktualisierten Symbolfiguren wie dem „Gespenst“ soll beschrieben werden, wie die „unterdrückte koloniale Geschichte ins westliche Bewusstsein dringt und es zu verstören vermag“ (18), und mit „postkolonialer Melancholie“ wird die „nationalistische Gemüthaltung ‚weißer‘ Engländer_innen“, die sich vom Verlust des Empires noch nicht erholt haben, beschrieben (19). Affekte sollen dabei als „intime und unpersönliche Phänomene“ begriffen werden, unter welchen das Persönliche und das Individuelle als „unauflösbar verflochten“ (20) erscheint. Dies soll theoretisch erreicht werden, indem die „scheinbar private Dimension von Affekten als politisch konzipiert“ (29) wird. Hier wird ein großes Problem des Ansatzes sichtbar, denn der Begriff *concipere* aus dem Lateinischen bedeutet unter anderem ‚sich vorstellen/ausdenken‘. Aber selbst wenn man mit Cornelius Castoriadis (der in diesem Band keinerlei Erwähnung findet) die Gesellschaft als imaginäre Institution begreift, reicht die Konzeption eines Wunsches nicht aus, diesen schon zur wirksamen Gesellschaftskritik werden zu lassen. Um das zu illustrieren, sei darauf verwiesen, dass die Autorinnen sich zum Beginn der Einleitung auf Ingeborg Bachmann berufen – die bei ihren Frankfurter Poetikvorlesungen eine Sprache fordert, „scharf von Erkenntnis und bitter von Sehnsucht“ – und darauf ihre folgende Argumentation aufbauen. Nun hat aber Bachmann bei exakt dieser Vorlesung auch gesagt, dass, wo nur mit der Sprache hantiert wird, „damit sie sich neuartig anfühlt“ diese sich rächt, denn sie selbst kann nicht „die Erkenntnis eintreiben und die Erfahrung kund tun, die man nie gehabt hat“. Vielleicht liegt es an dem spezifischen anglo-amerikanischen Hintergrund dem diese

Debatte entnommen ist, aber beim Weiterlesen stellt sich nur schwer ein Verständnis für einige der beschriebenen Problemkomplexe und Lösungsansätze ein. Wer liest denn wissenschaftlich erforschbar „paranoid“? Und wenn es so wäre, was würde es nützen diesem paranoiden Lesen die Begriffskonstruktion des „reparativen Lesens“ als Antwort gegenüberzustellen, zumal dieses darin bestehen soll, für „positive und freudige Überraschungen offen“ (40) zu sein? Depression wird hier nicht auch aus biochemischen, sondern rein aus gesellschaftlichen Ungleichgewichten gespeist konzipiert, mit der Begründung, die erstere Form der Depression setze ein „weißes Subjekt aus der Mittelschicht“ voraus, „dem schlechte Gefühle häufig ein Rätsel bleiben“ (58).

Diese Form der Theoretisierung hat sichtbar Probleme: die politische Grammatik der Gefühle wie sie Brigitte Bargetz vorstellt, soll die Doppelstellung von Gefühlen als „Instrument und Motor des Politischen“, sowie als „emotionalen politischen Handlungs- und Erkenntnismodus“ (119) sichtbar machen. Dies soll ermöglichen, Macht in ihrer „affektiven Dimension“ (125) verstehen zu können. Warum das nötig ist, wird konzeptionell durch die Behauptung belegt, dass seit dem Arabischen Frühling emotionale Aufstände das Bild weltweiter Protestbewegungen dominieren würden. Dabei bleibt ungeklärt, ob dies im historischen Vergleich wirklich ein neues Phänomen ist. Darüber hinaus bleibt, wie die Autorin einräumt, unklar „wie diese Form der [affektiven] Übertragung letztlich verstanden werden kann“ (125). Richtig ist sicher, dass sich Politik auch über Affekte in das alltägliche Handeln einschreibt, aber, ob die Antwort darauf „Schmerz, Wut, Depression und Erschöpfung zugleich als emanzipatives Moment zu betonen und deren Einbindung in Herrschaftsverhältnisse zu problematisieren“ (132), der Kritik politischer Verhältnisse nützlich

ist, ließe sich nur belegen, wenn die Form der Übertragung geklärt werden könnte. Denn ansonsten bleiben Affekte eben genau das: Gemütsregungen die in ihrem unbewussten Überschuss etwa zu (kollektiven) Zwangsneurosen führen können.

Diese Gefahr des affektiven Überschusses, der zur Neurose führt, wird in einigen Sätzen im Aufsatz von Mel Y. Chen illustriert. Sie beschreibt sehr anschaulich und nachvollziehbar das Übergehen des internationalen Diskurses über Ökologie und Toxine in bestimmte Formen von Rassismus. In ihrem Beispiel nennt sie angeblich verbleites Kinderspielzeug aus China, über das vermittelt der Massenmedien ein „verallgemeinertes Narrativ eines chinesischen Produkten inhärenten Gesundheitsrisikos“ (218) erzeugt wurde. Darauf aufbauend und dies damit in Bezug setzend beschreibt sie die seit 9/11 stattfindende Bündelung von Affekten rund um die Frage des Terrorismus, sodass UmweltaktivistInnen mehr und mehr als AntiterrorkrieglerInnen erscheinen, die den Terror feindlicher Substanzen bekämpfen. Diese Konstruktion und kunstvolle Verwebung zweier doch recht unterschiedlicher Phänomene führt dann zu folgender Behauptung: „Genauso wie die mutmaßlichen Agent_innen des ‚Terrors‘ nach dem

11. September als Araber_innen und/oder Muslim_innen rassisiert wurden, wurde auch Blei in der letzten Zeit als chinesisch rassisiert.“ (222)

Über diesen Satz alleine wäre so vieles zu sagen, was hier keinen Platz finden kann, es sei nur auf das wissenschaftlich hochunpräzise ‚genauso‘ zu zwei bestenfalls im nominellen Bereich vergleichbaren Ereignissen und die Apostrophe über dem Begriff Terror hingewiesen.

Der Band nimmt seine eigene Prämisse sehr ernst und ist an vielen Stellen durchaus spannend zu lesen, durchbricht er doch viele Konventionen des Wissenschaftsbetriebs ohne die Bahnen der Wissensreproduktion ernsthaft verlassen zu wollen. Aber die epistemologische Aufstellung der Theoretisierung in diesem Band weist gewisse blinde Flecken auf. Die empirische Absicherung der stark verallgemeinernden Begriffe, die zur kritischen Rezeption beitragen sollen, ist auf Indizien basiert und dementsprechend an einigen Stellen subjektiv konzipiert.

Stefan Alexander Marx

Bachmann, Ingeborg (2000): *Frankfurter Vorlesungen. Probleme Zeitgenössischer Dichtung*. München: Piper.

Benjamin Opratko (2014): *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci*.

2. Auflage, Münster: Westfälisches Dampfboot

Kaum ein TheoretikerIn des 20. Jahrhunderts beeinflusste die Debatte in der politischen Theorie in einer so nachhaltigen und vielfältigen Weise wie Antonio Gramsci. Dabei bleiben viele seiner Ideen unpräzise und in der Fachwelt umstritten. Eines seiner zentralen Konzepte ist das der Hegemonie, das für die neogramscianische Theoriearbeit von großer Bedeutung ist.

Benjamin Opratko widmet ihm ein ganzes Buch, in dem er akribisch versucht, dem Hegemoniebegriff Gramscis näher zu kommen. Er stellt dabei seine Überlegungen in den Kontext neuerer Forschungen und vergleicht Gramscis Theorie mit denen jüngerer (neo-gramscianischer) TheoretikerInnen.



Einer Einleitung und einem Kapitel über Gramscis Hegemoniekonzept folgt die Darstellung mehrerer Arbeiten ausgewählter ForscherInnen, die Gramscis Konzepte systematisch weiterentwickelten. Die Abschnitte über den Versuch einer Anwendung des Konzepts in der Internationalen Politischen Ökonomie durch den Kanadier

Robert W. Cox, über die viel diskutierte Diskurstheorie von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau und über die Ansätze der Weiterentwicklung des Hegemoniebegriffs durch TheoretikerInnen des Critical Realism stellen den Hauptteil des Buches dar. Opratko analysiert die Ansätze mit Fokus auf ihre jeweilige Interpretation und Ausformulierung des Hegemoniebegriffs. Er vergleicht dabei die unterschiedlichen Konzepte entlang dreier Analyse-Achsen: ‚Struktur und Handeln‘, ‚Bezugsgrößen und Grenzen‘ sowie ‚Subjekte und Subjektivierung‘. Auf diese Weise gelingt ihm eine gründliche Erhebung des status quo der theoretischen Debatte in diesem Feld ohne die Vielzahl der Ansätze zu vernachlässigen oder sich auf einen oder wenige konzentrieren zu müssen.

Das Buch ist sowohl ein Lesebuch für Studierende, die das Ziel verfolgen, sich Grundkenntnisse der Hegemonietheorien anzueignen, als auch ein Buch für fortgeschrittene LeserInnen. Opratko beschreibt die unterschiedlichen Zugänge in verständlicher Sprache und führt ausgewählte weiterführende Texte an. Das Buch bietet so eine lesenswerte Einführung in die Hegemonietheorien der

Gegenwart, die in der Tradition Gramscis stehen. Sein großer Verdienst ist, die Unterschiede zwischen den einzelnen Ansätzen anschaulich herauszuarbeiten und sie zu kontrastieren. Darin liegt auch der Mehrwert für LeserInnen, die sich bereits ausführlicher mit (neo-)gramscianischen Ansätzen beschäftigt haben.

Opratko trägt so wesentlich zu einer Klärung der internationalen Debatten um Gramscis Hegemoniebegriff bei, ohne sich dabei auf einen einzelnen Theoriestrang fest zu legen. Er verzichtet auch darauf, einen eigenen Vorschlag für eine zeitgemäße Interpretation des Hegemoniebegriffs zu präsentieren und beschränkt sich stattdessen auf eine wohlwollende Kritik bestehender Ansätze. Dieses Buch bietet keine Anleitung zur Anwendung des Begriffs, sondern überlässt es der/dem LeserIn, basierend auf einem gründlichen Vergleich bestehender Theorien, eigene Schlüsse zu ziehen.

Thomas Immervoll

Kathrin Glösel/Natascha Strobl/Julian Bruns (2014): *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa.*

Münster: Unrast Verlag

Sonntag am Wiener Stephansplatz, eine Gruppe schwarz Vermummter tritt auf, zwei von ihnen zücken die Messer und stellen eine Köpfung des ‚Islamischen Staates‘ nach. Anschließend werden die entsetzten ZuseherInnen über ‚Masseneinwanderung‘, ‚Islamisierung‘ und die damit verbundene Terrorgefahr belehrt. Es sind aktionistische Methoden wie diese, mit der die neue rechte Jugendbewegung ‚die Identitären‘ versucht, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und gleichzeitig ihr Anliegen, die Angst vor dem Islam zu schüren, voranzutreiben. In die gleiche Richtung gehen ihre Internetauftritte. Gespickt mit Symboliken der Popkultur versuchen die Identitären neue Zielgruppen möglichst niederschwellig anzusprechen, indem offen rassistische Ausgrenzungen vermieden werden und stattdessen



auf Begriffe wie ‚Identität‘ oder ‚Ethnopluralismus‘ verwiesen wird. Die extreme Rechte hat sich also angepasst. Daher ist es dringend an der Zeit die Identitären auch endlich politikwissenschaftlich in den Blick zu nehmen. Anfang dieses Jahres ist zu diesem Zweck im Unrast Verlag das Buch *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten* von Julian Bruns, Natascha Strobl und Kathrin Glösel erschienen. Alle drei AutorInnen sind seit

Jahren in antifaschistischen Bündnissen aktiv und können dadurch ihre praktische Erfahrung im Umgang rechten Gruppierungen mit ihrem wissenschaftlichen Hintergrundwissen verbinden. In ihrem Handbuch analysieren Bruns/Strobl/Glösel die Ideologie der Identitären und bieten einen kurzen Überblick über den Umfang der einzelnen nationalen Gruppen, ihre Vernetzungen im rechtskonservativ bis rechtsextremen politischen und publizistischen Umfeld, sowie ihre Strategien und Vorgehensweisen .

Brunns/Strobl/Glösel definieren Rechtsextremismus als Ideologie, in deren Zentrum die homogene ‚Volksgemeinschaft‘ steht, von dieser als ‚fremd‘ kategorisierte Personen ausgrenzt, Antimarxismus, Antiliberalismus und Antipluralismus betreibt sowie die Demokratie als formal egalitäre, partizipative Herrschaftsform ablehnt. Die AutorInnen beanstanden, dass die sogenannte ‚Extremismustheorie‘ ideologische Unterschiede, Grundannahmen und Auswirkungen von Links- und Rechtsextremismus auf eine Ebene stellt, Rechtsextremismus dadurch banalisiert und vermeintlich linksextreme Aktionen, die sich gegen Rechtsextremismus wenden, kriminalisiert. Bruns/Strobl/Glösel kritisieren ebenso zu starre Definitionen der Neuen Rechten, weil darin die Neue Rechte im Rechtsextremismus verortet wird und lediglich ‚Kontakte‘ zu bürgerlichen Kreisen thematisiert bzw. behauptet werden. Stattdessen fällt ihre Definition der Neuen Rechte im Buch flexibler aus, nämlich als eine Personen, Medien und Gruppen, die sich gegen die Ideen von 1968, gegen Marxismus und politischen Liberalismus wenden und durch stark wertkonservatives bis rechtsextremes Gedankengut teilen. Bruns/Strobl/Glösel sehen die Neue Rechte daher als eigene ideologische Strömung, die sich einerseits von der offen rassistischen, antisemitischen ‚Alten Rechten‘ und andererseits von reaktionärem und liberalem Bürgertum abgrenzt. Dieser Neuen Rechten werden schließlich auch die Identitären zugeordnet, denn eine plumpe Kategorisierung als bloße ‚Neonazi-Gruppe‘ greife laut den AutorInnen zu kurz und verkenne Breitenwirksamkeit und Attraktivitätspotential. Das Handbuch ist in vier Abschnitte unterteilt. Der erste Teil fasst die Geschichte der Neuen Rechten kurz zusammen und beschreibt Ideologie und AkteurInnen der sogenannten ‚Konservativen Revolution‘, das theoretische Fundament der Neuen Rechten. Der zweite Teil umfasst einen kurzen Überblick zu den Ländergruppen der

Identitären-Bewegung in Europa, wobei der Schwerpunkt auf Italien und Frankreich, den Ursprungsländern, sowie auf Deutschland und Österreich liegt. Außerdem beschäftigt sich der zweite Teil mit dem politischen und publizistischen Umfeld im deutschsprachigen Raum. Dadurch entsteht ein detailliertes Bild, auf welche Medien, Think-Tanks und Zentren die Identitären zurückgreifen können. Im letzten Teil kommen die AutorInnen zum Schluss, dass die Innovation der Identitären und ihrer Vorbilder (bspw. Casa Pound in Italien) lediglich darin besteht, sich als ‚Jugendbewegung‘ zu in Szene zu setzen, bestimmte genuin linke Aktionsformen wie Besetzungen oder Flashmobs und popkulturelle Elemente zu verwenden. Durch Vernetzungen, gleiche Themenwahl und inhaltlicher Überschneidungen weisen sie nach, dass die dahinterliegende Ideologie eigentlich ein alter Hut der Neuen Rechten darstellt. Neben dieser ‚Dechiffrierung‘ beschreiben die AutorInnen am Ende des Handbuches noch weitere mögliche Gegenstrategien im Umgang mit den Identitären.

Berücksichtigt man Aktualität und Unabgeschlossenheit ihres Forschungsthemas, ist es den AutorInnen sehr gut gelungen erste Erkenntnisse über Ideologie, Aufbau, Methoden und Strategien der Identitären zu sammeln. Oft wird der/dem geneigten Leser/Leserin allerdings angesichts des Umfangs und der Vernetzung von Personen, Parteien und Einheiten aber ganz schön schwindlig, weshalb ein Personen- bzw. Institutionenregister am Ende des Buches äußerst hilfreich gewesen wäre. Darüber hinaus kann ein kurzes Handbuch selbstverständlich nicht detailliert auf das politische Umfeld der einzelnen Länder eingehen und jeden Begriff erschöpfend behandeln. Es wird aber durchaus der eigene Anspruch erfüllt, nachvollziehbar und in einfacher Sprache zu argumentieren, warum die Identitären den aktivistischen Flügel der Neuen Rechten darstellen, inwiefern sie je nach Land mit bestehenden rechtskonservativen bis rechtsextremen Parteien, Medien und Think-Tanks zusammenarbeiten und welche Strategien gegen die Methoden der neuen ‚hippen, konservativen Rechten‘ sinnvoll wären. Zusammenfassend kann das Handbuch daher uneingeschränkt allen Menschen empfohlen werden, die sich schnell und dennoch eingehend über die Identitären informieren und Gegenstrategien andeuten möchten.

Dominik Hultsch

IMPRESSUM

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Hauptverantwortliche dieser Ausgabe: Dominik Hultsch, Melanie Konrad

Redaktion: Yvonne Cunia, Dominik Hultsch, Thomas Immervoll, Melanie Konrad,
Michael Mayrhofer, Stefan Schweigler

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/47712, Fax: 0043/1/4277/9477, E-Mail: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Art direction, Produktion: Melanie Konrad (a0801938@unet.univie.ac.at)

Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Bilder:

Melanie Konrad (Cover), HOSI Wien (19)

politix

AUFRUF ZUR MITARBEIT



Wir suchen:

1. engagierte und gesellschaftskritische Menschen, sowohl StudentInnen, als auch AbsolventInnen sowie MitarbeiterInnen der Universität Wien.
2. Institutsangehörige: engagierte und gesellschafts-kritische MitarbeiterInnen am Institut für Politikwissenschaft, die gerne in der politix-Redaktion mitarbeiten wollen. Eine direkte und damit interne Anbindung an das ipw ist essentiell für die Herausgabe einer Instiutszeitschrift.

FÜR STUDIS:

*Die Mitarbeit bei mind. zwei Heften kann im Rahmen des Praxismoduls „Medien und politische Bildung (BA 17)“ als Praktikum angerechnet werden.

Die Redaktionstätigkeit ist unentgeltlich und ermöglicht u.a. das Verfassen eigener Artikel, das Schreiben von Rezensionen, das Führen von Interviews und besteht zu einem Gutteil aus Artikelaquise.

Hast Du Interesse an einer Redaktionssitzung teilzunehmen, dann schreib uns eine Email (politix.politikwissenschaft@univie.ac.at) oder besuch uns auf Facebook („Institutszeitschrift Politix“)!

*Das politix gibt es auch online unter:
<http://politikwissenschaft.univie.ac.at/institut/institutszeitschrift-politix/aktuelles-heft/>*

Wir freuen uns auf
Dein Interesse!
Die politix-Redaktion

ipw